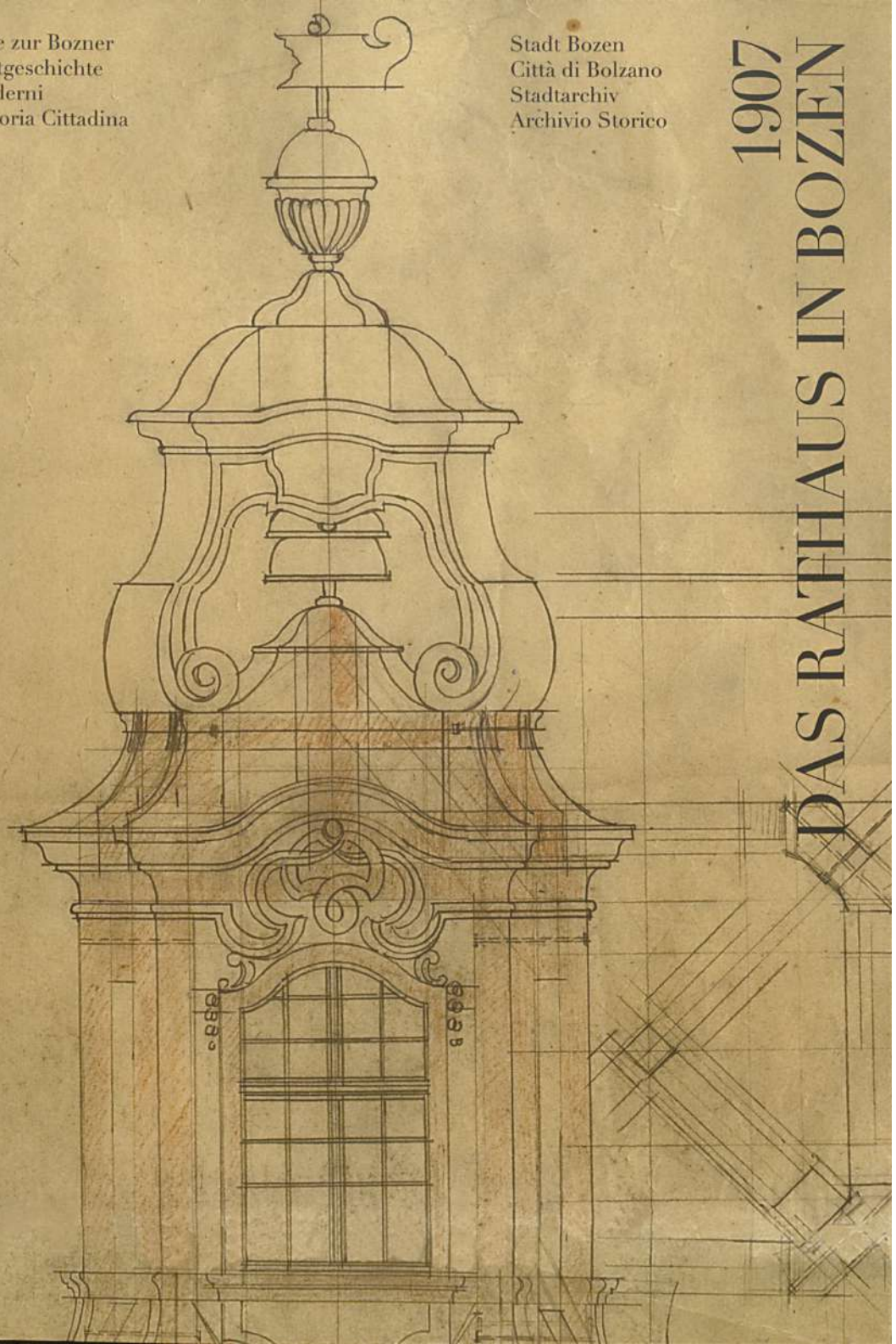
6 Hefte zur Bozner Stadtgeschichte
Quaderni di Storia Cittadina

Stadt Bozen
Città di Bolzano
Stadtarchiv
Archivio Storico

DAS RATHAUS IN BOZEN 1907



Stadt Bozen
www.gemeinde.bozen.it/kultur/rathaus_bozen

ISBN: 978-88-907060-4-2

© Citta di Bolzano / Stadt Bozen 2013
Tutti i diritti riservati
Alle Rechte vorbehalten

Wir danken
Stadtarchiv Meran
Stadtarchiv Trient
Familie Lochner-Kürschner
Silvio und Margherita Coraiola Bevilacqua
Klaus Kompatscher
Guido Novello

Città di Bolzano
Stadt Bozen

Stadt Bozen
Assessorat für Kultur und aktives Zusammenleben
Amt für Museen und kunsthistorische Kulturgüter
Stadtarchiv

bz.history

1907
DAS RATHAUS DER STADT BOZEN

Herausgegeben von
Angela Grazia Mura

Fotografien von
Federico Pollini

Texte
Renate Brenn Rammlmair
Maria Paola Gatti
Hans Heiss
Angela Grazia Mura
Silvia Spada Pintarelli

Redaktion
Wolftraud de Concini

Übersetzungen
Aus dem Italienischen ins Deutsche
Wolftraud de Concini
Aus dem Deutschen ins Italienische
Daniela Spanu

Transkription von Archivalien
Angela Grazia Mura
Renate Brenn Rammlmair

Koordinierung
Sabrina Michielli

Grafik
A4, Giancarlo Stefanati

Druck
Fotolito Varesco S.r.l.

Experimente und Tradition in Städtebau und Architektur: das Rathaus in Bozen

Maria Paola Gatti



Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hielt es die Stadt Bozen für angebracht, ein neues Rathaus zu errichten, das den ästhetischen und funktionalen Erneuerungsbestrebungen und der Rolle der Stadt entsprach. Bozen brachte es damals auf 12.600 Einwohner, zu denen mehr als 1.000 Soldaten der stehenden Garnison kamen.

Seit Jahrhunderten nahm das Rathaus einen Teil der nördlichen Lauben ein. Aber angesichts des erweiterten Aufgaben- und Tätigkeitsbereichs, den die Habsburger Regierung der Stadtverwaltung übertragen hatte, war der Gemeindesitz auch auf die benachbarten Bauwerke ausgedehnt worden[1] (Abb.1).

Unter der Regie von Stadtarchitekt Otto von Mayrhauser war das Rathaus im Jahr 1896 zwar modernisiert worden[2]. Doch auch diese Eingriffe reichten nicht aus, um einen ausreichend großen, rationalen und modernen Sitz zu schaffen, der den Bedürfnissen der modernen Gesellschaft entsprach. Das Rathaus unter den Lauben wies räumliche und funktionale Mängel auf, die Maßnahmen an Strukturen und Anlage als notwendig erscheinen ließen, wie es auch das neue örtliche Machtimage nicht ausreichend widerspiegelte. Außerdem garantierte es der Stadt Bozen[3] nicht die hinsichtlich der Aufgaben und der Wirtschaft herausragende Rolle als Anziehungspunkt auch für die anderen im Talkessel gelegenen Ortschaften. In einigen Bereichen wurde die Stadt dieser Rolle schon gerecht: So hatte sie zum Beispiel ein in mehrere Abteilungen untergliedertes Bauamt eingerichtet, dessen Tätigkeit vom Stadtbaumeister koordiniert wurde. Dem Bauamt kam die Kontrolle über das Bauwesen im gesamten Bozner Talkessel zu, und darüber hinaus konnte es auch selbst Infrastrukturen und Bauten von öffentlichem Interesse planen und verwirklichen.

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts waren mehrmals Klagen über Geldmangel laut geworden, sodass es nicht zur Planung und Errichtung eines neuen Rathauses gekommen war. Bürgermeister Julius Perathoner (1844–1926)[4] rezipierte die Vorschläge seiner Amtsvorgänger[5] auch aus anderen Gemeindeverwaltungen und nahm den Bau eines einzigen Rathauses, das der Bevölkerung der drei Gemeinden dienen sollte, in sein Wahlprogramm auf. Nach dem 1895 erfolgten Amtsantritt Perathoners begann man sich auf die Suche nach den für den Rathausbau notwendigen Geldmitteln und einem geeigneten Standort zu machen.

Es war keine leichte Aufgabe; denn gemäß dem Rationalisierungsprogramm der Wiener Regierung[6] sollten für die drei Gemeinden Bozen[7], Zwölfmalgreien und Gries gemeinsame Dienstleistungseinrichtungen verwirklicht werden. Doch die Unabhängigkeitsbestrebungen der drei Gemeinden[8] hatten dazu geführt, dass in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts nur wenige gemeindienliche Projekte ausgeführt worden waren: der Friedhof, das städtische Krankenhaus, der Bahnhof und wenige andere Bauten.

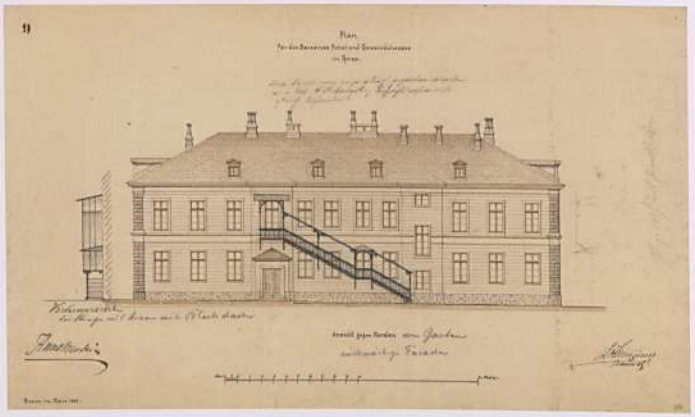
Zwischen den drei Gemeinden bestanden zwar enge Beziehungen, doch vom frühen 19. Jahrhundert an hatte jede einen eigenen Sitz. Die Zwölfmalgreiener Gemeindeämter befanden sich in mehreren Bauten, darunter im Ansitz Hörtenberg[9] in der Hörtenbergstraße, und im Haus Menz[10] in der Zollgasse (heute Zollplatz, Abb. 2). Auf dem Hauptplatz des Kurortes Gries war 1895 nach einem Plan (Abb. 3) des Stadtarchitekten Sebastian Altmann[11] mit der Anlage eines Gebäudes[12] begonnen worden, in dem das Rathaus und die Schule untergebracht wurden.

Der Bau eines neuen Rathauses in Bozen präsentierte sich, wie schon gesagt, von Anfang an als problematisch, da ein geeigneter Standort gesucht und Kapitale aufgebracht werden mussten. Schon vom Jahr 1896 an wurden daher städtebauliche und architektonische Studien, wirtschaftliche Untersuchungen und Finanzierungsgesuche in die Wege geleitet, die unter Politikern, Unternehmern und Kaufleuten lebhafte Diskussionen hervorriefen.

In der Verwaltungsorganisation der k.u.k. Monarchie und in der Gesellschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts hatte das Rathaus wieder wie im Mittelalter[13] seine zentrale



1. Das alte Bozner Rathaus, Lauben 30
2. Haus Menz. Es war eine Zeit lang Sitz der Kanzlei der Gemeinde Zwölfmalgreien





3. Das Rathaus in Gries, Sebastian Altmann
4. Der Dreifaltigkeitsplatz (heute Rathausplatz), 1900

Rolle für das gesellschaftliche, politische und kommerzielle Leben zurückgewonnen. Doch angesichts des immer breiter gefächerten und stärker aufgegliederten Verwaltungsapparats bedurfte es immer großräumiger „Behälter", die völlig anders strukturiert waren als in der Vergangenheit und lineare Untergliederungen und durch Gänge verbundene, gut beleuchtete Räume brauchten. Das Rathaus sollte – wie in allen anderen europäischen Hauptstädten – Bedeutung, Glanz und Reichtum der Stadt widerspiegeln. Es sollte dank seiner zentralen Lage zu einer Stätte der Begegnung der Einheimischen werden, zugleich aber auch den Fremden die wirtschaftliche und kulturelle Geltung der Gesellschaft vor Augen halten. Die Architektur sollte – so wollte es die Donaumonarchie – die Größe und Moderne des damaligen Staates zum Ausdruck bringen, durch die Anwendung eines Baustils, der der neuen Gesellschaft entsprach, und den Einsatz von Baumaterialien und -techniken, die damals eingeführt worden waren, um Bauwerke rasch und mit mäßigem Kostenaufwand ausführen zu können.

Der Standort und die neuen städtebaulichen Theorien

Den Modernisierungs- und Erweiterungsplänen der Stadt Bozen lagen die städtebaulichen Prinzipien des Buchs „*Der Städtebau*" von Camillo Sitte[14] zugrunde. Der österreichische Architekt, Städteplaner, Theoretiker und Maler setzte sich in dieser Publikation theoretisch mit der baulich-ästhetischen Seite der modernen Stadtplanung auseinander und entwickelte städtebauliche Theorien auf wissenschaftlicher Basis, unter besonderer Beachtung künstlerischer Kriterien und örtlicher Gegebenheiten sowie der Beschäftigung mit typischen Fällen auch aus unterschiedlichen Epochen.

Sitte vertrat die Ansicht, dass die moderne Stadt je nach Bestimmung gestaltete Räume und repräsentative Bauten haben, aber auch besondere Merkmale besitzen müsse. Die grandios-monumentalen modernen Bauwerke mussten daher, um nicht mit der „unschönen" Gestaltung der Plätze zu kontrastieren, in der Stadt einen korrekten und angemessenen Standort finden.

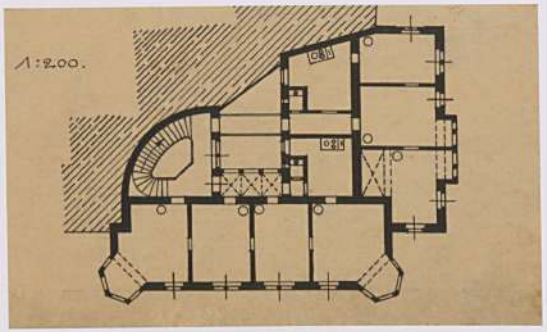
Sitte untersuchte in seiner Publikation[15] vorbildliche Beispiele städtebaulicher Gestaltung, besonders in deutschen und italienischen Städten, weniger in Österreich und Frankreich. Er legte dabei morphologische und perzeptive Merkmale fest, anhand derer Kriterien zur Gestaltung und Anlage neuer Stadtteile und harmonische Regeln ausgearbeitet werden sollten, die – sofern sie nicht korrekt interpretiert wurden – zu Inkohärenz und Monotonie führten. Der Bau und die Entwicklung einer Stadt dürfte, so Sitte, nicht auf eine „rein technische Frage" reduziert werden. Der Architekt sah in einem Platz nicht einfach einen öffentlichen Raum zur Unterbrechung der „Mononotie des baulichen Ozeans" oder zur baulichen Zurschaustellung einiger Bauwerke, sondern er musste im Stadtgefüge eine erstrangige Rolle haben. Auch Verbesserungen im sanitären Bereich und aus anderen dringenden Gründen konnten nach Sitte die öffentlichen Räume und Bauwerke einer Stadt verbessern, doch auch bei Umbauten müsse man sich in erster Linie die formalen und funktionalen Bedürfnisse vor Augen halten.

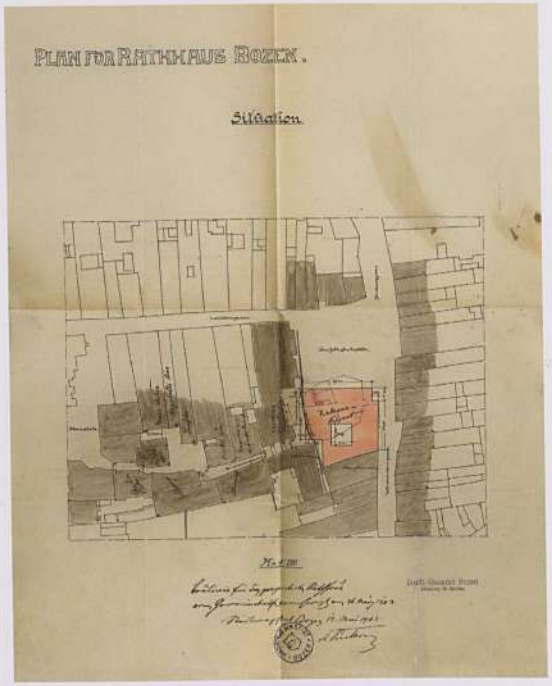
Diese modernen städtebaulichen Vorstellungen Sittes wurden bei der Anlage des modernen Bozens und auch bei der Wahl des Standorts für das neue Rathaus teilweise beherzigt. In der Südtiroler Hauptstadt hatte man – wie auch in vielen anderen europäischen Städten – hygienische Erfordernisse und das Wohlbefinden der Bevölkerung als offizielle Gründe zur städtebaulichen Umgestaltung angeführt (man denke an den Schlachthof, den Friedhof, usw.). In Bozen wie in allen Tiroler Städten kam den fast zufällig entstandenen Plätzen im Übrigen keine bedeutende Rolle zu, hier lagen weder die bedeutungsvollsten noch die architektonisch hervorragendsten Bauwerke der Stadt. Bei der Planung der modernen Stadt Bozen dagegen, vor allem in dem vom Stadtarchitekten Sebastian Altmann ausgearbeiteten Projekt zur Stadterweiterung, sollte dem Platz wieder die Aufgabe und Rolle zurückerstattet werden, die er zur Römerzeit, im Mittelalter und in der Renaissance gespielt hatte: Der Platz sollte wieder zum Mittelpunkt des öffentlichen Lebens werden, die jahrhundertealte Beziehung zwischen dem Raum und den umliegenden Bauwerken sollte wiederhergestellt werden. Die Lage der Straßen, der Bauwerke und der Monumente, wie Statuen und Brunnen, musste neu überdacht werden.

Unter Berücksichtigung dieser Forderungen sah man sich nach dem geeignetsten Standort für das neue Rathaus um: Es musste so zentral wie möglich liegen und bequem zu erreichen sein, auf geradlinig und ausreichend breiten Straßen, die auch von den modernen Verkehrsmitteln benutzt werden konnten.

So kamen mehrere Lösungsvorschläge zur Sprache: der Umbau des Zollgebäudes in der Kirchebnerstraße[16] (Andreas-Hofer-Straße[17]) in der Gemeinde Zwölfmalgreien, ein Neubau auf dem Grundstück der Duregger-Kellerei[18] neben dem Krankenhaus, eine Parzelle in der Kaiserin-Elisabeth-Straße[19] (Sparkassenstraße) oder der Bau eines neuen Rathauses auf einem Grundstück nordwestlich des Johannplatzes (Waltherplatz), wo sich schon die Mädchenschule befand. Schließlich wurde auch der Dreifaltigkeitsplatz (früherer Name des heutigen Rathausplatzes) (Abb. 4) in Betracht gezogen, wo das Rathaus das Areal mehrerer Bauwerke einnehmen sollte, so des Hauses Greifenstein (Sitz des Wirtshauses „Zum Anker", Abb. 5) und des Hauses Wälsch[20]. Seit mehreren Jahren schon hatten Politiker und Bürger für eine Neugestaltung dieser Gegend plädiert, und die Kaufleute hatten vorgeschlagen, auf den Grundflächen der beiden Bauwerke eine Markthalle[21] zu errichten, als Gegenstück zum mittelalterlichen Obstmarkt. Im Juni 1900 war Alois Delug[22] mit der Ausarbeitung eines Projekts für eine Markthalle beauftragt worden. Der Plan wurde aber nicht ausgeführt, da ein Teil der Bürgerschaft[23] sie für überflüssig hielt.

Der Dreifaltigkeitsplatz[24] hatte im Laufe der Stadtgeschichte mehrere Umgestaltungen erfahren, was sich auch auf seine Rolle aus-





5. Der Grundriss von Haus Greifenstein, Alois Delug, 1900
6. Lageplan der Parzelle östlich der Laubengasse, Stadtbauamt, 1903

gewirkt hatte. Eine Ausweitung der Lauben hatte sich zu einem Kirchenvorplatz und dann zum Platz vor dem Wirtshaus „Zum Anker" entwickelt. Doch trotz dieser unterschiedlichen Bestimmungen wirkte er ungeordnet und war der rationalen Anschauung der neuen, von geometrischer Ordnung beherrschten Gesellschaft nicht angemessen.

Der Bau eines neuen Rathauses an diesem Standort bot somit die Gelegenheit zu einer Requalifizierung eines schon bestehenden öffentlichen Raums[25]. Zur Anlage neuer Plätze und Straßen in der Stadt (Bahnhofsplatz, Waltherplatz, Marconistraße, Carduccistraße, Sparkassenstraße von heute) waren bis dahin Agrarparzellen besonders aus dem Besitz von Kongregationen benutzt worden, die im Zuge der Säkularisierung der Kirchengüter im ausgehenden 18. Jahrhundert größtenteils unterdrückt oder zumindest eingeschränkt worden waren.

Der Dreifaltigkeitsplatz (Abb. 6) war außerdem aus dem gesamten Stadtgebiet leicht zu erreichen: vom Bahnhof, von der Gemeinde Zwölfmalgreien (durch die später angelegte Passage unter dem Haus Amonn, die seit 1890 vorgesehen war), von der Gemeinde Gries (Talferbrücke) durch die Fleischgasse (seit 1908 Museumstraße) und von der langen, geradlinigen Ost-West-Verbindung, die anstelle der althergebrachten Straßen angelegt wurde (Meraner Reichsstraße und Sigmundskroner Straße).

Der Platz östlich der Lauben hatte im Gegensatz zu vielen anderen Plätzen (wie z.B. dem dreieckigen Obstmarkt) eine regelmäßige Form, sodass den damaligen architektonischen Grundsätzen gemäß das Rathaus in seiner repräsentativen Bedeutung ins rechte Licht gesetzt werden konnte, und darüber hinaus konnte – im Sinne von Sittes Theorien – das neue Bauwerk gut in den schon bestehenden Baubestand eingegliedert werden[26]. Dank der Form des Platzes bekam es eine angemessene Akzentuierung, auch angesichts der Tatsache, dass die Bauten ringsum noch auf die Gotik zurückgehende Merkmale mit einer relativ bescheidenen Breite (gewöhnlich 4–6 m) und einer bemerkenswerten Tiefe (12–25 m) aufwiesen. Außerdem konnte hier ein Verwaltungsgebäude errichtet werden, das es mit den Kirchenbauten (Dom, Kapuziner-, Franziskaner- und Dominikanerkirche, usw.) und den Handelsbauten (Lauben) aufnehmen konnte.

Als einzigen Nachteil sah das Bauamt das leicht abfallende Gelände an, da es die Repräsentationsfähigkeit des Bauwerks etwas minderte. Daher wurde sofort vorgeschlagen, den gesamten Platz zu nivellieren, um ihm eine regelmäßigere Form zu geben. Die Verwaltungsbehörden sahen den Bau des neuen Rathauses und die Requalifizierung des Geländes als dringend und erstrangig an und brachten verschiedene Argumente zugunsten des Neubaus vor: Die Stadt müsse auch in sanitärer Hinsicht auf den neuesten Stand gebracht werden, für die neue städtische Organisation bedürfe es eines angemessenen Verwaltungsgebäudes, und es müsse eine moderne und repräsentative städtische Polarität geschaffen werden.

Die Verhandlungen zum Ankauf der bestehenden Bauten zogen sich angesichts des Widerstands der Besitzer länger als erwartet hin[27], und das Bauamt hatte schon lange vor dem Erwerb der Gebäude und der Aufbringung der notwendigen Geldmittel die Planung des neuen Rathauses in die Wege geleitet.

Merkmale des Rathauses

Rathäuser wurden schon in weit zurückliegender Vergangenheit errichtet. Aber besonders im 19. Jahrhundert setzte – wie auch für andere Bauwerke – eine rege Debatte hinsichtlich der Definition der Räumlichkeiten ein, sowohl in Bezug auf ihre Zweckbestimmung als auch auf ihre Dimension. Die französische und anschließend die deutsche Schule brachten mehrere entsprechende Untersuchungen hervor, aus denen die Merkmale für den Standort, die Funktionen sowie die formale und bauliche Strukturierung erkennbar werden.

In den Handbüchern[28] aus dieser Zeit wird dieses Thema in erster Linie hinsichtlich des geeignetsten Standorts behandelt. Dabei wird unterstrichen, dass die Verwaltungsämter am besten an Hauptstraßen oder an öffentlichen Plätzen liegen sollten, mit vier freien Seiten und einer guten, rationalen Straßeninfrastruktur.

Hinsichtlich des Grundrisses wurde in den Handbüchern die Anwendung einfacher Formen empfohlen, die natürlich von den Gegebenheiten des Baugeländes abhingen. Die Planung eines Rathauses und von Verwaltungsbauten allgemein wurde als unproblematisch angesehen; denn schließlich handelte es sich – so wurde angeführt – um die Anlage von mehr oder weniger großen Büroräumen, die von einem Korridor aus bequem zu erreichen waren, gleich ob sie den Korridor, der von außen Licht bekommen musste, nur auf einer Seite oder auf beiden Seiten säumten. Für eine moderne Verwaltungsorganisation wurden auch ein oder mehrere Versammlungssäle al unerlässlich angesehen, mit für das Publikum vorbehaltenen Räumen. Die für das Publikum zugänglichen Amtsräume sollten, so wurde empfohlen, ein angemessenes Aussehen aufweisen. Die gebührend breiten Treppen sollten schon vom Eingang her sichtbar und bequem sein, geradlinig und mit nicht übermäßig vielen Stufen, die nicht höher als 15 Zentimeter sein sollten. Derlei Gebäude sollten nicht allzu viele Geschosse aufweisen, am besten drei in den für den Publikumsverkehr vorgesehenen Gebäuden. Die einzelnen Stockwerke sollten auch in kleineren Ortschaften einen Abstand von vier bis viereinhalb Metern voneinander haben.

Außerdem wurde in den Handbüchern empfohlen, die Kasse und alle anderen für die Öffentlichkeit bestimmten Räumlichkeiten im Erdgeschoss unterzubringen. In der Beletage und in den oberen Stockwerken sollten die Sitzungssäle und die Empfangs- und Festsäle sowie das Bürgermeisteramt angelegt werden.

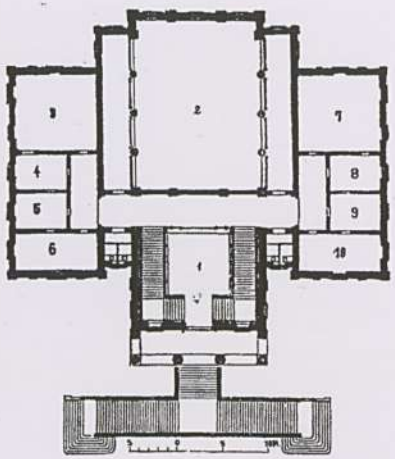
Auch bauliche Fragen wurden in den Handbüchern behandelt; denn ein Rathaus musste absolut feuersicher sein, in Hinblick sowohl auf das Publikum als auch auf die Dokumente und Archive. Von 1880 an wurde daher von der Verwendung von Holz und möglichst auch von Eisen in allen tragenden Strukturen wie an

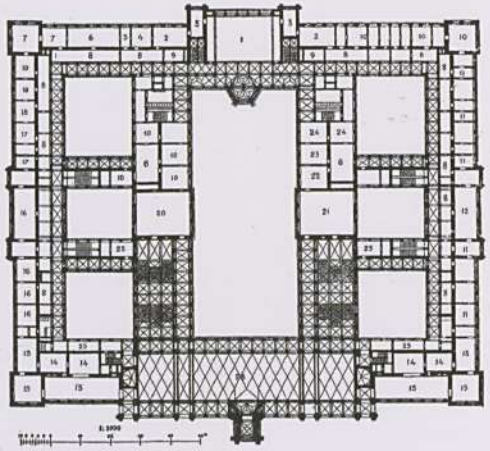






7. Verschiedene Rathausmodelle
   a. Das Rathaus in Augsburg
   b. Das Rathaus in Eisheim
   c. Fassade des Rathauses in Lindau, F. M. von Thiersch (Lehrer von Wilhelm Kürschner)





8. Grundriss des Rathauses in Winterthur, G. Semper
9. Grundriss des Rathauses in Wien, F. von Schmidt

Decken und Dächern abgeraten, wie auch feuerfangende Verzierungen und Dekorationen jeder Art beseitigt werden sollten.

Was die äußere wie innere Ästhetik betraf, so sollte das Rathaus auf den ersten Blick als solches erkenntlich sein, aber „ohne überflüssigen Luxus" erbaut werden.

Um die Rathäuser in Anlehnung an die im Mittelalter und zur Renaissance entstandenen Bauwerke zu charakterisieren, sollten sie mit einem Turm versehen werden, nach Möglichkeit an einer Ecke der Fassade, denn „gewöhnlich befindet sich der Sitzungssaal mitten an der Fassade im ersten Stock, sodass der Turm ihn verstellen würde, sofern man ihn nicht als Vorbau ausführen würde, wie zum Beispiel am Rathaus in Wien. An der Fassadenmitte wird dagegen die Uhr angebracht, und zwar oberhalb des oberen Gesimses, wenn das Gebäude nicht zu hoch ist. [...] Es sollten dabei wertvolle Materialien zur Anwendung kommen, um dem Bauwerk einen würdevollen Anstrich zu geben, doch sollten sie in jedem Fall der Relevanz des Gebäudes entsprechen".

Von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an entstanden Rathäuser, die geradezu als Vorbilder hingestellt wurden (Abb. 7 a–c). Unter ihnen sind das von Gottfried Semper[29] erbaute Rathaus in Winterthur (1865–1866) (Abb. 8) zu erwähnen, das Rathaus in Granmichele (Catania) von Carlo Sada[30] (1898), das vom Architekten Giuseppe Bruni[31] geplante Rathaus in Triest (1876–78) und das Wiener Rathaus von Friedrich von Schmidt[32] (1872–83) (Abb. 9). Diese in der Größe zwar unterschiedlichen Gebäude ähneln sich im Grundriss und der traditionellen Dreiteilung, wie sie auch allesamt moderne Stilelemente aufweisen.

Das Rathaus in Bozen

Der erste Plan zum Bau des neuen Rathauses wurde vom Bauamt der Gemeinde Bozen[33] ausgearbeitet, das seit 1901 unter der Leitung von Wilhelm Kürschner stand. Im Bozner Stadtarchiv ist nur ein Teil der Entwürfe ausgemacht worden, anhand derer wir versucht haben, das lange Planungs- und Bauverfahren zu rekonstruieren.

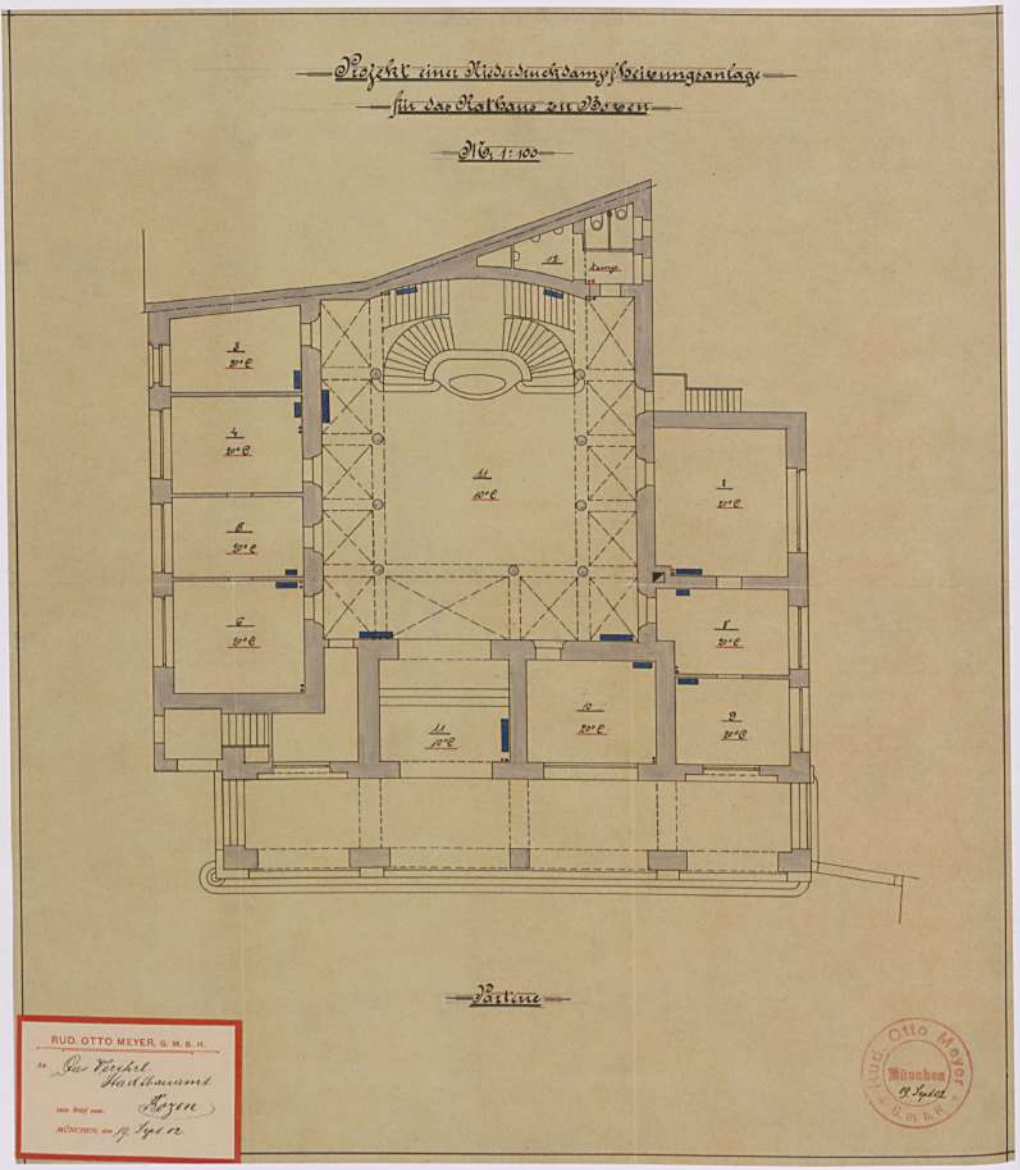
Kürschner nahm, wie viele andere Baumeister seiner Zeit, Bezug auf das Wiener Rathaus, das voneinander unabhängige Räume an langen Gängen aufwies. Sieben Innenhöfe sorgten für die Beleuchtung aller Räumlichkeiten. Die Fassaden waren von neugotischen Stilelementen geprägt, aber unter Verwendung von zeitgenössischen Materialien und Technologien ausgeführt worden. So zeichnen sich hinter den Arkaden im Erdgeschoss große Glasfenster ab, die für eine ausreichende Beleuchtung aller Ämter sorgen. Die Hauptfassade wurde von einem mehr als hundert Meter hohen Turm überragt, gewissermaßen einem Gegenstück zum Glockenturm des Stephansdoms.

Das von Kürschner geplante Gebäude (Abb.10) nahm die gesamte Fläche der Bauparzellen ein. Es hatte einen trapezförmigen Grundriss, dessen schräge, nach Süden gerichtete Seite von den schon bestehenden Bauwerken eingeschlossen wurde. Es waren zwei Eingänge vorgesehen: der Haupteingang vom Platz her und der Nebeneingang von der Weintraubengasse. Von Anfang an war die Anlage eines Hochparterres geplant, um die Niveauunterschiede auszugleichen. Der Stadtarchitekt sah ein Gebäude mit einem Innenhof (Abb. 11) vor, auf dessen drei Seiten sich die Zugänge zu den einzelnen Büros befanden. Der Innenhof sollte trotz seiner ansehnlichen Größe mit einem Glasdach versehen werden, um den bestmöglichen Lichteinfall zu garantieren, ihn zugleich aber vor Regen und Schnee zu schützen. Dieser weite, offene Innenhof im Parterre beeinflusste entscheidend auch die Anlage der anderen Räumlichkeiten. Um seine Bedeutung zu unterstreichen, sollte er von Loggien umgeben werden und in der Mitte einen Brunnen haben, der aber in den folgenden Lösungsvorschlägen in eine Nische an der Südfassade versetzt wurde.

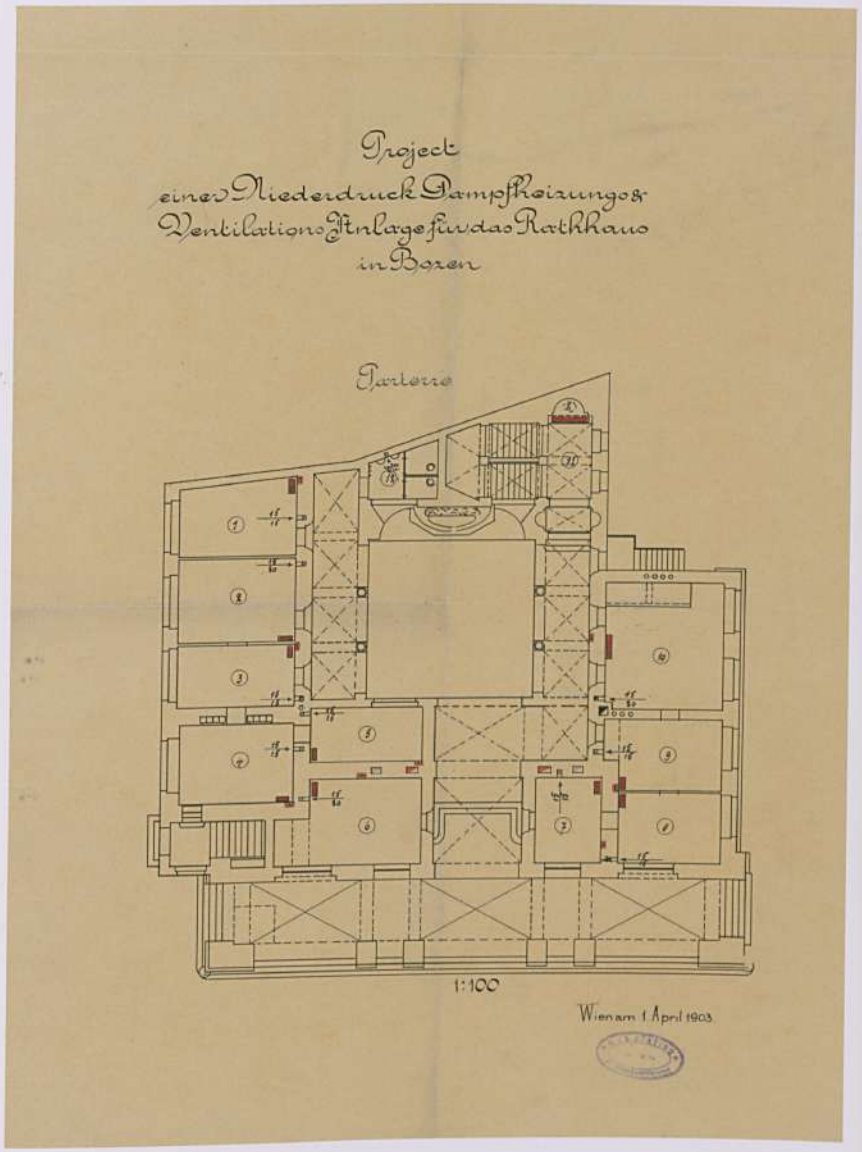
Die Südseite des Innenhofs wurde von einer mächtigen doppelläufigen Treppe im Stil Leonardo da Vincis eingenommen, die schon vom Eingang her zu sehen war und aus zwei parallel zueinander angelegten Treppenläufen bestand.



10. Perspektivische Darstellung des Bozner Rathauses, Wilhelm Kürschner, Juni 1902



11. Grundriss des Hochparterres des Rathauses, erster Entwurf, Wilhelm Kürschner, 1902



12. Grundriss des Hochparterres des Rathauses, mit den Abänderungsvorschlägen von Carl Hocheder, 1903



13. Querschnitt des Rathauses, erster Entwurf, Wilhelm Kürschner

Das Gebäude wies drei Stockwerke über der Erde auf. Im Hochparterre waren die öffentlich zugänglichen Amtsräume vorgesehen, im ersten Stock der Festsaal und die Amtsräume des Bürgermeisters, im zweiten Stock der Sitzungssaal des Stadtrats und die wichtigsten Büros (darunter das des Stadtarchitekten) und im dritten Stock die kaum vom Publikum aufgesuchten Diensträume der Stadtverwaltung. In allen Stockwerken konnten einige der Räume nicht direkt vom Korridor her betreten werden, aber alle hatten Fenster.

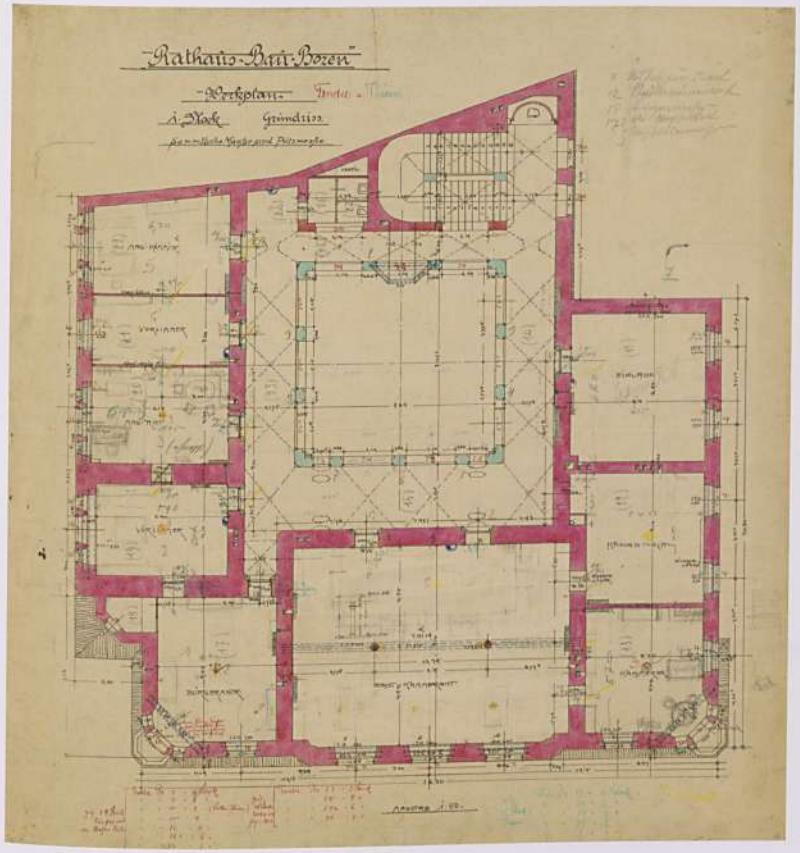
Dank der besonderen Ausgestaltung des Grundrisses mit dem Innenhof konnte das unregelmäßige Gelände ausgeglichen und gleichzeitig die regelmäßige Anlage der Räumlichkeiten garantiert werden. Die sanitären Anlagen waren in allen Stockwerken vorgesehen. Dank dieser Strukturierung konnten die verschiedenen Anlagen (Wasserzufuhr und -ableitung) des Gebäudes in einer einzigen, zentralen Säule untergebracht werden, was auch Vorteile für den Betrieb der Heizungsanlage mit sich brachte und Wärme- und Wasserverluste einschränkte.

In seinem ersten Plan griff der Stadtarchitekt Kürschner auf einen historisierenden Stil zurück, indem er Elemente aus vorausgegangenen Epochen übernahm und somit Komponenten mit charakterisierenden Merkmalen auf kreative Weise miteinander verband. Ein derartiger Stilpluralismus, in dem er Renaissanceelemente mit Eigenheiten des Rundbogenstils und der Neugotik verknüpfte, hatte sich schon in München durchgesetzt, wo man angesichts eines ausgeprägten Nationalgefühls versucht hatte, die in Berlin und Wien entwickelten innovativen Tendenzen auf einen Nenner zu bringen.

Dem einfachen Grundriss stand die komplex gegliederte, vielgestaltige Fassade auf den Platz gegenüber: vier unterschiedlich große und asymmetrische Joche, die durch vier Arkaden vereinheitlicht wurden[34].

An der Ostseite der Fassade war ein Turm vorgesehen, der aus der Nähe wie aus der Ferne als Blickfang dienen sollte. Er überragte das Gebäude um mehr als neun Meter und war somit höher als alle Glockentürme des Talkessels. Unter Bezug auf die mittelalterlichen Stadttürme, die in der weltlichen Stadt die Stunden schlugen, wies er am Tympanon eine große Uhr auf. Die unteren drei Stockwerke waren durch rechteckige Fenster mit in jedem Geschoss unterschiedlichen Umrahmungen gegliedert, während sich darüber Rundbogenfenster befanden, die nicht mit den darunter liegenden Fenstern ausgerichtet und auch kleiner waren. Der Turm endete mit einer auf allen vier Seiten offenen Loggia, von der man Ausblicke auf das gesamte Gemeindegebiet hatte, und einem Tympanon im Rundbogenstil, der von einem Zeltdach und einer kleinen Laterne abgeschlossen wurde. Diese verschiedenartigen Stilelemente an der Turmspitze standen in auffallendem Gegensatz zum restlichen Rathausgebäude.

Auch der Mittelteil des Bauwerks wies verschiedenartige Stilelemente auf. So befanden sich zwischen den beiden Arkaden und dem Walmdach[35] vier Fensterreihen unterschiedlicher Form und Größe: Sie waren rechteckig, rundbogig, quadratisch oder oval. Die zweite und dritte Fensterreihe bezogen sich auf den



14. Grundriss des ersten Stockwerks des Rathauses, mit den Abänderungsvorschlägen von Carl Hocheder

Sitzungssaal des Gemeinderats, der von Anfang an in doppelter Höhe konzipiert war. Vor den Fenstern befand sich ein Balkon mit steinernem Geländer.

Eine wieder andere Struktur wies der rechte Seitenteil der Fassade auf. Über dem Bogen des Erdgeschosses taten sich gerahmte Rundbogenfenster auf, rechts ein mehreckiger, zweigeschossiger Erker mit Pyramidendach. Durch eine malerische Umrahmung wurde das Joch mit den mittleren Jochen verbunden.

Diese vom Stadtbaumeister entworfene Fassade setzte sich aus mehreren Teilen zusammen, ohne Anwendung der Regeln und Prinzipien der klassischen Architektur und ohne Berücksichtigung des Gleichmaßes, das jahrhundertelang die Bauwerke gekennzeichnet hatte. Die Fassade war nicht dreigeteilt, und ihre Struktur hing einzig von der Bestimmung der einzelnen Räume ab – was besonders gut an den Fenstern zu erkennen ist, deren Form von der Zweckbestimmung, dem Lichteinfall und der Etagenhöhe abhing. So waren die Fenster im Hochparterre recht breit, um auf diese Weise einen bestmöglichen Lichteinfall zu garantieren, während sie in den Obergeschossen immer schmaler wurden. Auch die Größe des Büroraums wirkte sich auf die Größe der Fenster aus, bei denen es sich um einfache oder doppelte Fenster handeln konnte. Der Portikus im Erdgeschoss war einzig mit dem Ziel geplant worden, den Eingang vor Witterungseinflüssen zu schützen.

An den Innenhoffassaden befanden sich unterschiedlich lange, mit Glasfenstern versehene Arkaden. An der Symmetrieachse der Südfassade war im zweiten Stockwerk ein zweigeschossiger mehreckiger Erker mit Pyramidendach vorgesehen. Diese Anlehnung an charakteristische Südtiroler Stilelemente war wahrscheinlich vom Bürgermeister selbst angestrebt worden. In diesem Zusammenhang ist aber zu bemerken, dass mehreckige Erker für die einheimische Architektur nicht typisch sind. Vielmehr werden hier rechteckige Erker an Fassaden angelegt, die auf öffentliche Plätze gehen, niemals an zweitrangigen Fronten.

Die von Kürschner erarbeitete Lösung macht deutlich, dass es in der Beziehung zwischen Typologie und architektonischer Kultur zu einer Krise gekommen war. Ästhetisch-formale und funktionale Bedürfnisse waren nunmehr voneinander getrennt und dem Belieben des Planers überlassen. Außerdem legte diese Lösung einen Bruch in der jahrhundertelangen Beziehung zwischen Bautechniken und -modellen an den Tag: Beim Kürschnerschen Entwurf handelt es sich nicht um eine synthetische Vorwegnahme der statischen Anlage, sondern nur um eine räumliche Gliederung des Gebäudes (als Beweis hierfür sind die Strebepfeiler anzusehen, auf denen die Arkaden ruhen).

Das städtische Bauamt fertigte unter Leitung des Stadtarchitekten das endgültige Projekt an, das zur Berechnung der Tragstrukturen und der Anlagen des Gebäudes an mehrere österreichische Firmen geschickt wurde. Im Bozner Stadtarchiv befinden sich die für diese erste Lösung erarbeiteten technischen Daten.

Das von Kürschner vorgelegte Projekt wurde sowohl hinsichtlich der Anlage als des Aufbaus mit erheblichen Bedenken aufgenommen[36], weshalb Bürgermeister Perathoner –wie aus seiner Rede vom 26. März 1903 hervorgeht – es für angebracht hielt, es namhaften Wiener und Münchner Architekten zur Begutachtung vorzulegen.

Da Kürschner mit Friedrich Max von Thiersch[37] und Martin Dülfer[38] zusammengearbeitet hatte, dürfte er diese beiden Baumeister um Namen von Architekten gebeten haben, die zur Mitarbeit an diesem bedeutungsvollen Bauwerk als Berater herangezogen werden konnten. Sie mussten sich im „Heimatstil" auskennen und ihn anwenden, um das neu entdeckte „Deutschtum" des Landes zu unterstreichen. Es sei aber darauf hingewiesen, dass dieser Heimatstil nicht von Südtiroler Merkmalen getragen war, sondern von bayerischen Stilelementen, die man für Südtirol als passender ansah.

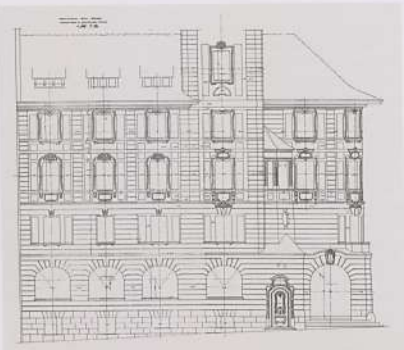
So traten zwei Namen auf den Plan: Gabriel Seidl[39] (München 1848 – Bad Tölz 1913) und Carl Hocheder[40], beides ausgebildete Architekten. Wie aus den im Bozner Stadtarchiv aufbewahrten Dokumenten hervorgeht, wurde anfangs nur Gabriel Seidl zu Rate gezogen. Im Archiv findet sich ein Brief Seidls vom März 1902[41]: Er habe die Tafeln[42] in Augenschein genommen und festgestellt, dass es sich um eine gute, rationale Anlage handle, er aber sofort die besonderen Merkmale der Bozner Architektur stärker unterstreichen würde.

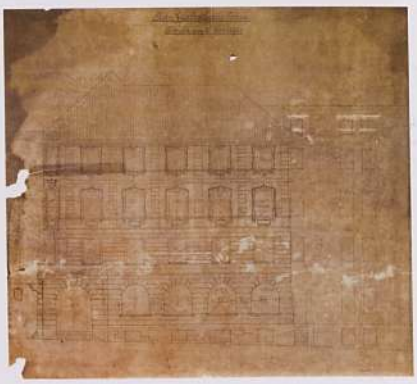
In einem weiteren Schreiben (26. Juni 1902) kritisierte Seidl die Glasüberdachung des Innenhofs und empfahl, sie zu entfernen. Außerdem schlug er vor, die Treppe zu verlegen und den Platz vor dem Rathaus anders zu gestalten[43]. Wilhelm Kürschner arbeitete ein zweites Projekt aus, doch angesichts seines prekären Gesundheitszustands[44] wurde Architekt Carl Hocheder in die Planung des neuen Rathauses mit einbezogen (die Korrespondenz zwischen ihm und der Gemeinde Bozen begann im Dezember 1902). Im April 1903 nahm er (im Direktverfahren, um die langwierigen bürokratischen Verfahren zu umgehen) den Auftrag zur Verschönerung des Gebäudes an. Obwohl keinerlei diesbezügliche Beweise vorliegen, wird angenommen, dass ein Teil der von Hocheder präsentierten Zeichnungen vom Bozner Architekten Marius Amonn[45] stammen könnten.

Im Jahr 1904 begann Carl Hocheder die ersten grafischen Arbeiten vorzulegen, die von Kürschners zweiter Lösung ausgingen. Der Münchner Architekt behielt den Innenhof (Abb. 12) und die Anlage des ursprünglichen Entwurfs bei. Aber bei einem Vergleich des ersten Entwurfs mit dem endgültigen Projekt Hocheders fällt ins Auge, dass die Beseitigung der symmetrisch zum Hof und zum Haupteingang vorgesehenen Treppe zu einer weniger rationalen Anlage mit sich überschneidenden Gängen führte. Im neuen Entwurf war eine doppelläufige Treppe in der Südwestecke vorgesehen, die kleiner als ursprünglich geplant war. Auf diese Weise ging ihr die Bedeutung als strukturierendes Element verloren und ihr kam lediglich eine funktionale Aufgabe zu. Bei der Verlegung hatte man schon der Absicht Rechnung getragen, an der Westseite einen neuen Baukörper mit Eingang auch von der Gumergasse her zu realisieren.

In dem vom Münchner Architekten ausgearbeiteten Projekt wurde, um die Raumverteilung zu vereinfachen, der Zugang von der Weintraubengasse[46] her beseitigt, dafür aber ein Zugang aus dem kleinen Hof an der Gumergasse geschaffen, der von den Mauern des Hauses Ladurner eingeschlossen war. Der neue, elfstufige Eingang führte zum Hochparterre und zu den Untergeschossen. So konnte eine einzige Treppe mit zwei parallelen Rampen angelegt werden, die in alle Geschosse führte. Die Planer trugen sich auch mit dem Gedanken, in dem vor dem Platz gelegenen Portikus einen Lasten- und Personenaufzug anzubringen, der das Hochparterre mit dem ersten Untergeschoss verband. Außerdem wurde der Innenhof verkleinert, während die Büroräume eine größere Tiefe bekamen. Durch diese Änderungen entstand ein im Vergleich zur ersten Lösung (Abb. 14) weniger rational gestaltetes Erdgeschoss. Auch die Anlage eines weiteren Geschosses scheint erwogen worden zu sein. Die Unterteilung der letzten zwei Obergeschosse wurde erst bei einer späteren Planung in Betracht gezogen. Die einzelnen Ämter und Büros hatten die gleiche Lage wie im Kürschnerschen Projekt: Im Parterre befanden sich die Stadtpolizei, das Einwohnermeldeamt und die Buchhaltung, in der Beletage die Repräsentationsräume mit dem Büro des Bürgermeisters und dem Sitzungssaal. Das Bauamt sollte im zweiten Geschoss untergebracht werden. Die Untergeschosse waren für das Stadtarchiv, die technischen Anlagen und das Stadtgefängnis vorgesehen. Da das Gefängnis hier nicht gern gesehen war, sollte auf Drängen der Bevölkerung eine Freizeitanlage eingerichtet werden.

Hocheder sollte, wie gesagt, ein künstlerisches Urteil abgeben, weshalb wir vermuten können, dass er am Aufbau erhebliche Änderungen vornahm. Er nahm die klassische Dreiteilung der Fassade auf, schuf einen bis zum ersten Geschoss reichenden Sockel und wandte ein einziges Model an, das an den drei gleich großen Arkaden zu erkennen ist, die von





15. Östliche Fassade (Weintraubengasse) des Rathauses, mit den Abänderungsvorschlägen von Carl Hocheder
16. Westliche Fassade (Gumergasse) des Rathauses, mit den Abänderungsvorschlägen von Carl Hocheder

jeweils zwei kleineren Arkaden unterbrochen werden. Er entwarf eine symmetrische Fassade, an der die Symmetrieachse mit dem Mittelbogen und dem Haupteingang zusammenfiel. Alle im Vergleich zur Hauptachse symmetrisch angeordneten Fenster wiesen – immer in Bezug auf die euklidische Proportion – unterschiedliche Formen und Maße auf. An der dem Platz zugewandten Hauptfassade ragte der Mittelteil, in dem sich der Eingang und die Fenster des Sitzungssaals befanden, leicht hervor. Die Mittelachse wurde auch durch das Dach mit Dachfenstern unterstrichen, die an einen klassischen Giebel erinnerten. Die Ecken der Hauptfassade wurden durch die Einfügung von halbrunden Fenstern abgestumpft. Der Architekt fügte als Neuheit bogenförmige Elemente ein und gab auch den Balkons des Sitzungssaals eine geschweifte Form.

Der an der Ostfassade vorgesehene, im Vergleich zur Hauptfassade zurückgesetzte Turm verlor seine Rolle als strukturierendes Element der Fassade, bekam aber neue Bedeutung als Blickfang aus der Ferne. Hocheder gestaltete ihn mit klassischen Stilelementen, gab aber der Loggia und der Laterne unterschiedliche Formen. Er beseitigte die von Kürschner vorgesehenen neugotischen Elemente, wodurch der Turm eine einheitlichere Gestalt bekam. Durch den zurückversetzten Turm, die halbrunden Fenster und den Eckerker wurde die Symmetrie der Hauptfassade unterstrichen, sodass die vom Stadtarchitekten geplante asymmetrische Struktur verloren ging.

Hocheder änderte auch die Seitenfronten sowie die Fassaden auf den Innenhof ab. Er übertrug die architektonischen Elemente der Hauptfassade auch auf die Seitenfronten, die vom regelmäßigen Rhythmus der Fenster geprägt wurden. Besonders an der auf die Weintraubengasse gehenden Fassade (Abb.15) wurde der Zweckbestimmung Rechnung getragen, sodass sie weniger regelmäßig gestaltet war als die Hauptfassade. Über den kleinen Giebelfenstern des Souterrains befanden sich große Fenster, von denen drei dreigeteilt waren und eins einfach. Da die Straße nicht sehr breit ist, mussten zu einer bestmöglichen natürlichen Beleuchtung breitere Fenster eingeplant werden. In der Höhe wechselten Giebel- mit Rundbogenfenstern ab. Die auf die Gumergasse gehende Fassade (Abb.16) zeichnete sich dagegen durch gleich große Fenster aus, unter denen sich ein verputztes Element befand.

An den auf den Innenhof gehenden Seiten nahm der Münchner Architekt nur geringfügige Änderungen vor, sodass sie sich stark von den Außenfronten unterschieden. Nur an der Südfront beseitigte er den Portikus und die seitlichen Fenster, behielt aber den zweigeschossigen Erker bei.

Hocheder fasste alle Fenster mit fantasiereichen steinernen Umrahmungen ein (Abb. 17), deren Details in den Jahren 1906–1907 im Münchner Architekturbüro erarbeitet wurden. Vermutlich hat Carl Hocheder auch die detailreichen Schließvorrichtungen entworfen. Im März 1903 präsentierte Hocheder der Bürgerschaft ein im Sitzungssaal des Stadtmagistrats aufgestelltes Gipsmodell des neuen Bozner Rathauses.

Auch den von Carl Hocheder erarbeiteten Plänen des neuen Rathauses ist zu ersehen, dass Modalität und Regel"[3] die jahrhundertelang das Bauen geprägt hatten, nunmehr voneinander getrennt waren, denn der Grundriss hatte nichts mehr mit den gebauten Strukturen zu tun. Während der Grundriss von zweckmäßigen Kriterien getragen wird, weisen die Fassaden noch die traditionelle Dreiteilung auf. Diese Trennung ist auf die Planung einerseits des Grundrisses und andererseits der Mauerstrukturen zurückzuführen, aber auch auf die im Übrigen sehr interessante Technologie. Das Bozner Rathaus ist als modernes Bauwerk erdacht worden, unter Verwendung von Materialien, Bautechniken und mechanischen Technologien, wie sie für die moderne Zeit typisch waren. Die architektonischen Elemente wurden in den Maßen und im Stil standardisiert, sodass das Gebäude bei Rückgriff auf einheimische Firmen in kurzer Zeit fertig gestellt werden konnte.

Den im Bozner Stadtarchiv aufbewahrten Entwürfen ist zu ersehen, dass die Einrichtung für den Sitzungssaal des Stadtmagistrats, die Amtsräume des Bürgermeisters usw. von Hocheder entworfen worden sind, die des Versammlungssaals des Gemeinderats sowie der anderen Räume (Repräsentationssäle und Büros) vom Stadtarchitekten Kürschner selbst (Abb. 18), während die Kunstwerke von Alois Delug und Friedrich Ohmann[47] stammen.

Bei aller Verschiedenartigkeit setzten sich die mit dem Entwurf der Einrichtung betrauten Architekten dasselbe Ziel: Schlichtheit und Harmonie unter Rückgriff auf unterschiedliche charakteristische Stile, sodass neben Jugendstilelementen eklektische oder neugotische Elemente anzutreffen sind. Um die Gediegenheit der Stadt und ihrer Verwaltung zu unterstreichen, entschied man sich für feierliche, aber schlichte Einrichtungen, die nur hier und da geometrische oder florale Ornamente aufwiesen. Die von Kürschner entworfenen Einrichtungen unterscheiden sich von den von Hocheder und Ohmann konzipierten Ausstattungen durch den Verzicht auf die goldenen Proportionen und die Symmetrie.

Die für das Rathaus entworfenen und geschaffenen Einrichtungen können als Vorläufer der kostensparenden Industrieproduktion auf dem Möbelsektor angesehen werden.

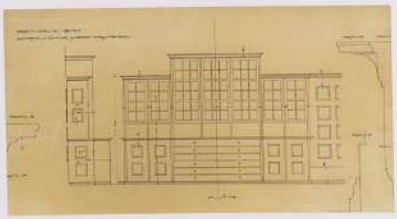
Die Möbel bestanden aus grünem Mahagoni und Eiche, zwei besonders wertvollen und haltbaren Holzarten. Sie wurden von mehreren Firmen hergestellt, unter denen sich mehrere Südtiroler (Tischlerei Ing. Hofer, Jug & Innerkofler, Richard Höcke, Josef Plank) und Nordtiroler Betriebe (Gebrüder Colli aus Innsbruck[48]) befanden.

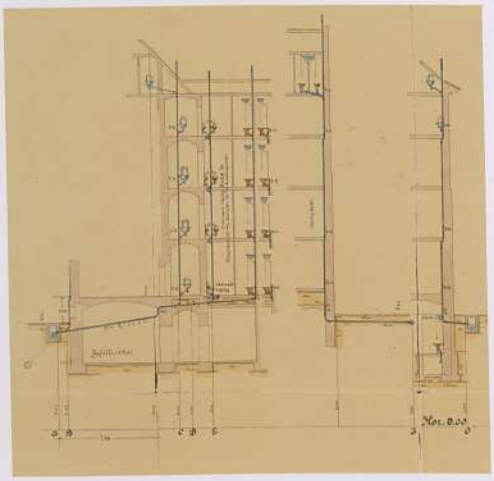
Das Rathaus kann somit als Resultat einer „Zusammenarbeit" von zwei unterschiedlich ausgebildeten und ausgerichteten Architekten angesehen werden, die mit Sicherheit nicht zusammengearbeitet haben[49].

Der Funktionalismus Kürschners traf hier mit der akademisch-klassischen Auffassung Hocheders zusammen. Das Bozner Rathaus ist in jedem Fall ein Produkt der modernen Kultur; denn trotz ihrer unterschiedlichen Haltung wollten sowohl Kürschner wie Hocheder ein traditionelles Gebäude unter Einsatz innovativer Materialien und Technologien schaffen.



17. Der Rathausplatz, Ansichtskarte aus dem Jahr 1910





18. Einrichtung des Büros des Stadtarchitekten, Wilhelm Kürschner
19. Darstellung der Abwässeranlage

So führten sie zum Beispiel bei den Geschossbalkenlagen die Verwendung von Stahlbeton ein. Es handelte sich um eine für Südtirol zwar nicht neue Technologie, die aber bis dahin vor allem in Militärbauten und nur ganz selten in Zivilbauten Anwendung gefunden hatte. Im Zivilbau wurde der Stahlbeton für dekorative Elemente eingesetzt, zum Beispiel für Fensterumrahmungen. Hinsichtlich der technischen Anlagen waren die Planer von Anfang an darum bemüht, das Rathaus mit modernen Anlagen auszustatten: Die Heizungsanlage bestand aus riesigen, in den Büroräumen aufgestellten Heizkörpern, die elektrische Anlage war mit einem auf dem Turm angebrachten Blitzableiter verbunden, und auch Anlagen zur Wasserzufuhr- und -ableitung entsprachen modernsten Kriterien (Abb. 19).

Im Bozner Stadtarchiv befinden sich die Entwürfe und die Rechenberichte aller Anlagen. Den Unterlagen für die Heizungsanlage ist zu entnehmen, dass die Größe des Wärmegenerators[50] und der Heizkörper für eine Temperatur von 20° in den Büros und von 10° in den sanitären Anlagen und den Gängen gedacht war. Die größtenteils nicht vermauerten Steigleitungen zogen sich durch die Korridorwände, und um horizontale Netze zu vermindern, war vorgesehen, die Heizkörper im Rauminneren anzubringen. Hocheder schlug außerdem den Einbau einer mechanischen Hebeanlage vor.

Der Bau und die technologischen Optionen

Schon vor der Billigung des nach Hocheders Angaben ausgearbeiteten Grundsatzprojekts durch den Gemeinderat begann sich das Bauamt mit dem Ausführungsplan zu beschäftigen. Dabei wurden die Bemerkungen zum Plan Kürschners berücksichtigt, es wurden neue detaillierte Entwürfe ausgearbeitet und ein Kostenvoranschlag aufgestellt. Diese Kostenberechnungen waren von erstrangiger Bedeutung zur Kreditaufnahme[51] und zur Beantragung der staatlichen Beiträge.

Schon in der ersten Planungsphase zeigte sich das neue Bozner Rathaus als eine Synthese von Tradition und Moderne, auch auf technologischer Ebene: Von Anfang an war der Einsatz von Eisenbetonelementen (Abb. 20) vorgesehen, um eine hohe Tragfähigkeit und größeren Brandschutz zu gewährleisten. Die Verwendung von Eisenbeton und entsprechenden Technologien galt zur damaligen Zeit als große Innovation. Doch schon in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts war man vom Empirismus zugunsten präziser Kalkulationen abgekommen, und zur Zusammensetzung und zum Einbau dieser Elemente waren schon genaue Bestimmungen erlassen worden[52]. Einige dieser Vorschriften waren dann auch in die städtischen Baubestimmungen übernommen worden.

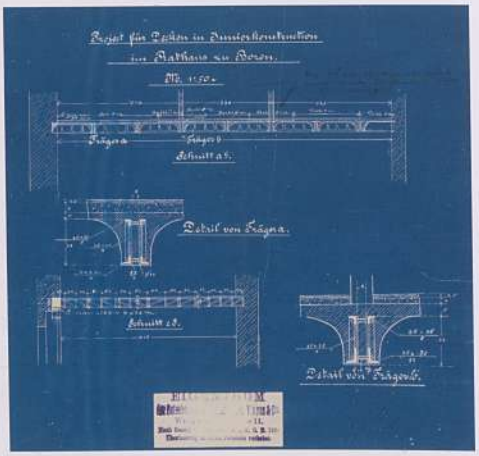
In den Südtiroler Zivilbauten war Eisenbeton bis dahin einzig zum Bau von militärischen Verteidigungsanlagen verwendet worden. Doch Architekten wie Bauarbeiter waren mit seinen Vorzügen vertraut und griffen oft auf dieses Material zurück; denn obwohl es importiert werden musste, trug es zur Kostensenkung bei.

Für das Rathaus erwog man von der ersten Planung an die Realisierung eines Bauwerks aus Gestein, wobei die zur Konsolidierung verwendeten, platten Metallanker in der Geschossbalkenlage versenkt und mit Ankerschrauben befestigt werden sollten. Diese Lösung machte sorgfältige Kalkulationen erforderlich, und zur Herstellung der besten Verbindungen wurden zahlreiche Entwürfe mit der geeignetsten Lage ausgearbeitet.

Da die notwendigen Bauelemente schwerlich von örtlichen Firmen hergestellt werden konnten, wandte man sich mit der Bitte um Voranschläge und Berechnungen an österreichische Betriebe, genau gesagt, an die Betriebe Anton Köllensperger in Innsbruck und R. Ph. Waagner in Wien, die beide grafische Entwürfe und Kostenvoranschläge lieferten. In den Vertragsbedingungen ist zu lesen, dass die Eckmauern aus Hausteinen bestehen müssten, um optimale Bindungen zu gewährleisten. Wie aus den Entwürfen hervorgeht, mussten



20. Begleitschreiben zum Entwurf der von der Wiener Firma Wayss hergestellten Eisenbetonstrukturen, 1905







21. Baudetails der Geschossbalkenlage des Rathauses, Ausarbeitung der Wiener Firma Wayss
22. Bericht zur Kalkulation der Tragstrukturen des Rathauses
23. Baudetails der Balken-Pfeiler-Verbindung nach dem Wayss-System

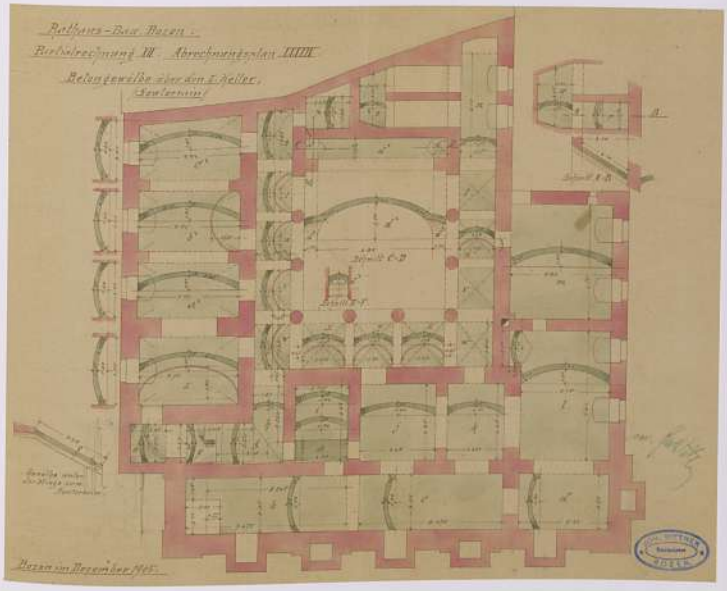
in die Hausteinmauern Zuganker und Eisenplatten eingefügt werden, die mit Bolzen an den vertikalen Tragelementen befestigt wurden. Dieses Verfahren führte zu einem besseren Verhalten der Mauerstrukturen und einem größeren Widerstand bei vertikalen Spannungen im Fall von Erdbeben.

Wie aus den Archivurkunden hervorgeht, war die Baufirma schon in dieser ersten Phase ausgemacht worden, und der Stadtbaumeister suchte mit ihr den günstigsten Preis auszuhandeln. Bei diesen Verfahren war die Abfassung besonderer Submissionsbedingungen vorgesehen, in denen die Übereinstimmung mit den vom Bauamt festgelegten qualitativen und quantitativen Forderungen und der günstigste Abschlag überprüft wurden[35]. Die Arbeiten konnten allerdings erst nach der Vertragsunterzeichnung aufgenommen werden, und es mussten die Submissionsbedingungen hinsichtlich der Eigenschaften der Materialien, der Ausmessungen, der realisierten Bauphasen, der Teilzahlungen und der technisch-administrativen Abnahme beachtet werden.

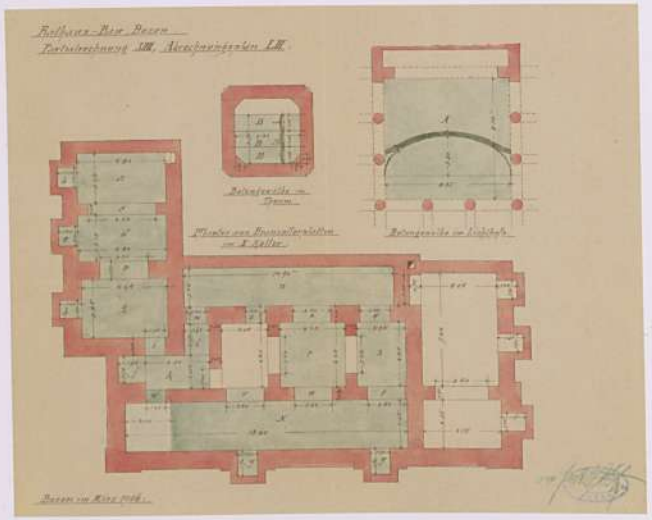
Doch kommen wir nochmals auf die Bautechniken zurück: Die starken Mauern sollten auf Fundamenten ruhen, die teilweise zu den vorher bestehenden Bauwerken gehört hatten, aber sinnvoll miteinander verbunden werden mussten. So waren durchgehende, aus Gesteinsmasse bestehende Grundmauern von 1,20 bis 1,50 Metern Breite vorgesehen.

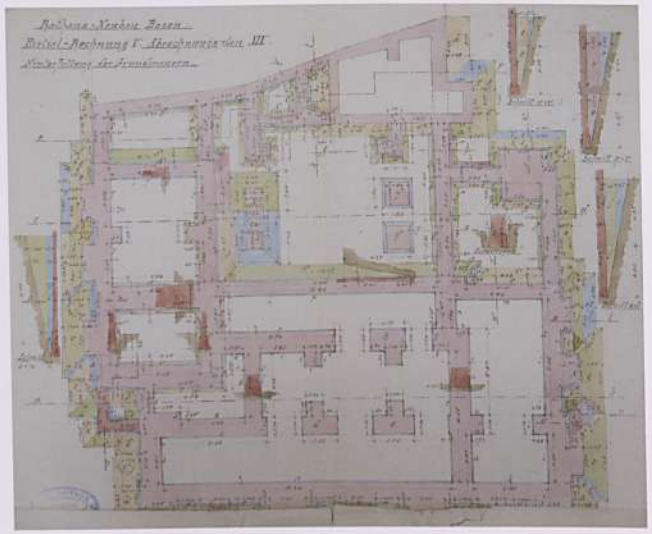
Die tragende Decke des Souterrains sollte aus Gewölben aus Eisenbeton realisiert werden, die der Geschosse über der Erde aus Eisenbeton. Der Stadtarchitekt hatte angesichts der guten Tragfähigkeit und der geringeren Feuergefährlichkeit von Anfang an auf dieses Material zurückgegriffen.

Aus den im Bozner Stadtarchiv aufbewahrten Dokumenten geht hervor, dass diese technische Option zu einer lebhaften Debatte unter Verwaltungspolitikern, Planern und Arbeitskräften führte. Beim Betonkonglomerat, für das als Bindemittel mit Kalkmörtel vermischte Pozzulanerde eingesetzt wurde, handelte es sich um ein sehr altes Material: Es war schon von den alten Römern unter dem Na-



24. Tafel zur Berechnung der Betongewölbe des Souterrains, 1905





25. Tafel zur Berechnung der Fundamente, 1906
26. Tafel zur Berechnung der Außenmauern des ersten Untergeschosses

men *betunium* (daher die deutsche und französische Bezeichnung „Beton") zur Anlage von Fundamenten und starken Mauern und manchmal zum Bau von Kuppeln verwendet worden. Auch die Bewehrung von Beton ist eine altüberlieferte Technik. In der Tat sind in Konglomeraten aus der Römerzeit schon eiserne Bewehrungsstäbe angetroffen worden.

Eisenbeton im modernen Sinn begann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eingesetzt zu werden. Der Verwendung waren umfassende Studien und Untersuchungen über die Bindemittel (Kalkmörtel und Zement) vorausgegangen, angefangen bei John Smeaton (1756) und James Parker (1796), denen die Entdeckung zu verdanken ist, dass für Bauzwecke taugliche Kalke über einen gewissen Anteil an Ton verfügen müssen. Die Untersuchungen wurden dann von Léon Lesage (1800) und Louis Joseph Vicat (1818) fortgesetzt (sein „Nadelgerät nach Vicat" wird noch heute zur Bestimmung der Konsistenz von Zementpaste verwendet), sodass die ersten Zementfabriken in Portland (1824) und Boulogne-sur-Mer (1840) gegründet wurden. Dank dieser wissenschaftlichen Studien und Erkenntnisse über die Bindemittel, auf die dann die industrielle Zementproduktion folgte, erlebte Eisenbeton eine bedeutsame Entwicklung als Baumaterial[54].

Im Jahr 1861 versuchte der französische Ingenieur François Coignet, den experimentellen Betonbau mit Bewehrungen aus Eisenstäben und Eisendrähten auch auf Decken, Rohre, Balken und Stützen anzuwenden. Sein 1861 veröffentlichtes Buch *Les bétons agglomérés appliqué à l'art de construire* ist das erste wissenschaftliche Werk über Eisenbeton.

Neben diesen theoretischen Experimenten wurden auch empirische Versuche fortgesetzt. Eine bedeutende Rolle spielte in diesem Zusammenhang der Pariser Gärtner und Erfinder Joseph Monier, der 1861 ein Patent zur Herstellung von Pflanzkästen aus einer Mischung aus Zement, Sand, Schlacke und Wasser mit einer Einlage aus Drahtgewebe, durch das die Spannungsfähigkeit des Materials erhöht wurde, anmeldete. Anschließend erhielt

er Patente zum Verfahren für Rohre (1868), für bewegliche und unbewegliche Platten an Häuserfassaden (1869), zum Bau von Brücken und Stegen (1873) und von Treppen (1875). Einen bedeutenden Beitrag zur Anwendung von Eisenbeton im Bauwesen lieferte auch der amerikanische Ingenieur Thaddeus Hyatt, der parallel zu den französischen Ingenieuren (1877) Versuche über zwei verschiedene Trägertypen mit Eiseneinlagen anstellte, wobei in einem Fall die abgebogenen Profileisen am unteren Rand verliefen, während im anderen Fall die geraden Stangen oder Bügel am Trägerende verbunden waren: eine Vorausnahme der korrekten Stellung der Eiseneinlagen zu einer bestmöglichen Zugfestigkeit.

Von den frühen Achtzigerjahren des 19. Jahrhunderts an fanden die Monier-Patente weite Verbreitung in Deutschland[55]. Sie wurden vor allem von Gustav Adolf Wayss und Conrad Freytag aufgegriffen, sodass das neue Material und die neue Technologie bald in die alltägliche Baupraxis aufgenommen wurden.

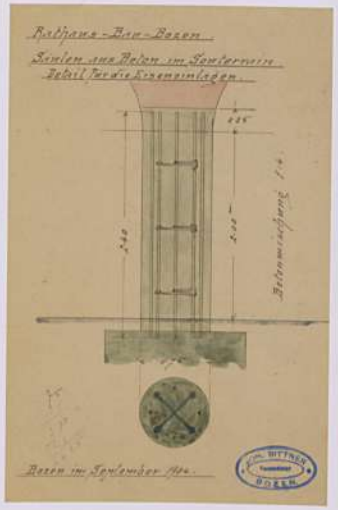
Auch die Pionierkorps im Habsburgerreich begannen sich bald für die neue Baumethode zu interessieren; denn die verbesserten Baumethoden gaben ihnen die Möglichkeit zur Anlage eines wirksamen Verteidigungssystems aus Festungen, die den modernen Rüstungstechniken genügten. Angesichts des vorteilhaften Einsatzes von Stahlbeton bei militärischen Verteidigungsanlagen wurden sich auch die Zivilbaumeister der Vorzüge dieses Materials bewusst und wandten die neuen Technologien bald bei der Anlage von Zivilbauten an.

Zu dieser Zeit legten Ingenieur Gustav Adolf Wayss und Professor Bauschinger aus München aufgrund etlicher Experimente die grundlegenden Prinzipien des Systems fest. Die Ergebnisse wurden 1887 in der Publikation *Das System Monier (Eisengerippe mit Zementumhüllung) in seiner Anwendung auf das gesamte Bauwesen* veröffentlicht, in der Zement-Eisenkonstruktionen beschrieben und die Ergebnisse aus den Belastungsproben angeführt wurden, wie man sich hier auch zum ersten Mal und den Zeiten lange voraus mit der Frage des Schutzes des Eisens beschäftigte. Auf diese Publikation folgten andere, und der Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine sowie der Deutsche Beton-Verein erließen bald die ersten Bestimmungen[56] zur Berechnung und zur Ausführung der Eisenbetonstrukturen. Auch in die Bauordnungen der Gemeinden wurden präzise Vorschriften zum Stahlbetonbau aufgenommen.

In den im Bozner Stadtarchiv aufbewahrten Aktenbündeln zum Rathausbau konnten Erläuterungen der verschiedenen Patente einschließlich der Kalkulationen aufgefunden werden.

Während der Ausarbeitung des Grundsatzprojekts (von den ersten Monaten 1903 an) nahm der Stadtarchitekt Kontakte zu verschiedenen Baufirmen auf: zur Münchner Gesellschaft für Beton, die das Monier-System einsetzte, zur Münchner Firma Rank (Hennebique-Patent), zur Beton-Bau-Unternehmung Pittel & Brausewetter in Wien (Matrei-System) und zur Betonbau-Unternehmung G. A. Wayss und C. in Innsbruck[57], die von einem verbesserten Monier-System Gebrauch machte.

Die eingebrachten Lösungen wiesen nur geringfügige Unterschiede auf. Bei der Anfertigung der Monierdecken wurden die Zwischenräume mit Beton vergossen; denn Joseph Monier hatte bei der Herstellung von Pflanzenkübeln festgestellt, dass die Rissbildung durch das Drahtgewebe herabgesetzt wurde und dass eine Kombination aus Stahl und Beton Druck- und Zugbeanspruchungen ertragen konnte. Monier hatte intuitiv erfasst, dass der Beton vor allem die Druckbeanspruchung auffangen konnte, der Stahl dagegen die Zug- und Schnittbeanspruchung und dass somit unter Beachtung gewisser Vorschriften ein Material hergestellt werden konnte, das für viele Bauelemente geeignet war. Mit dem Monier-System wurden Platten mit zwei normalen Reihen dicht angebrachter Rundeisen angefertigt, die am Schnittpunkt mit Draht verbunden wurden. Die Armierung wurde reichlich angebracht, um das Abgleiten der Rundeisen zu vermeiden.



27. Baudetail eines Pfeilers im Untergeschoss, Ausarbeitung der Firma Bittner, 1904



JALOUSIEN- & ROLLLÄDEN-FABRIK

F. KLETT & Co

HERZOGL. BAYER. HOFLIEFERANTEN

Fabrik und Comptoir: Cotzimmerstrasse 1.

TELEPHON 2200

München, 26. September 1906.

Faktura für verehrl. Stadtbauamt Bozen, Abteilung für Hochbau, Bozen.

Com. 6522.

Fol. 116.

Menge	Breite	Höhe	Quadrat-maass	Preis
Sendung auf Ihre werthe Rechnung und Gefahr für per Bahn franko incl. Zoll für Neubau des Rathauses:				
K.				
92 Holzrolläden mit patentierten & sehr stark verzinkten auseinanderziehbaren Panzerketten durchzogen, profiliert incl. zentrisch hängedrehten Walzen, Lagern, Aufzugurten & Montage:				
Pos. E. 3 Stück	350	383		14,16
" 19 4 "	314	358		99,08
" 15 4 "	359	360		96,93
" 7 2 "	135	260		7,03
" 3 3 "	164	312		18,44
" 4 8 "	130	212		30,40
Transport: 83 Stück				101,02

Erfüllungsort für Zahlung und Lieferung München.

28. Rechnungsbeleg zum Ankauf der hölzernen Rollläden für die Fenster der Geschosse über der Erde, 1920

In den Patenten der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wurde nicht nur die Zusammensetzung der Konglomerate festgesetzt, sondern auch die Lage der Längseisen und der Verbindungsbügel wie auch der verschiedenen Solidarisierungsverbindungen. Das Hennebique- und das Matrei-System können als eine Fortführung des Monier-Systems angesehen werden. Im Hennebique-System wurden zum Beispiel die vielen L-förmigen Balken durch „Zuganker" ersetzt, die aus in Beton vergossenen Stahlstangen bestanden. Auf diese Weise wurden in der Decke mit Platten verbundene Balken geschaffen, die sehr widerstandsfähige Elemente mit T-Profil bildeten. Die Mittelarmierungen befanden sich im unteren Teil, während einige dieser Strukturen in der Nähe der Auflager nach oben gebogen waren, um die Druckbelastung besser aufzufangen. Zur Verbindung dieser Balken wurden verschiedene aus Blech bestehende Bügel verwendet, die die Metallteile wie Krampen fest zusammenhielten. Diese Bauweise unterschied sich somit vom Monier-System durch die Einfügung von Rundeisen und Flachbügeln (Profil 20 x2 und 30 x 2 mm), die der Schnittbelastung entgegenwirkten und die Hauptbewehrung aus Betoneisen verband.

Die Firmen übermittelten nicht nur Informations- und Werbematerial, sondern präsentierten auch Projekte mit sehr genauen statischen Berechnungen und grafischen Entwürfen, die sich auf die anzufertigenden Elemente bezogen (Abb. 27). Die Entscheidung fiel schließlich zugunsten der Firma Betonbau-Unternehmung G. A. Wayss und C. aus Innsbruck aus (Abb. 21, 22, 23).

Nicht nur für das Bauwerk an sich wurden Offerten bei den damals tonangebenden Firmen eingeholt, sondern auch für die einzelnen Bauelemente und die technischen Anlagen wurden mehrere Firmen besonders aus München und Wien konsultiert und um die Vorlage von Projekten und Kostenvoranschlägen gebeten (Abb. 21, 24, 25, 26).

Das Dach bestand aus einer mit Pfetten (Abb. 29, 30) realisierten Holzkonstruktion, die die gesamte Fläche einnahm.

Der Rathausbau stand, wie schon gesagt, im Mittelpunkt vieler Prüfungen und Sondierungen. Die amtierenden Stadtarchitekten – zuerst Wilhelm Kürschner und ab 1908 Gustav Nolte (künftige Maßnahmen) – waren daher bei der Bauleitung bemüht, bei niedrigsten Kosten beste Qualität zu erreichen (Abb. 28).

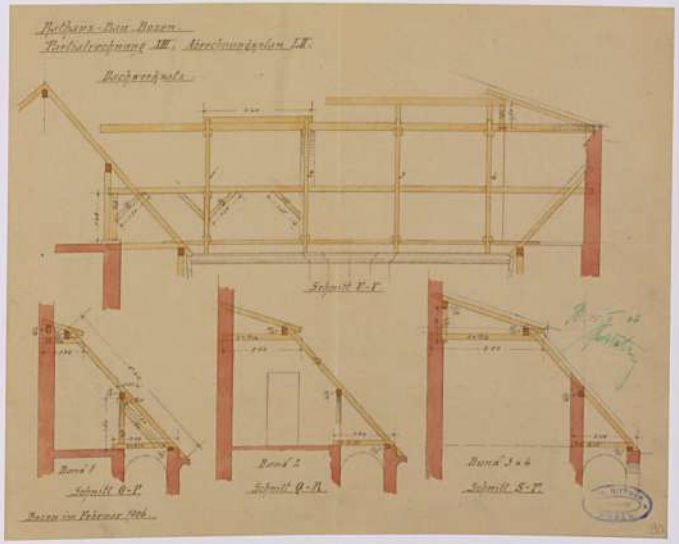
Anfang 1905 begann die Firma Bittner[58] mit der Demolierung des Wirtshauses „Zum Anker" und des Hauses Wälsch, und im selben Jahr konnte mit dem Rathausbau begonnen werden. Im Zuge der Bauarbeiten wurden einige Änderungen vorgenommen – die Untergeschosse wurden durch eine Treppe verbunden, während die Treppe vom Innenhof her nicht angelegt wurde –, doch es handelte sich um geringfügige Modifikationen, die keine Auswirkung auf das Bauwerk in seiner Gesamtheit hatte.

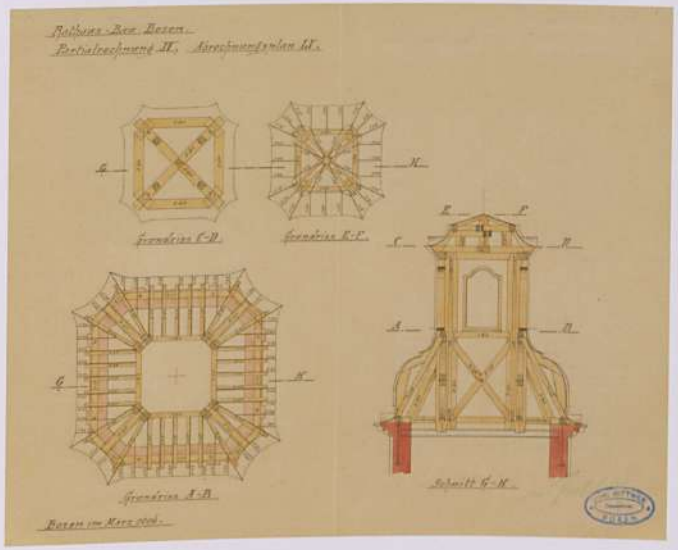
Die Bauarbeiten zogen sich über mehrere Jahre hin. Am 22. Dezember 1907 konnte das neue Rathaus[59] in Anwesenheit der Südtiroler Honoratioren mit einem Festakt eingeweiht werden. In Wirklichkeit war das Bauwerk erst zwei Jahre später fertig gestellt, und schon zu diesem Zeitpunkt (1909) war dessen mögliche Erweiterung im Gespräch.

Die Erweiterung des Rathauses und verschiedene Umgestaltungen

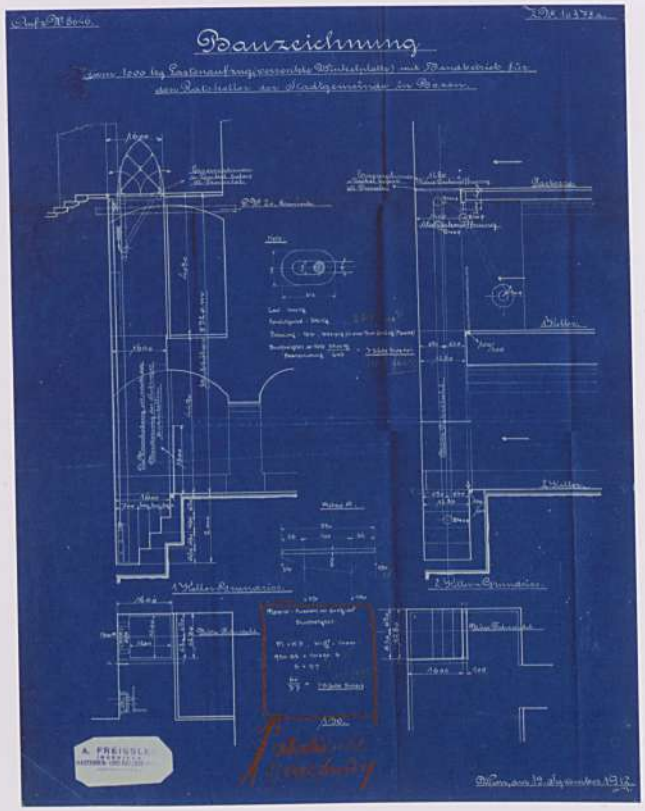
Schon vor der offiziellen Einweihung des neuen Rathauses begann man in den letzten Monaten des Jahres 1907 über zwei Änderungen zu diskutieren: die Erweiterung durch den Anbau eines neuen Baukörpers im Südwesten (November) und die Möglichkeit, die zwei Untergeschosse zu nutzen (Oktober), wo in dem auf die Gumergasse gehenden Teil einige Zellen der Stadtpolizei vorgesehen waren, die aber von der Stadtverwaltung in der Anzahl wie in der Lage als unzureichend angesehen wurden[60].

Um die Gemeindekassen aufzufüllen und einem Wunsch der Bevölkerung entgegenzukommen, wurde die Möglichkeit ins Auge





29. Entwurf zum Bau der Dachkonstruktion, 1906
30. Entwurf zum Bau des Dachgerippes des Turms, 1906



31. Rathauskeller, Entwurf zum Fahrstuhleinbau

gefasst, in den Untergeschossen des neuen Rathauses, für die noch keine eindeutige Bestimmung festgelegt war, eine Gaststätte einzurichten. In deutschsprachigen Ländern, wo Verwaltungsämter und Kollektivität traditionsgemäß gut zusammenlebten, gab es schon mehrere gelungene Beispiele dieser Art, so in Wien[61], Berlin, München[62], Augsburg und anderen Stätten. Diese Ratskeller waren, auch angesichts ihrer zentralen Lage, zu gern besuchten Treffpunkten der Einheimischen geworden (Abb. 32, 33, 34). In Bozen hatte ein solches Lokal eine besondere Bedeutung: Es gab dem Platz die Rolle zurück, die er in den vorausgegangenen Jahren gehabt hatte; denn für viele Bozner war er der Platz des Wirtshauses „Zum Anker" geblieben.

Doch der Plan war nicht leicht zu verwirklichen. Angesichts der Geländeform des Platzes hatten keine großen Fenster eingebaut werden können, die aber zu einer angemessenen Belüftung der Räume unerlässlich waren. Durch die geplante Verwendung eines Teils der Fundamente und der Grundmauern der vorausgegangenen Gebäude wurde die Anlage eines rationalen Grundrisses mit nebeneinander liegenden und durch gerade Gänge verbundenen Räumlichkeiten erheblich beeinträchtigt.

Der erste Entwurf wurde vom städtischen Bauamt ausgearbeitet, was die Annahme berechtigt, dass die Anordnung der Räume vom Stadtbaumeister Wilhelm Kürschner konzipiert worden ist[63]. Den im Bozner Stadtarchiv aufbewahrten Entwürfen ist zu ersehen, dass der Haupteingang zum Untergeschoss sich in der Weintraubengasse befand. Im kleinen Vorraum setzte eine gerade, L-förmige Treppe an, die in den großen Speisesaal führte. Die Küche und die Vorratsräume waren über einige Stufen direkt vom Treppenabsatz her zu erreichen. Ein Lastenaufzug (Abb. 31) verband die Außenseite mit dem ersten Untergeschoss, während eine Treppe dieses Untergeschoss mit dem darunter liegenden verknüpfte. Die Anordnung der Räumlichkeiten hing also von der Anordnung der Eingänge ab: Im östlichen Teil lagen die Küche, die Vorratsräume und die Kühlzellen, im östlichen, von der Gumergasse her zugänglichen Teil das Gefängnis, im Westen die Säle und im Süden die sanitären Anlagen, die sich, da sie mit dem Abzugsgraben verbunden werden mussten, direkt unter den sanitären Anlagen des darüber gelegenen Stockwerks befanden.

Das zweite Untergeschoss war auch auf der an der Südseite des Rathauses gelegenen Treppe zu erreichen, und hier sollten, unter Beibehaltung der schon bestehenden Mauern, die Vorratsräume (für Bier, Wein, Lebensmittel) untergebracht werden.

Problematisch erschienen von Anfang an die Beleuchtung und Belüftung der Räume, da die kleinen Fenster sich als unzureichend erwiesen. Zur Verbesserung der Belüftung wurde der Einbau mehrerer Oberlichten[64] und einer Drucklüftungsanlage ins Auge gefasst, wobei die Luftdüsen im Speisesaal, in der Küche und in den sanitären Anlagen eingebaut werden sollten. Die Oberlichten des Hauptsaals sollten auf den offenen Innenhof gehen, wodurch die Belüftung des Raums hätte verbessert werden können. Doch diese Lösung erwies sich vor allem aus strukturalen Gründen sofort als nicht realisierbar, da dazu Öffnungen im Gewölbe hätten gemacht werden müssen. Außerdem wäre durch diese prismenförmigen Oberlichten die Nutzung des Innenhofs erheblich beeinträchtigt worden.

Mit dem Entwurf der Ausschmückungen und Dekorationen wurde das städtische Bauamt betraut. Für die Nebenräume (Küche und Bäder) waren Fußböden im venezianischen Stil vorgesehen, während die Wände mit Kacheln verkleidet werden sollten. Der Speisesaal sollte einen Linoleumfußboden und Wandverkleidungen aus Lärchenholz bekommen, während das Gewölbe mit Malereien ausgeschmückt werden sollte.

Der Eingang sollte Marmorfliesen und mit Steinplatten verkleidete Wände haben.

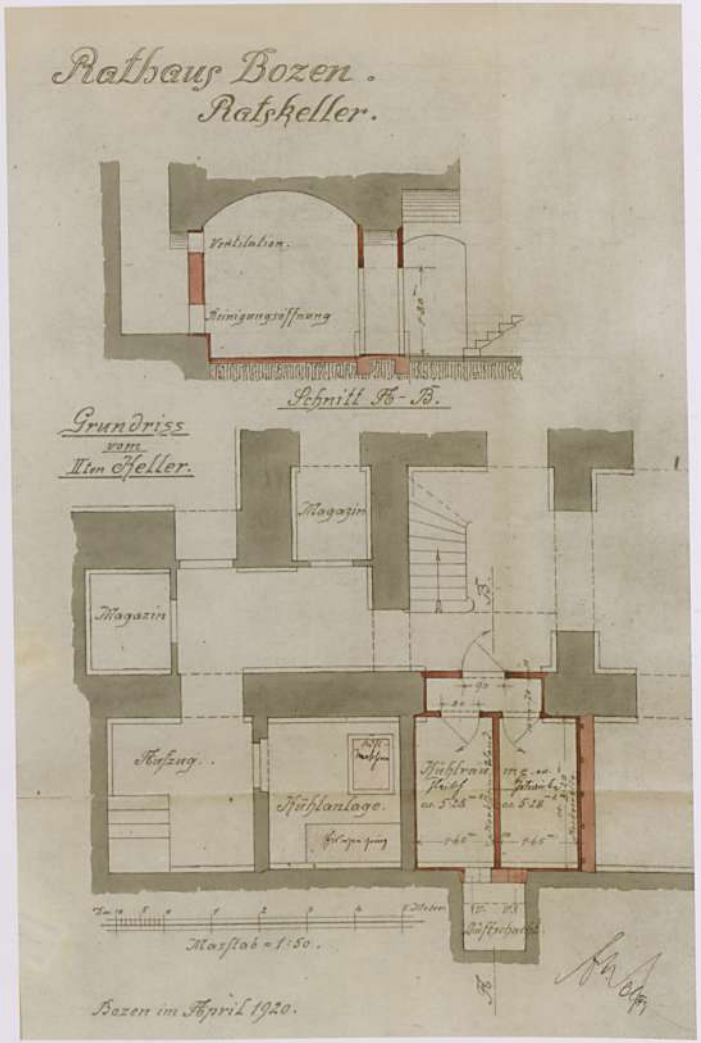
Aus den Archivdokumenten gehen auch die Kosten dieser Arbeiten hervor: Etwa die Hälfte der Gesamtsumme war für die Deckenfresken bestimmt, was bedeutet, dass man von Anfang an einen bekannten Künstler ins Auge gefasst hatte.







32. Rathauskeller, seitlicher Saal (heutiger Zustand)
33. Rathauskeller, seitlicher Saal (heutiger Zustand)
34. Rathauskeller, mittlerer Saal (heutiger Zustand)



35. Rathauskeller, Entwürfe zur Anlage der Küche, Gustav Nolte, April 1920

Da das im Jahr 1907 vom städtischen Bauamt vorgelegte Projekt von der Gemeindeverwaltung nicht gebilligt wurde, trat man zur Planung des Rathauskellers neuerlich an Carl Hocheder heran (Briefe vom 8. und vom 13. Oktober 1907). Der Münchner Architekt schlug vor, einige Mauern abzutragen und andere aufzubauen, um den Grundriss rationaler zu gestalten. Dabei ging er auch auf die Dekorationen und die Einrichtung ein. Dagegen erklärte er sich mit den vom Bauamt vorgeschlagenen technologischen Lösungen (Beleuchtung, Druckbelüftung, Heizung, Kühlung der Produkte, usw.) einverstanden, da sie mit ihrer modernen Konzeption zur Kommodität der Räumlichkeiten beitrugen.

Hocheder zog auch diesmal wieder den Bozner Architekten Marius Amonn zur Ausarbeitung der Entwürfe heran, die der Gemeindeverwaltung und den verschiedenen Baufirmen vorgelegt werden mussten. Das erste Projekt wurde auf Betreiben von Hocheder[65] stark abgeändert: Das Gefängnis sollte in ein anderes Gebäude in öffentlichem Besitz verlegt werden; es sollte ein direkter Zugang zur Küche geschaffen werden, um eine direkte Beleuchtung und Belüftung zu ermöglichen und die Lage der Küche im Vergleich zum Speisesaal und den Nebenräumen (Vorratsraum, Wäscherei, Teller, usw.) zu rationalisieren; der Speisesaal sollte in drei Räume unterteilt und die sanitären Anlagen besser angeordnet werden. Durch die Verlegung der Gefängniszellen wurden die meisten Probleme gelöst, sodass die Kochzone und der Vorratsraum an die Nord- und Westseite des Gebäudes verlegt werden konnten.

Dank dieser vorzüglichen Raumverteilung, wie sie in den Bauwerken des beginnenden 20. Jahrhunderts immer gesucht wurde, konnte der Schanktisch der Gaststube in der nordwestlichen Ecke des Gebäudes aufgestellt werden, links davon – also unter den Lauben an der Nordseite (Abb. 35) – befanden sich die Küche und rechts (Westseite) kleine Lagerräume, die mit denen des zweiten Untergeschosses in Verbindung standen.

Im Laufe des Jahres 1911 wurden mehrere Zwischenwände und die Treppe an der Gumergasse abgetragen. Diese Arbeiten und die Neuerrichtung wurden von der einheimischen Firma des Architekten und Bauunternehmers Ernst Pacher[66] durchgeführt. Nach der Errichtung der Mauern ging man an die Anlagen und die Einrichtungen, die man überwiegend von auswärtigen Firmen ausführen ließ. Die Firma Riedinger AG aus Augsburg, die schon mehrere Jahre zuvor die Einrichtungen des Stadthotels geschaffen hatte, bekam auch den Auftrag zu den meisten technischen Anlagen, vom Kühlschrank bis zur Entlüftungs- und zur mechanischen Hebeanlage. Die Abwässeranlage wurde von der Firma Ernst Vogel aus Stockerau ausgeführt. Die im Rathauskeller eingebauten Anlagen wurden in der örtlichen Presse ausführlich beschrieben, einschließlich der Feuerstellen in der Küche und des großen, elektrisch betriebenen Kühlschranks.

Carl Hocheder schlug vor, die venezianischen Steinfußböden durch Zementplatten zu ersetzen und den Großteil der Wände aus Ersparnisgründen zu verputzen. Mit der Ausführung der Wand- und Deckenmalereien[67] wurde Albert Stolz (1875–1947) beauftragt, der Szenen geselligen Beisammenseins von illustren Bozner Bürgern darstellte.

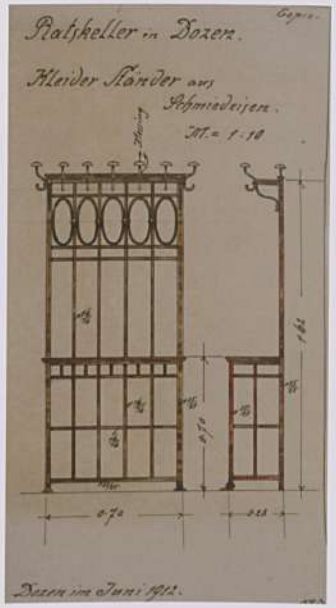
Aus dem Brief von Carl Hocheder geht, wie schon gesagt, hervor, dass er die Aufteilung der Räume festlegte, die Größe und die Materialien der Einrichtungsgegenstände, wie Tische, Stühle, Kleiderbügel, Kredenzen usw., die größtenteils von einheimischen Firmen angefertigt wurden. Hinsichtlich der Einrichtungsgegenstände ist zu bemerken, dass er sich an den damals gängigen Stil des Bürgertums hielt und auf Formen und Materialien der Wiener Secession zurückgriff.

Am 3. November 1912 konnte der Rathauskeller eröffnet werden[68], und unter der Führung eines einheimischen Gastwirts wurde er bald zu einem beliebten Treffpunkt der Bozner. Das Lokal war aber nur wenige Jahre in Betrieb und wurde beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs geschlossen[69] (Abb. 37).

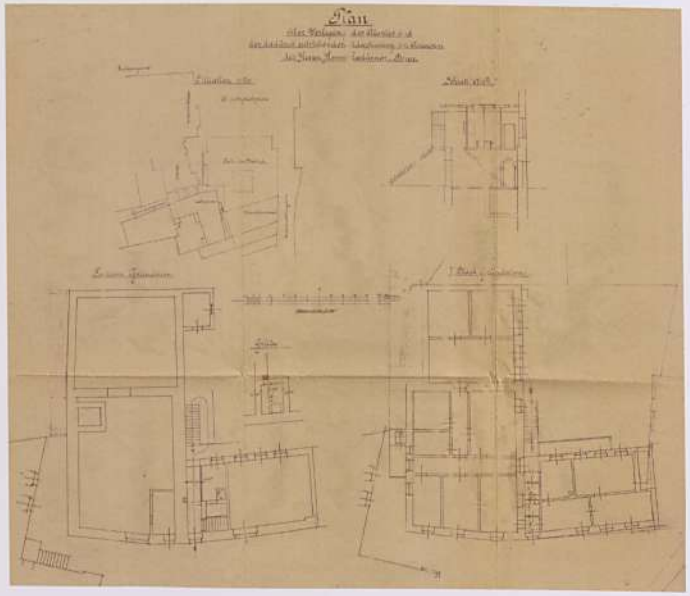
Mit einer möglichen Erweiterung des Rathauses auf das benachbarte Grundstück im Besitz der Familie Ladurner (Abb. 38–39) befasste man sich schon während der Planung des Hauptgebäudes. In der Tat wurden die sanitären Anlagen schon bei der Anlage des mittleren Baukörpers verlegt, damit die beiden Gebäudeteile später miteinander verbunden werden konnten. Man spielte dabei mit dem Gedanken, einen Innenhof anzulegen, um den umliegenden Räumlichkeiten Licht und Luft zu geben. Dieser Innenhof entsprach der Freifläche zwischen den beiden Gebäuden.

Der im Bozner Stadtarchiv aufbewahrten Korrespondenz ist zu entnehmen, dass Hocheder im Jahr 1907 gemeinsam mit dem Zeichner Amonn ein Projekt ausarbeitete, das dann aber erst in den Dreißigerjahren ausgeführt werden sollte.

Schon in den ersten Projekten wurde die Möglichkeit in Aussicht gestellt, das gesamte Gebäude über der Erde und auch einen Teil des unterirdischen Gebäudes abzutragen. Der Abriss des Bauwerks war notwendig, um die Gumergasse erweitern zu können; denn unter sanitärem Gesichtspunkt wurde sie für eine moderne städtische Gesellschaft als unzureichend angesehen. Durch den Abbruch der Gebäude über der Erde konnte die horizontale Kontinuität der Ebenen garantiert und die Anlage von Verbindungsstufen vermieden werden. Das Gebäude hatte einen L-förmigen Grundriss wie der Vorgängerbau, aber eine größere Oberfläche, da es sich durch die Einnahme eines Teils des Innenhofs weiter nach Süden ausdehnte. Das gesamte Souterrain und das Hochparterre waren als Gefängnis und Haupteingang vorgesehen, der sich an der Fassade in der Gumergasse befand. Im Souterrain waren im langen Flügel die Zellen für die Männer untergebracht, im kurzen Flügel die für die Frauen. Außerdem befanden sich hier ein Büro, ein Raum für die Polizei und die sanitären Anlagen. Im Hochparterre lagen die Diensträume der Polizei, das heißt, außer den eigentlichen Büroräumen auch ein Raum für Leibesvisitationen, einer für die Verhöre, die Bäder, und so weiter. Die Zellen und die Aufsichtsräume gingen auf den von einer hohen Mauer umschlossenen Innenhof.



36. Rathauskeller, Entwurf zur Kleiderablage, Gustav Nolte 1912





37. Der in einen Luftschutzraum verwandelte Rathauskeller
38. Vermessung des Hauses Ladurner, Gumergasse
39. Die Gumergasse mit dem Haus Ladurner
40. Verbindungsbögen zwischen dem Haus Ladurner und dem Haus Gregori
41. Abriss des Hauses Ladurner

Die drei Obergeschosse sollten sechs Wohnungen aufnehmen, zwei je Stockwerk, wahrscheinlich für die Polizisten und die Gemeindeangestellten. Bei einem Blick auf die Grundrisse ist zu erkennen, dass das Bauwerk und die Wohnungen wenig rationell gestaltet waren. So fiel zum Beispiel der Zugang zum Gefängnis mit dem Eingang zu den Wohnungen zusammen, die man auch direkt vom Rathausplatz her erreichen konnte. Es handelte sich um Zwei- oder Drei-Zimmer-Wohnungen mit einer Küche und einem kleinen Bad. Bei den Zwei-Zimmer-Wohnungen waren die Räume durch einen Flur voneinander getrennt, während sie bei den Drei-Zimmer-Wohnungen durch einen Korridor miteinander verbunden waren.

Im Bozner Stadtarchiv finden sich keine Hinweise auf die Fassadengliederung. Die in den Dreißigerjahren ausgearbeiteten Fronten lassen aber darauf schließen, dass Hocheder die den Hauptbau charakterisierenden Elemente einsetzen wollte: von Umrahmungen eingefasste, übereinander ausgerichtete Fenster, die der Fassade Vertikalität verliehen. Die Fenster, die eine bestmögliche Beleuchtung garantieren mussten, waren relativ schmal, dafür aber recht hoch. Die auf den Innenhof







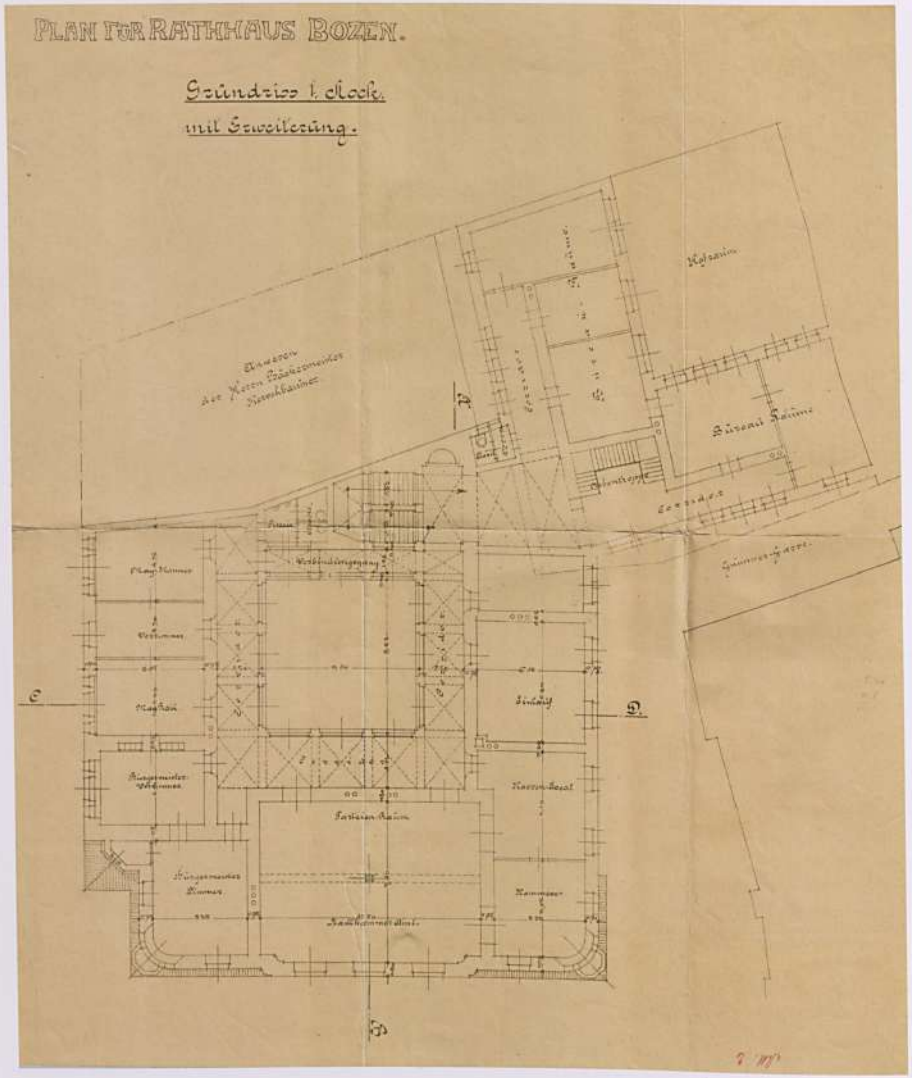
gehenden Fronten wiesen dagegen nur regelmäßig angelegte, einfache Fenster ohne Rahmen und Ornamente auf.

Wie bei anderen von Hocheder entworfenen Plänen ist auch dem Rathausbau anzumerken, dass er großen Wert auf ansprechend gestaltete Fassaden legte, während er einem zweckmäßigen Grundriss weniger Bedeutung zumaß.

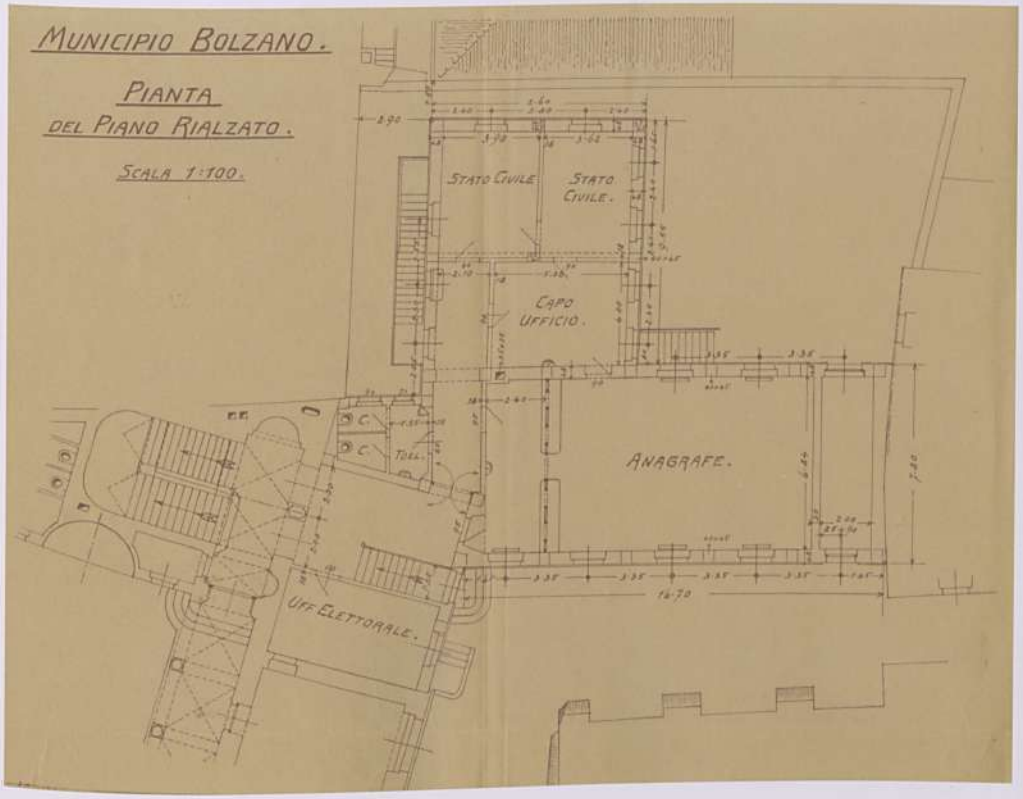
Trotz der Vorlage eines detaillierten Projekts kam es zu Problemen beim Erwerb des Ladurnerschen Hauses[70], sodass das Rathaus nicht erweitert werden konnte. Zwischen 1910 und 1914 wurden am Gebäude lediglich die normalen Unterhaltungsarbeiten durchgeführt, wie die Reparatur der technischen Anlagen, der Anstrich der Wände usw. Bedeutungsvolle Arbeiten wurden zur Ausgestaltung des Rathausvorplatzes vorgenommen, dem nach dem am 1. Januar 1911 erfolgten Zusammenschluss der Gemeinden Bozen und Zwölfmalgreien[71] besondere Geltung zukam. Diese Fusion wurde auch durch die Verbindung zwischen der Julius-Perathoner-Straße (heute Piavestraße) und dem Rathausplatz durch die Passage unter dem Haus Amonn unterstrichen. Durch diese neue Verbindung bekam auch der mittelalterliche Platz eine neue Gestalt. Der Plan, hier ein Denkmal zu errichten, wurde zwar aufgegeben, aber um den Platz innerhalb des Stadtgefüges aufzuwerten, versuchte man, den Verkehr durch die Anlage von Wagenschuppen einzuschränken. Auf diese Weise verloren die Plätze an den beiden Enden der Lauben, die seit jeher als Halt der Karren und zum Be- und Entladen benutzt worden waren, an Bedeutung. Das gesamte Gelände wurde eingeebnet, und das unterschiedliche Bodenniveau wurde durch mehrere Stufen an der auf die Weintraubengasse gehenden Seite ausgeglichen.

Während des Ersten Weltkriegs erlitt das Rathaus leichte Schäden, und nachdem die Fußböden, die Türen und Fenster und die Möbel wieder instand gesetzt und die Wände neu getüncht worden waren, konnte es im Jahr 1919 wieder seinen Betrieb aufnehmen. In der Nacht des 8. August 1920 brach ein Brand aus, der das Dach, das Archiv und mehrere andere Räume zerstörte beziehungsweise beschädigte. Das Dach wurde anschließend in seiner ursprünglichen Form und Technik wiederhergestellt.

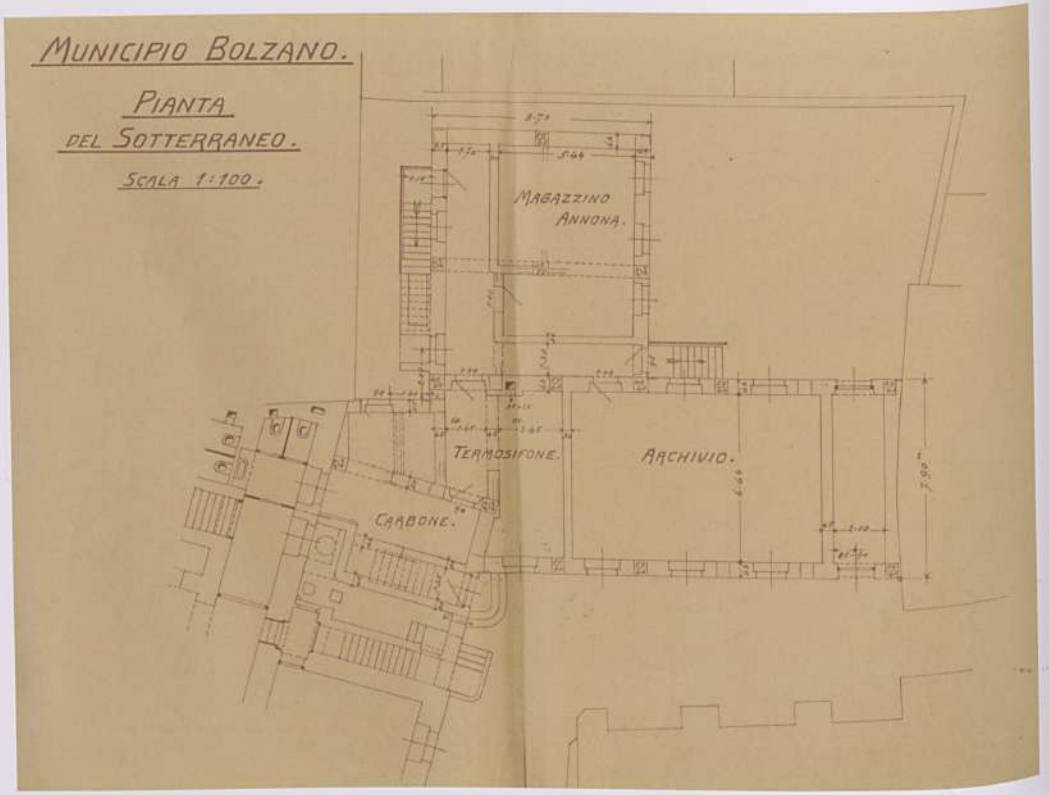
Gerade in dieser Zeit wurde man sich bewusst, dass das Bozner Rathaus sowohl in der Struktur als auch in der Größe den neuen An-



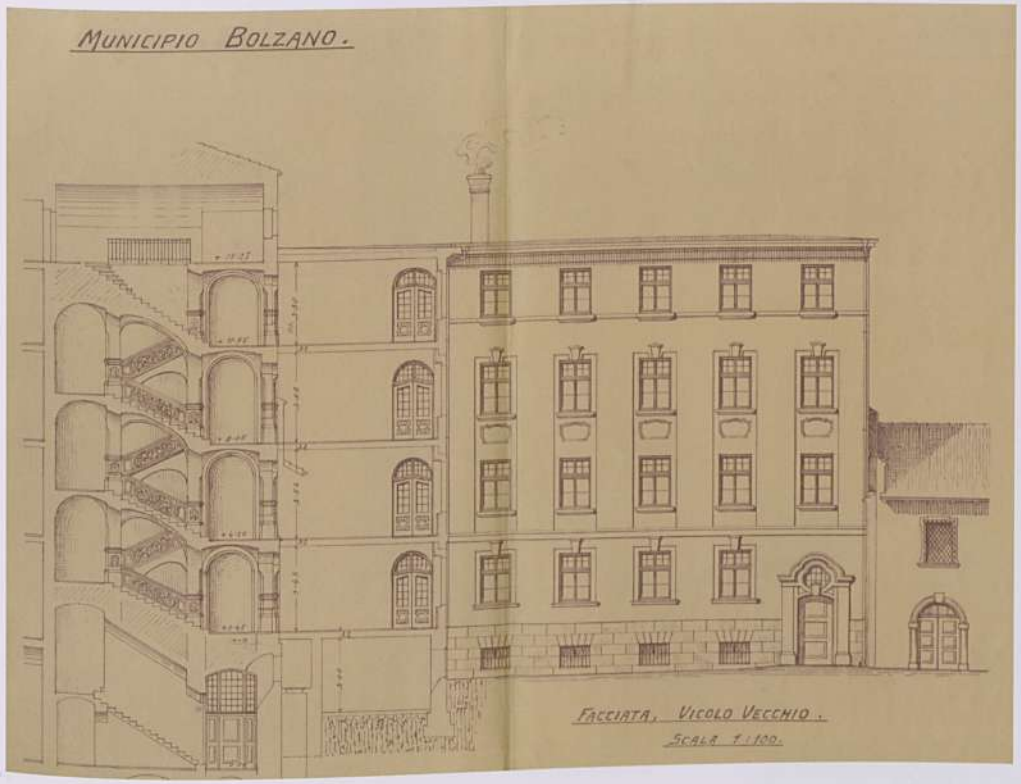
42. Grundriss zur Erweiterung des Rathauses, Carl Hocheder, 1907



43. Grundriss des Hochparterres zur Erweiterung des Rathauses, Stadtbauamt, 1932



44. Grundriss des Souterrains zur Erweiterung des Rathauses, Stadtbauamt, 1932



45. Nördliche Ansicht der Erweiterung des Rathauses, Stadtbauamt, 1932







46. Baustelle bei der Erweiterung des Rathauses
47. Rathaus, Nordseite, Gumergasse, 1940
48. Rathaus, Südseite, Innenhof, 1940

forderungen nicht mehr genügte; denn durch den Zusammenschluss mit Zwölfmalgreien war die Bevölkerungsanzahl angewachsen[72] und es brauchte zunehmend mehr Büroräume. In den Zwanzigerjahren begann man sich auch mit dem Gedanken einer Fusion mit der Gemeinde Gries zu tragen (1925), sodass sich die Erweiterung des Gebäudes als noch dringender erwies[73]. Diese unzureichende Lage[74] war auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass es weder in Zwölfmalgreien[75] noch in Gries[76] ein Rathausgebäude gab.

Die unzulängliche Größe des Gebäudes trat noch deutlicher in Erscheinung, als der Plan zur städtebaulichen Erweiterung von Bozen zu einer Stadt von 100.000 Einwohnern ausgearbeitet wurde.

Man darf nicht vergessen, dass das Rathaus für eine Bevölkerung von weniger als 15.000 Einwohnern geplant worden war, die sich aber in den Zwanzigerjahren schon auf das Dreifache erhöht hatte. Da es nicht alle Büros aufnehmen konnte, mussten einige Abteilungen in andere Gebäude in gemeindlichem Besitz verlegt werden, was aber für das Personal und die Bevölkerung erhebliche und zeitaufwändige Beeinträchtigungen mit sich brachte.

Gegen Ende der Zwanzigerjahre begann man den Bau eines neuen Rathauses in Erwägung zu ziehen. Als Standort ventilierte man ein repräsentatives Gelände am rechten Talferufer; denn es sollte zum Verwaltungsmittelpunkt nicht nur von Bozen und Gries werden, sondern auch von den neuen, von Angehörigen der Mittelschicht und Arbeitern besiedelten Wohngebieten sowie der Industriezone, die damals am Grutzen entstand. Viele ab 1925 ausgearbeitete Projekte sahen vor, das Rathaus auf Parzellen der Gemeinde Gries zu errichten. Der Architekt Marcello Piacentini zum Beispiel vertrat die Ansicht, dass das Rathaus eine Seite des Siegesplatzes einnehmen sollte: In einem Projektvorschlag setzte er das Rathaus an die Nordseite des Platzes, den Regierungspalast dagegen an die Südseite. Seiner Vorstellung nach sollte das Siegesdenkmal von zwei symmetrischen Bauten „eingeschlossen" werden und somit den ersten städtischen Raum charakterisieren, auf den man beim Verlassen der Bozner Altstadt traf[77]. Nur die von Giuseppe Samonà[78] koordinierte Gruppe legte 1929 einen Entwurf zu einem Bebauungsplan vor, der einen Erweiterungsbau in der Nähe des bestehenden Rathauses vorschlug. Sie erwog die Errichtung eines Neubaus in dem Gebäudeblock zwischen der Alten Gasse (Gumergasse), der Raingasse und der damaligen Piazza Vittorio Emanuele III (Waltherplatz). Auf diese Weise wäre eine Häusergruppe, die teilweise im vorausgegangenen Jahrhundert errichtet worden war (Hotel Greif, Bristol), aber auch ausgedehnte private Grünanlagen umfasste, abgerissen worden. Für den Fußgänger- und den Autoverkehr hätte diese Lösung aber Vorteile mit sich gebracht.

Die vielen anderen, im Stadtbauplan enthaltenen Vorschläge sahen die Regulierung des Geländes um das Rathaus und eine Verminderung der Bauten vor, niemals aber den Abbruch des Gebäudes, sondern seine Umgestaltung unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit[79].

Da ein Neubau aus Geldgründen nicht errichtet werden konnte, wurde in den frühen Dreißigerjahren beschlossen, dem Mangel an Räumlichkeiten durch die Anlage eines neuen Gebäudeteils auf dem Grundstück südwestlich des Rathauses abzuhelfen, das seit mehreren Jahren der Stadtverwaltung gehörte. So wurde das von Carl Hocheder erarbeitete Projekt wieder aus der Schublade geholt.

Das Projekt wurde durch das Personal des städtischen Bauamts den modernen Gegebenheiten angepasst, indem die für das Gefängnis vorgesehenen Räume einer anderen Bestimmung zugeführt wurden.

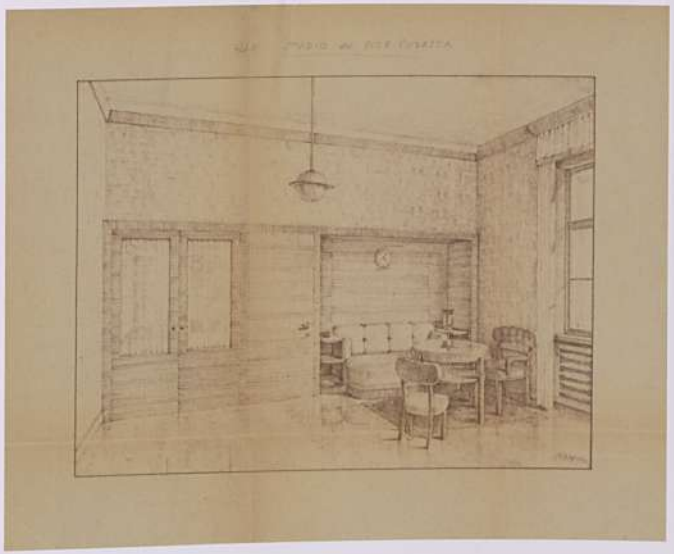
Der Gebäudeteil sollte zwei Zugänge von der Gumergasse her haben, aber aus den Zeichnungen geht hervor, dass als Haupteingang immer noch der Zugang vom Rathausplatz her angesehen wurde.

Im Souterrain wurden das Archiv, das Vorratslager und der Heizraum mit dem Kohlendepot untergebracht. Das ganze Hochparterre wurde vom Meldeamt eingenommen, die oberen Geschosse von unterschiedlich großen Räumlichkeiten.

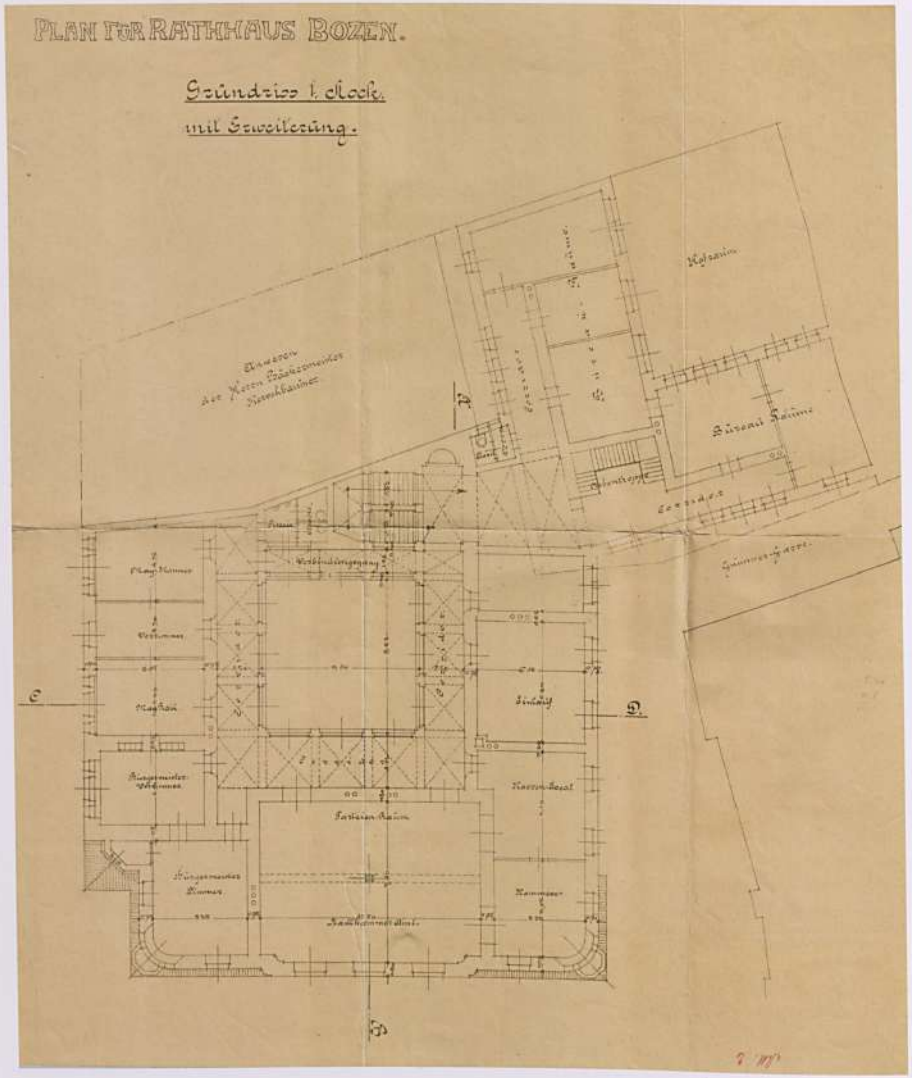
Die auf die Gumergasse gehende Fassade wurde im Vergleich zum Hochederschen Projekt vom städtischen Bauamt vereinfacht. Sie wurde durch waagerecht wie senkrecht ausgerichtete, hohe Fenster gegliedert, die – wie im Originalentwurf vorgesehen – in jedem Stockwerk unterschiedliche Umrahmungen aufwiesen. Um die stilistische Einheitlichkeit zu wahren, wurden auch die Portale mit Rahmen versehen, die in der Form, aber nicht im Material dem Eingangsportal zum Rathauskeller glichen.

Aus der auf die Straße gehenden Fassade verschwanden die reichen Ornamente, einerseits um den Anbau zur Geltung zu bringen, andererseits aus Kostengründen. So reichte der Sockel aus Stein nur bis an die Fenster des Hochparterres, und an den auf den Innenhof gehenden Fronten wiesen die Fenster keinerlei Ornamente auf.

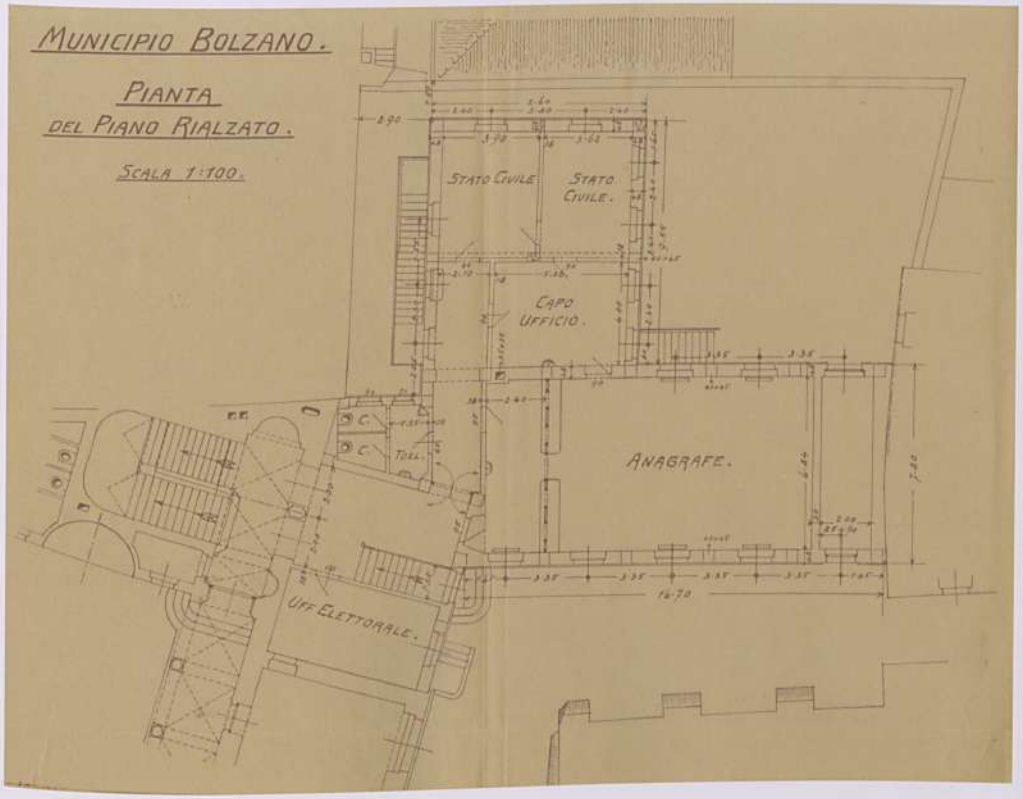
Die Erweiterung (Abb. 43, 44) wurde mit der Beschlussfassung Nr. 1185 vom 5. März 1932 genehmigt, aber aus Geldmangel wurde nur der Bau der ersten zwei Geschosse finanziert. Ebenfalls im Jahr 1932 wurde das Haus Ladurner abgetragen. Allerdings erwies sich der Abriss sofort als problematisch, da das Gebäude durch Bögen mit dem Haus Gregori (Abb. 40, 41) auf der anderen Gassenseite verbunden war. Da die Baumaterialien alt waren und keine solide Verbindung bestand, wurde das statische Gleichgewicht des Gregori-Hauses beeinträchtigt und es traten tiefe Risse auf. So wurde der Abriss blockiert, und es kam zwischen der Stadt und den Hausbesitzern zu einem langen Rechtsstreit, der erst im Jahr 1936 beigelegt wurde. Im März 1933[80] war inzwischen auch die Anlage der Obergeschosse gebilligt und finanziert worden, aber trotz dieses neuen Beschlusses gingen die Bauarbeiten nicht weiter. Ebenfalls 1933 wurde auch die Modernisierung des Rathauses gebilligt, finanziert und durchgeführt; von diesen Arbeiten waren in erster Linie die Räumlichkeiten im ersten Stock betroffen (Amtszim-



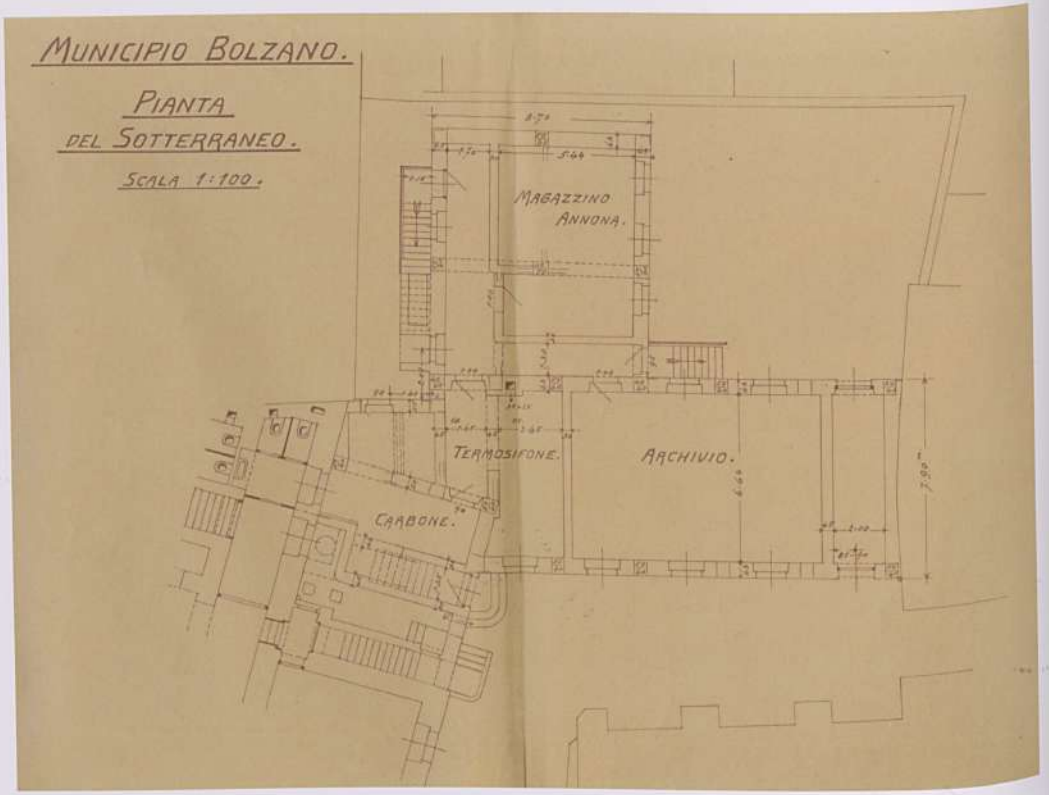
49. Einrichtung des Amtszimmers des Podestà, Marius Amonn, 1933



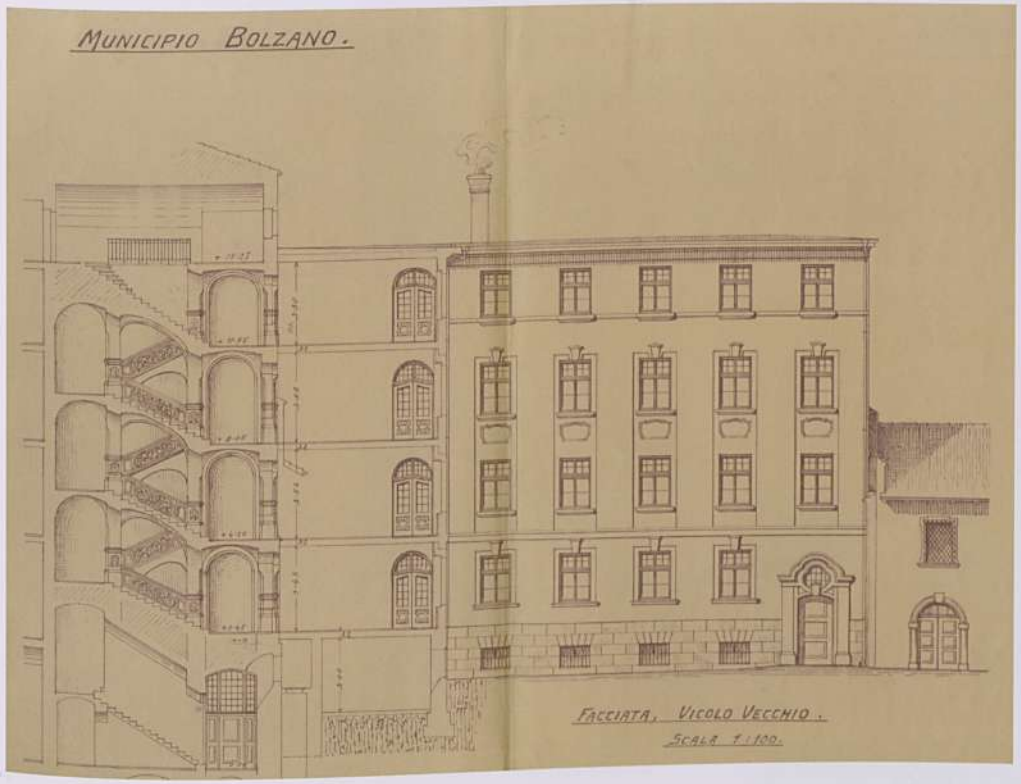
42. Grundriss zur Erweiterung des Rathauses, Carl Hocheder, 1907



43. Grundriss des Hochparterres zur Erweiterung des Rathauses, Stadtbauamt, 1932



44. Grundriss des Souterrains zur Erweiterung des Rathauses, Stadtbauamt, 1932



45. Nördliche Ansicht der Erweiterung des Rathauses, Stadtbauamt, 1932







46. Baustelle bei der Erweiterung des Rathauses
47. Rathaus, Nordseite, Gumergasse, 1940
48. Rathaus, Südseite, Innenhof, 1940

forderungen nicht mehr genügte; denn durch den Zusammenschluss mit Zwölfmalgreien war die Bevölkerungsanzahl angewachsen[72] und es brauchte zunehmend mehr Büroräume. In den Zwanzigerjahren begann man sich auch mit dem Gedanken einer Fusion mit der Gemeinde Gries zu tragen (1925), sodass sich die Erweiterung des Gebäudes als noch dringender erwies[73]. Diese unzureichende Lage[74] war auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass es weder in Zwölfmalgreien[75] noch in Gries[76] ein Rathausgebäude gab.

Die unzulängliche Größe des Gebäudes trat noch deutlicher in Erscheinung, als der Plan zur städtebaulichen Erweiterung von Bozen zu einer Stadt von 100.000 Einwohnern ausgearbeitet wurde.

Man darf nicht vergessen, dass das Rathaus für eine Bevölkerung von weniger als 15.000 Einwohnern geplant worden war, die sich aber in den Zwanzigerjahren schon auf das Dreifache erhöht hatte. Da es nicht alle Büros aufnehmen konnte, mussten einige Abteilungen in andere Gebäude in gemeindlichem Besitz verlegt werden, was aber für das Personal und die Bevölkerung erhebliche und zeitaufwändige Beeinträchtigungen mit sich brachte.

Gegen Ende der Zwanzigerjahre begann man den Bau eines neuen Rathauses in Erwägung zu ziehen. Als Standort ventilierte man ein repräsentatives Gelände am rechten Talferufer; denn es sollte zum Verwaltungsmittelpunkt nicht nur von Bozen und Gries werden, sondern auch von den neuen, von Angehörigen der Mittelschicht und Arbeitern besiedelten Wohngebieten sowie der Industriezone, die damals am Grutzen entstand. Viele ab 1925 ausgearbeitete Projekte sahen vor, das Rathaus auf Parzellen der Gemeinde Gries zu errichten. Der Architekt Marcello Piacentini zum Beispiel vertrat die Ansicht, dass das Rathaus eine Seite des Siegesplatzes einnehmen sollte: In einem Projektvorschlag setzte er das Rathaus an die Nordseite des Platzes, den Regierungspalast dagegen an die Südseite. Seiner Vorstellung nach sollte das Siegesdenkmal von zwei symmetrischen Bauten „eingeschlossen" werden und somit den ersten städtischen Raum charakterisieren, auf den man beim Verlassen der Bozner Altstadt traf[77]. Nur die von Giuseppe Samonà[78] koordinierte Gruppe legte 1929 einen Entwurf zu einem Bebauungsplan vor, der einen Erweiterungsbau in der Nähe des bestehenden Rathauses vorschlug. Sie erwog die Errichtung eines Neubaus in dem Gebäudeblock zwischen der Alten Gasse (Gumergasse), der Raingasse und der damaligen Piazza Vittorio Emanuele III (Waltherplatz). Auf diese Weise wäre eine Häusergruppe, die teilweise im vorausgegangenen Jahrhundert errichtet worden war (Hotel Greif, Bristol), aber auch ausgedehnte private Grünanlagen umfasste, abgerissen worden. Für den Fußgänger- und den Autoverkehr hätte diese Lösung aber Vorteile mit sich gebracht.

Die vielen anderen, im Stadtbauplan enthaltenen Vorschläge sahen die Regulierung des Geländes um das Rathaus und eine Verminderung der Bauten vor, niemals aber den Abbruch des Gebäudes, sondern seine Umgestaltung unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit[79].

Da ein Neubau aus Geldgründen nicht errichtet werden konnte, wurde in den frühen Dreißigerjahren beschlossen, dem Mangel an Räumlichkeiten durch die Anlage eines neuen Gebäudeteils auf dem Grundstück südwestlich des Rathauses abzuhelfen, das seit mehreren Jahren der Stadtverwaltung gehörte. So wurde das von Carl Hocheder erarbeitete Projekt wieder aus der Schublade geholt.

Das Projekt wurde durch das Personal des städtischen Bauamts den modernen Gegebenheiten angepasst, indem die für das Gefängnis vorgesehenen Räume einer anderen Bestimmung zugeführt wurden.

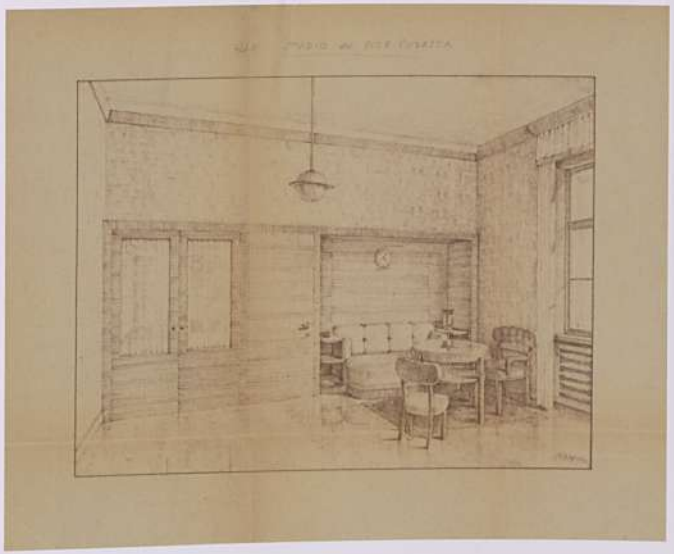
Der Gebäudeteil sollte zwei Zugänge von der Gumergasse her haben, aber aus den Zeichnungen geht hervor, dass als Haupteingang immer noch der Zugang vom Rathausplatz her angesehen wurde.

Im Souterrain wurden das Archiv, das Vorratslager und der Heizraum mit dem Kohlendepot untergebracht. Das ganze Hochparterre wurde vom Meldeamt eingenommen, die oberen Geschosse von unterschiedlich großen Räumlichkeiten.

Die auf die Gumergasse gehende Fassade wurde im Vergleich zum Hochederschen Projekt vom städtischen Bauamt vereinfacht. Sie wurde durch waagerecht wie senkrecht ausgerichtete, hohe Fenster gegliedert, die – wie im Originalentwurf vorgesehen – in jedem Stockwerk unterschiedliche Umrahmungen aufwiesen. Um die stilistische Einheitlichkeit zu wahren, wurden auch die Portale mit Rahmen versehen, die in der Form, aber nicht im Material dem Eingangsportal zum Rathauskeller glichen.

Aus der auf die Straße gehenden Fassade verschwanden die reichen Ornamente, einerseits um den Anbau zur Geltung zu bringen, andererseits aus Kostengründen. So reichte der Sockel aus Stein nur bis an die Fenster des Hochparterres, und an den auf den Innenhof gehenden Fronten wiesen die Fenster keinerlei Ornamente auf.

Die Erweiterung (Abb. 43, 44) wurde mit der Beschlussfassung Nr. 1185 vom 5. März 1932 genehmigt, aber aus Geldmangel wurde nur der Bau der ersten zwei Geschosse finanziert. Ebenfalls im Jahr 1932 wurde das Haus Ladurner abgetragen. Allerdings erwies sich der Abriss sofort als problematisch, da das Gebäude durch Bögen mit dem Haus Gregori (Abb. 40, 41) auf der anderen Gassenseite verbunden war. Da die Baumaterialien alt waren und keine solide Verbindung bestand, wurde das statische Gleichgewicht des Gregori-Hauses beeinträchtigt und es traten tiefe Risse auf. So wurde der Abriss blockiert, und es kam zwischen der Stadt und den Hausbesitzern zu einem langen Rechtsstreit, der erst im Jahr 1936 beigelegt wurde. Im März 1933[80] war inzwischen auch die Anlage der Obergeschosse gebilligt und finanziert worden, aber trotz dieses neuen Beschlusses gingen die Bauarbeiten nicht weiter. Ebenfalls 1933 wurde auch die Modernisierung des Rathauses gebilligt, finanziert und durchgeführt; von diesen Arbeiten waren in erster Linie die Räumlichkeiten im ersten Stock betroffen (Amtszim-



49. Einrichtung des Amtszimmers des Podestà, Marius Amonn, 1933

mer des Podestà und des Vize-Podestà, Sitzungssaal und Wartezimmer).

Es wurde eine Art Wettbewerb ausgeschrieben, zu dem Firmen und Planer ihre Vorschläge unter architektonischem, technologischem und wirtschaftlichem Gesichtspunkt einreichen konnten. Das Istituto Piccole Industrie aus Bozen, die Società Anonima Ebanisteria aus Faenza, der Architekt Segalla aus Trient und der Architekt Francesco Rossi legten ihre Angebote vor, und nach einer aufmerksamen Beurteilung[81] seitens des Prüfungsausschusses wurde der Auftrag an das Bozner Istituto Piccole Industrie vergeben, dessen Planer der Architekt Marius Amonn war. Dieses Projekt wurde angesichts seiner formalen Schönheit, der Ornamente und der architektonischen Linien als bestmögliche Lösung angesehen; außerdem war es der preislich günstigste Entwurf, und das Istituto verpflichtete sich, lediglich einheimische Firmen heranzuziehen.

Um die Gänge zu verbessern und voneinander unabhängig zu machen, ließ Amonn einige Türen versetzen und mehrere Zwischenwände einziehen. Die Einrichtung wurde – so wird im Bericht angeführt – nach den gegenwärtigen Modetendenzen entworfen. Alles Überflüssige wurde ausgeschlossen, und es wurden würdevolle, seriöse Räume geschaffen. Den Einrichtungen lagen rationalistische Stilkriterien zugrunde, die damals in Bozen wie im übrigen Europa in Umlauf waren, um zweckmäßige Bauten zu schaffen, die den neuen Bedürfnissen der Gesellschaft entsprachen. Um den Räumen einen angemessenen repräsentativen Charakter zu verleihen, wurde ein detailliertes Projekt[82] ausgearbeitet, in dem besonders die Maurerarbeiten, die Feinarbeiten an den Fußböden, den Wänden und den Decken, die Anlagen und die Möbel aufgeführt wurden.

Mit diesem Projekt legte Marius Amonn moderne Anschauungen hinsichtlich der Baustrukturen wie der Technologien an den Tag, von denen auch ein Großteil der nachfolgenden Produktion geprägt wurde[83]. Der Architekt betrachtete die Form als Resultat der Funktion, weshalb jedes Möbelstück zweckgerecht gestaltet werden musste. So bekamen die Einrichtungsgegenstände einfache Linien und schlichte geometrische Oberflächen ohne Ornamente (Abb. 49). Der Umbau wurde, wie im Vertrag festgelegt, in nur 90 Tagen realisiert.

Im Jahr 1935 wurde der Erweiterungsbau (Abb. 45, 46) wieder aufgenommen, wobei den Unterlagen zu entnehmen ist, dass das 1932 erarbeitete Projekt sowohl in der Form als auch in der Größe verwirklicht wurde. Änderungen wurden lediglich auf technologischer Ebene vorgenommen, da durch die im Oktober 1935 erlassenen Autarkiebestimmungen die Verwendung von metallischen und importierten Materialien verboten wurde.

Die zeitliche Planung lässt vermuten, dass Marius Amonn bei der Erweiterung des Rathauses als beratender Architekt mitgewirkt hat. Mit den Bauarbeiten wurden einheimische Firmen betraut: mit den Maurerarbeiten die Firma Sicea (Meran), mit den Holzarbeiten die Firma Gabrielli, mit den hydraulischen Anlagen die Firma Antoniazzi (Cavalese), mit den elektrischen Anlagen die Firma Schumacher, usw.

Den Kostenvoranschlägen[84] ist zu entnehmen, dass die alten Steinfundamente des Gebäudes mit den neuen Betonfundamenten (Betonklasse B 450, bestehend aus 200 kg Zement, 0,80 cbm Kies und 0,40 cbm Sand) verbunden und durch eine Schicht aus wasserabstoßendem Zementmörtel (2 cm) abgedichtet wurden. Die Außenmauern wurden aus 60 Zentimeter starkem Beton ausgeführt, auf denen der Blendrahmen ebenfalls aus Beton ruhte. Die Pfeiler und Balken[85] waren – in Hinblick auf weitere Aufstockungen – recht stark und konnten Ziegelträgerdecken tragen, die für eine Überbelastung von 400 kg/qm berechnet waren.

Der Blendrahmen wurde von einer Auskachung aus mit Wassermörtel vermischtem Gestein abgeschlossen und war somit in einer traditionellen Bautechnik ausgeführt.

Das Dach bestand aus einer Beton-Ziegel-Struktur, die mit sechs Zentimeter starken, mit Teer installierten Presskorkplatten isoliert, mit einer vier Zentimeter stark aufgetragenen Schicht aus Zementmörtel wasserdicht gemacht und mit drei Schichten aus Teer- und Lederpappe (Typ 900) ergänzt worden war.

Auf die Zwischenwände aus Lochziegeln (15 cm) wurden eine Schicht zur akustischen Isolierung und ein Zementputz aufgetragen. Je nach Bestimmung erhielten die Räume unterschiedliche Fußböden. Die Räume im Souterrain bekamen einen Zementfußboden, der mit einer Glättekelle aufgetragen und einer darunter liegenden, mindestens 25 Zentimeter starken Bettung gewalzt worden war. In den Büroräumen wurden Linoleumfußböden verlegt, während die Nebenräume einen venezianischen Fußboden bekamen.

Die Fenster wurden von Umrahmungen aus schwarzem, aus dem Etschtal stammendem Gestein eingefasst, das nur vier Zentimeter stark war und somit keine komplizierten Ornamente erlaubte. Der Sockel war mit vier Zentimeter starken, gekrönelten Platten aus weißem Trentiner Sandstein verkleidet.

Der öffentlich zugängliche Salon im Erdgeschoss wurde mit nur zwei Zentimeter starken grauen Marmorplatten verkleidet, was eine Neuheit darstellte. Die Doppelfenster hatten Rahmen aus Tannenholz und waren in den Hauptgeschossen mit Rollläden versehen, im Erdgeschoss mit einem einfachen Rahmen. Die Innentüren bestanden aus Tannenholz, die Außentüren aus Nussholz.

Trotz der Modernisierung des Rathauses und des neuen Baukörpers waren die Gemeindeämter gegen Ende der Dreißigerjahre auf mehrere Gebäude verstreut, die nicht immer schnell zu erreichen waren. Die Stadtverwaltung trug sich daher neuerdings mit dem Gedanken, in den neuen Stadtquartieren ein neues, modernes Rathaus anzulegen, das Platz für alle Gemeindeämter bot; denn zum damaligen Zeitpunkt befand sich nur ein Drittel der Büros im Hauptsitz am Rathausplatz (Abb. 47, 48). Die verstreute Lage der Ämter – sie befanden sich in der Vintlergasse, in der Leonardo-da-Vinci-Straße, in der Verdistraße (Eisackstraße) usw. – war der Verwaltungsarbeit sehr abträglich. So wurde erneut die Anlage eines neuen Rathauses in einem leicht erreichbaren Teil der Stadt erwogen. Eine Ver-



50. Stadtbauplan, Marcello Piacentini, 1938

legung des Rathauses in den modernen Teil von Bozen wurde dabei als unerlässlich angesehen, um den bürokratischen Apparat besser durchgliedern zu können. Nach einer lebhaften Debatte beschloss die Stadtverwaltung, ein neues Rathaus auf einem Grundstück[86] zwischen der Wassermauerpromenade und der Venedigstraße zu errichten, wo damals ein neues Wohnviertel für den Mittelstand entstand.

Doch auch diesmal scheiterte das Projekt an den hohen Grundstückskosten und der mangelnden finanziellen Unterstützung seitens des Staates. Um das Problem des Meldeamts zu lösen, suchte die Stadtverwaltung angrenzende Bauten[87] (Wohnhäuser und Bocciabahn) anzukaufen, die auf die heutige Gumergasse gingen. Durch den Abriss der Gebäude und den anschließenden Neubau erfolgte auch in Bozen eine „Sanierung" eines Teils der Altstadt: ein erster Schritt zur Verwirklichung des vom Architekten Marcello Piacentini (Abb. 53) ausgearbeiteten, umfassenden Plans zum Abbruch der Altstadt. Doch die Stadtverwaltung und das staatliche Regime verloren ihr Ziel, in Bozen ein neues Rathaus zu errichten, nicht aus den Augen, und im Bericht zu der am 3. März 1938 gebilligten Erweiterung hieß es: „Dank seiner zentralen Lage kann der geplante Pavillon, sobald ein neues Rathaus errichtet worden ist, anderen Verwendungszwecken zugeführt werden."

Der Architekt Paolo Allegri vom Bozner städtischen Bauamt wurde mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für den Pavillon des Einwohnermeldeamts beauftragt. Er ging von der Ausrichtung des neuen Baukörpers aus und schlug vor, die Straße zu verbreitern und sie somit dem modernen Autoverkehr zu erschließen.

Zur bestmöglichen Nutzung der Oberfläche (mehr als 950 qm) sollte der neue Baukörper (Abb. 52) eine T-förmige Anlage bekommen. Im ersten Projekt wies der Neubau zwei Geschosse auf (Souterrain und Hochparterre). Aber um auch zukünftigen Erweiterungen des Verwaltungsapparats genügen zu können, schlug der Podestà vor, den Neubau bis zur Höhe des Gebäudes am Rathausplatz aufzustocken.

Wie dem Bericht zu entnehmen ist, sollten im Souterrain außer dem Heizraum und dem Kohlendepot auch ein großer Archivraum untergebracht werden, ein Depot für Fundgegenstände und drei ausgedehnte Lagerräume, die so gestaltet waren, dass sie unter gewissen Voraussetzungen – zum Beispiel bei Volkszählungen – auch als Amtsräume genutzt werden konnten. Im Hochparterre sollten das Einwohnermeldeamt und die Stadtpolizei Platz finden. Es war durch einen breiten Eingang zugänglich, der in den Schalterraum (7,50 x 14,40 m) führte, mit acht Schaltern für das Meldeamt und vier für das Standesamt. Dazu kamen das Kanzleiamt, ein Raum für Eheschließungen und einer für den Abteilungsleiter.

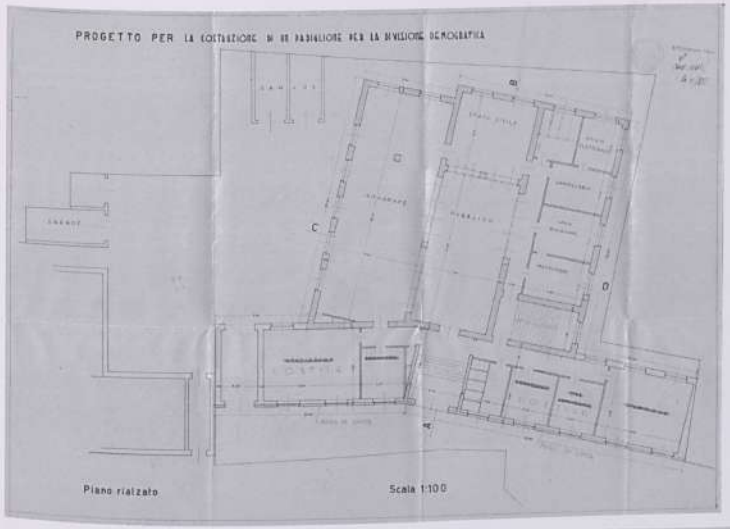
Es wurde auch beschlossen, im Rathaus einen mehr als 60 Quadratmeter großen Raum (9,20 x 6,80 m) dem Amt für Statistik zuzuweisen.

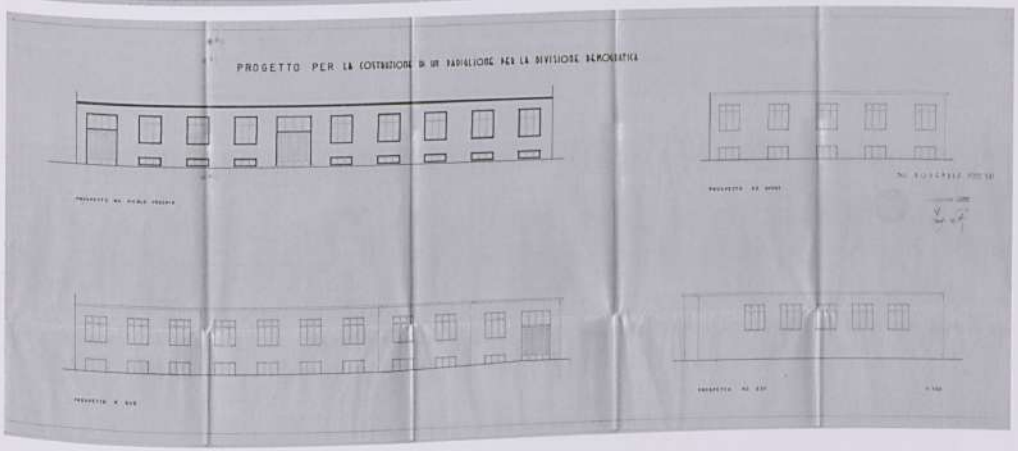
In diesem Gebäude waren auch vier Amtsräume für die Stadtpolizei vorgesehen, jeweils einer für den Kommandanten, den stellvertretenden Kommandanten, die Unteroffiziere und die Wachmänner.

Die Außenwände (Abb. 52) sollten sich den Vorstellungen des Planers gemäß durch eine einfache, aber würdevolle und elegante Architektur auszeichnen, mit dreiflügeligen Fenstern und einem platten Dach ohne Ornamente. Die Kosten sollten so niedrig wie möglich gehalten und das Gebäude in nur 15 Monaten errichtet werden. Doch es fehlte die Finanzierung, und infolge des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs wurde der Bauplan verworfen.

Während des Kriegs wurde das Gebäude wegen seiner Nähe zur Bahnlinie aufgegeben. Die Gegend wurde mehrmals bombardiert, und der unterirdische Rathauskeller diente als Luftschutzraum (Abb. 37).

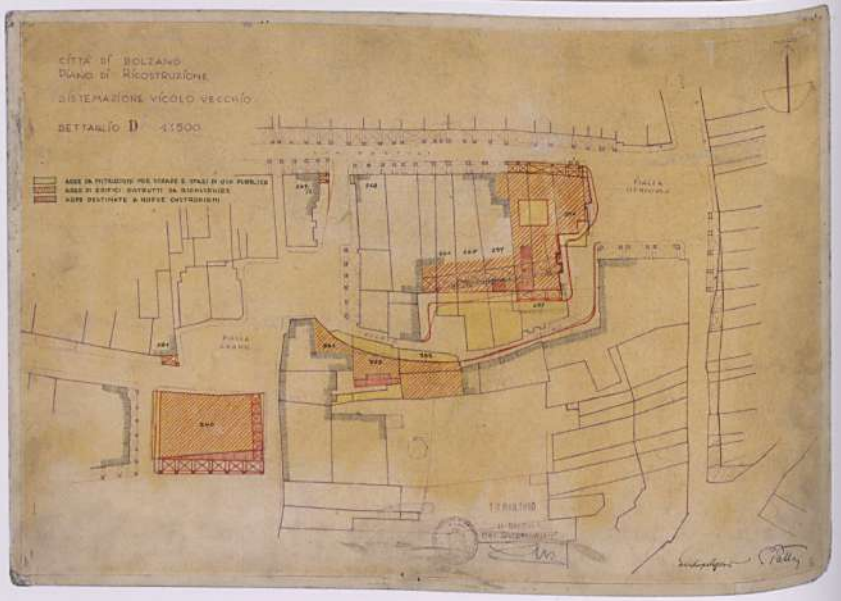
Nach Kriegsende mussten das Dach des Rathauses repariert, die Glasfenster erneuert, die Fußböden ausgebessert und die Wände gestrichen werden, um das Gebäude für benutzbar zu erklären. Erst im Jahr 1948 wurde auch das Erdgeschoss instand gesetzt und der Stadtpolizei zur Verfügung gestellt.





51. Grundriss des Pavillons des Meldeamts, Alte Gasse, Stadtbauamt: Paolo Allegri, 1938
52. Ansicht des Pavillons der demografischen Abteilung, Stadtbauamt





Weitere Ergänzungs- und Anpassungsarbeiten wurden in den frühen Fünfzigerjahren durchgeführt: Es wurden Trennwände eingezogen, die Außenwände gestrichen[88], das Dach erneuert[89], der Parkettfußboden in vielen Räumen ersetzt, die Wasseranlage und die sanitären Einrichtungen den neuen Erfordernissen angepasst, neue Einrichtungen erworben, usw.

Nach diesen Ausbesserungs- und Instandsetzungsarbeiten wurde deutlich, dass das Rathaus umstrukturiert werden musste: Um perfekt funktionieren zu können, mussten alle Ämter, die für eine Stadt von fast 80.000 Einwohnern notwendig waren, in einem einzigen Gebäude[90] untergebracht werden. Anfangs spielte man mit dem Gedanken (Abb. 57), das Gelände westlich des Rathausplatzes mit einzubeziehen, das das letzte Stück der Laubengasse umfasste und auf dem zwei alte, während des Kriegs stark beschädigte Häuser standen. Die Stadtverwaltung hielt diese Lösung für sehr günstig, da die Kosten bald von Ersparnissen bei den Personal-, Heiz- und Unterhaltungskosten amortisiert würden[91].

Es ist anzunehmen, dass die Stadtverwaltung das Bauamt mit der Ausarbeitung der Erweiterungspläne beauftragt hatte. Dem einzigen uns bekannten, im Buch *Bozen. Eine Stadt im Wiederaufstieg* veröffentlichten Foto ist zu ersehen, dass das Gebäude dem von Carl Hocheder entworfenen Rathaus nachgebildet war und alle Gemeindeämter aufnehmen konnte. Die Stadtverwaltung bemühte sich mit allen Mitteln, die für die Erweiterung notwendigen Grundstücke zu erwerben. Aber aus damaligen Zeitungsartikeln geht hervor, dass der Grundstücksankauf an den hohen Kosten scheiterte und die Stadt sich daher nach neuen Standorten umsehen musste, die teils bei der Abfassung des Wiederaufbauplans[92] (1954, Abb. 54) ins Gespräch kamen, teils bei der Ausarbeitung des Stadtbauplans (1958, Abb. 55)[93].

Es wurden mehrere Lösungen vorgebracht. So wurde vorgeschlagen, das ganze Rathaus in einen anderen Stadtteil zu verlegen; den jetzigen Standort des Rathauses beizubehalten, aber einige Ämter in andere Gemeindegebäude zu verlegen; das Rathausgebäude auf andere Gelände der Altstadt zu verlegen , wie zum Beispiel auf das Gelände des Gaswerks in der noch nicht bestehenden Südtirolerstraße oder in die Sernesistraße auf das Gelände des städtischen Krankenhauses, dessen Verlegung nach Moritzing schon in den Dreißigerjahren beschlossen worden war[94]. In diesem Zusammenhang sei vermerkt, dass die in den Fünfzigerjahren erarbeiteten Baupläne für beide Komplexe andere Zweckbestimmungen vorsahen.

Die Suche nach einem neuen Standort rief neuerlich heftige Debatten auf den Plan. Die Stadtverwaltung hatte inzwischen wichtige Entscheidungen getroffen, darunter die zur Erweiterung und Begradigung der Gumergasse. Im April 1955 wurde der Plan zur Begradigung der Gasse gebilligt, und nach langwierigen Verhandlungen mit den Haus- und Grundstücksbesitzern konnte das Gelände erworben werden. Der Stadtrat verabschiedete außerdem die Erweiterung des in den Dreißigerjahren errichteten Südflügels des Gebäudes[95] zur Unterbringung der Lochkartenstelle und des Amts für Statistik[96]. Das Bauamt erarbeitete einen Plan für diesen relativ kleinen Baukörper (weniger als 400 cbm, Abb.58), der nur zwei Geschosse aufwies[97], ein Souterrain und ein Hochparterre. Das Souterrain war für die Archivräume vorgesehen, das Hochparterre für die Lochkartenstelle. Dank der auf Pfeilern ruhenden Anlage konnte eine ausgedehnte, rund 120 Quadratmeter große Halle geschaffen und mit modernen Geräten ausgestattet werden. Angesichts der Erweiterung musste der in den Dreißigerjahren angelegte Gebäudeteil erneuert werden. Die Pförtnerwohnung und der Postdienst wurden in ein anderes Gebäude in Gemeindebesitz verlegt, um Platz für die Räume des Amts für Statistik zu gewinnen (Abb. 56, 57).

Da diese Arbeiten dringend ausgeführt werden mussten, wurde die Firma Angelo Donati aus Bozen[98] mittels Privatverhandlung mit der Ausführung betraut.

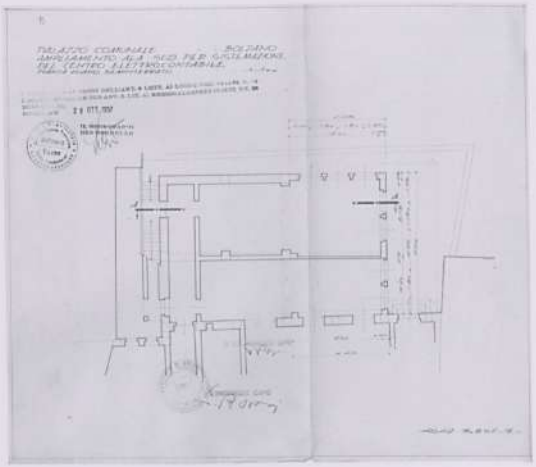
Der Mangel eines geeigneten Rathaussitzes führte auch in der Folgezeit zu lebhaften Dis-



53. Plan von Marcello Piacentini, 1938, Anlage einer Verbindung zwischen Kornplatz und Weintraubengasse
54. Wiederaufbauplan mit Erweiterung der Alten Gasse, 1950, Erich Pattis
55. Stadtbauplan 1957, Anlage einer Verbindung zwischen Waltherplatz und Weintraubengasse







kussionen, sodass die Stadtverwaltung im Januar 1955, als die dringendsten städtischen Probleme gelöst worden waren, den Antrag auf einen staatlichen Zuschuss zur Erweiterung des Rathauses stellte.

Bei der Abfassung des Stadtbauplans wurde – in Anlehnung an den Plan von Marcello Piacentini – beschlossen, zwischen der Weintraubengasse und dem Waltherplatz eine parallel zur Gumergasse verlaufende Verbindung zu schaffen.

Durch diesen Fußgängerweg, der teils durch vorhandene Gebäude verlief und an die Grundstücke in Gemeindebesitz grenzte[99], wurde ein direkter Zugang vom Waltherplatz hergestellt. In den Platz mündeten die wichtigsten Straßen ein und er wurde von allen Buslinien berührt, sodass er bequem und rasch aus allen Stadtteilen erreicht werden konnte. Außerdem konnte auf dem Waltherplatz eine dem Rathaus vorbehaltene Parkzone geschaffen werden[100].

Dieser neue Zugangsweg veranlasste die Stadtverwaltung, den neuen Gebäudeteil an der Gumergasse anzulegen. Im Jahr 1956[101] begann man sich mit dem Gedanken zu tragen, einen Wettbewerb zur Planung des neuen Gebäudes auszuschreiben, und am 21. März 1957 wurde die Ausschreibung dieses Wettbewerbs vom Stadtrat verabschiedet[102].

Der Wettbewerb griff auf eine in den Dreißigerjahren vom Stadtarchitekten Paolo Allegri ausgearbeitete Studie zurück und sah den Entwurf von zwei Baukörpern vor. Einer sollte an der Gumergasse liegen und die gleiche Höhe wie der Hauptsitz haben. In diesem nach Möglichkeit L-förmigen Bauwerk (1.800–2.000 qm) sollten mindestens hundert Räume Platz finden, das Archiv und der Postdienst, mit direktem Zugang von der Straße her. Das Gebäude sollte auch eine rationelle Verbindung zwischen den einzelnen Stockwerken aufweisen: eine „bequeme" Treppe und mindestens zwei Aufzüge. Der zweite, für das Einwohnermeldeamt bestimmte, eingeschossige Baukörper (220 qm) sollte ebenfalls einen unabhängigen Zugang haben, auch direkt von der im Stadtbauplan vorgesehenen Galerie.

Der Erweiterungsbau sollte im ersten, zweiten und dritten Geschoss mit dem bestehenden Rathausgebäude verbunden werden. Den Wettbewerbsteilnehmern wurden (gegen entsprechende Zahlung) der Lageplan des Grundstücks im Maßstab 1:200 sowie Grundrisse, Querschnitte und Aufrisse des in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts errichteten Rathauses geliefert. In der Ausschreibung wurden auch die zu präsentierenden Ausarbeitungen aufgelistet: ein Grundriss im Maßstab 1:500, die mit Höhenangaben versehenen Grundrisse aller Stockwerke einschließlich des Souterrains im Maßstab 1:100, die Aufrisse und ein Querschnitt, ein schriftlicher Bericht zu den allgemeinen Kriterien des Entwurfs, die tragenden Strukturen, die Verschönerungsmaterialien, die Kubatur des Gebäudes über der Erde und die Anzahl der Räume. Die Ausarbeitungen waren innerhalb von drei Monaten nach der Veröffentlichung des Wettbewerbs (1. September 1957[103]) zu präsentieren. Mehrere Artikel des Ausschreibungsdekrets bezogen sich auf die Durchführung des Wettbewerbs[104]: zum Beispiel, dass der Entwurf des Preisträgers in den Besitz der Stadtgemeinde überging, dass die Stadtverwaltung es sich vorbehielt, das siegreiche Projekt auszuführen und auch Abänderungen vorzunehmen. Diese zwei Artikel wurden von der Architekten- und Ingenieurkammer heftig kritisiert und führten wahrscheinlich auch dazu, dass der Wettbewerb eine nur geringe Teilnahme verzeichnen konnte.

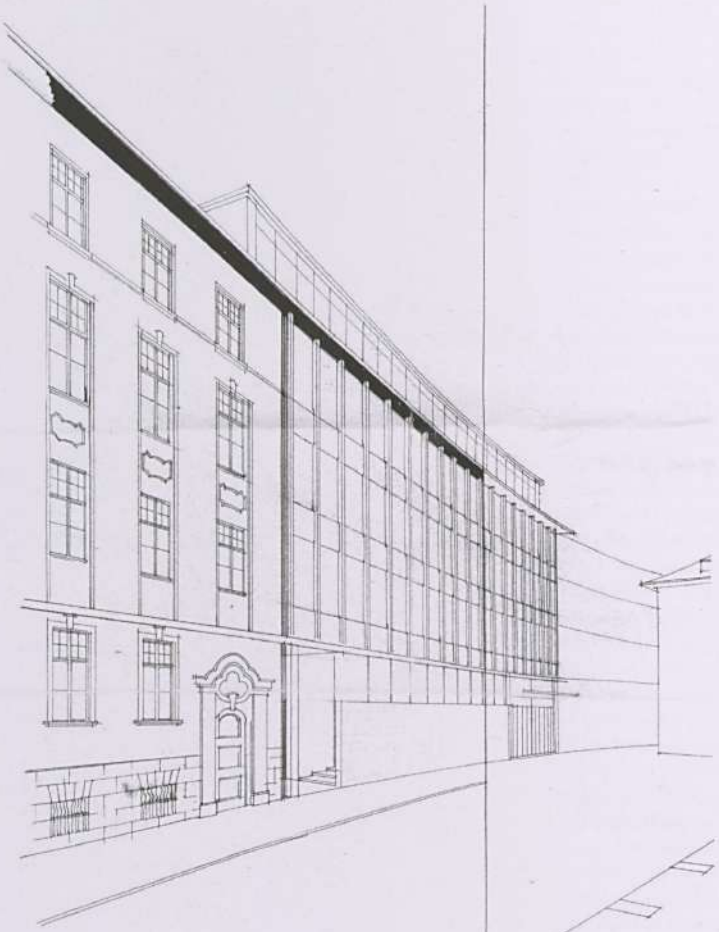
Der in ganz Italien ausgeschriebene Wettbewerb zog nicht viele Teilnehmer an, weshalb die Architekten- und Ingenieurkammer – auch angesichts des reichen zu präsentierenden Materials – einen Terminaufschub um einen Monat forderten, um eine bestmögliche Teilnahme zu garantieren[105] (Abb. 59).

Im Dezember 1957 wurde die Kommission[106] ernannt, die ihre Arbeit am 20. Januar 1958 begann und in nur drei Sitzungen die eingereichten Entwürfe begutachtete und die Preise zuerkannte. Der erste Preis ging an das Projekt „Luis", das von den Architekten Renzo Aste[107] aus Rovereto und Velio De Stefano[108] aus Cusano Milanino präsentiert worden war.

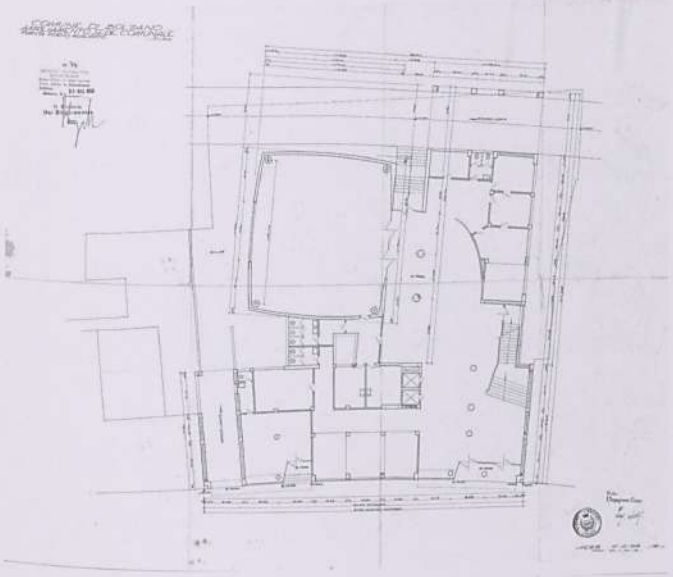


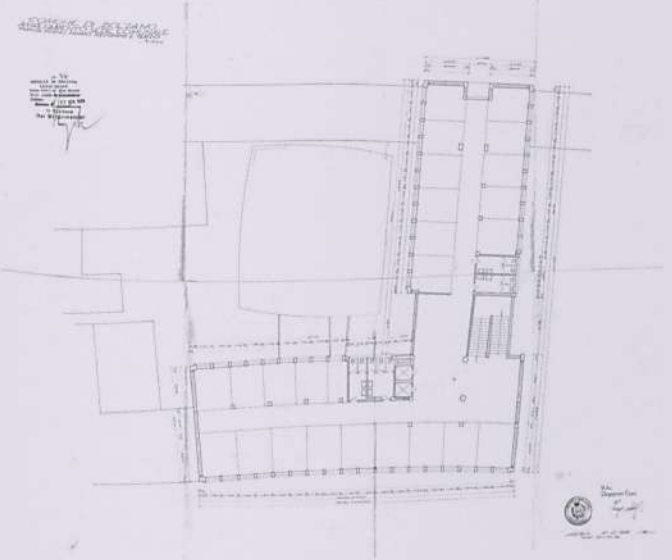
56. Amt für Statistik, 1956
57. Amt für Statistik, 1956
58. Grundriss der Erweiterung des Amts für Statistik
59. Einer der beim Wettbewerb zur Rathauserweiterung eingereichten Pläne: Fassade gegen die Gumergasse

COMUNE DI BOLZANO
AMPLIAMENTO SEDE COMUNALE
VISTA PROSPETTICA DELLA PIAZZETTA

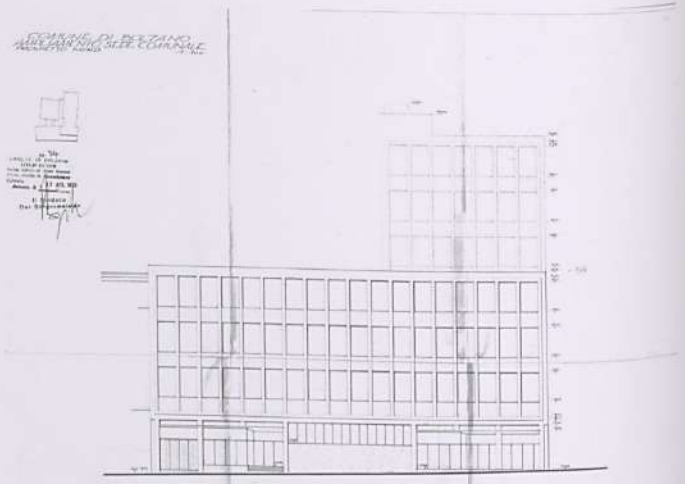


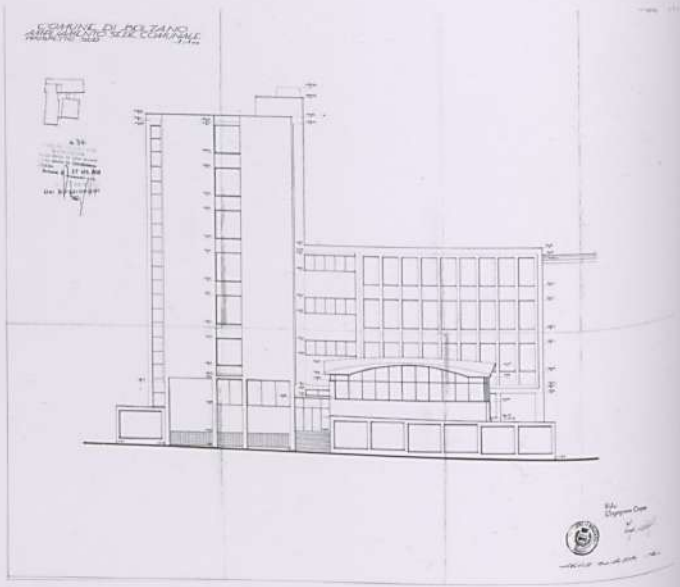
PROGETTO: DOTT. ARCH. RENZO ASTE

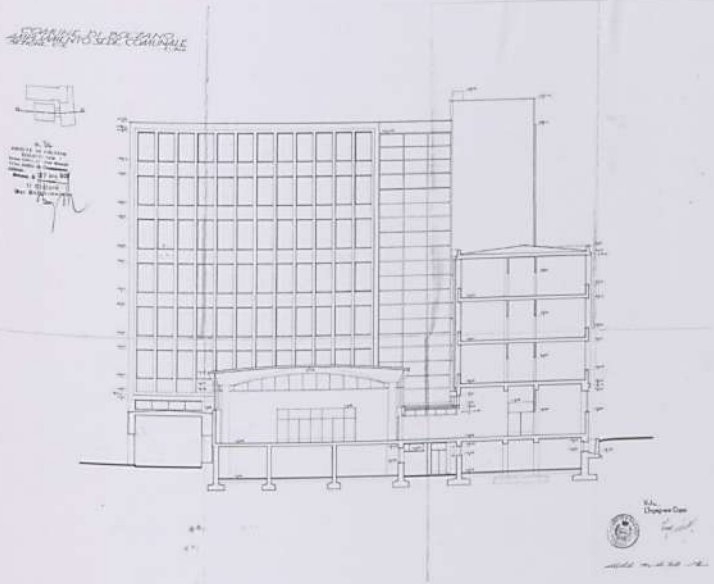


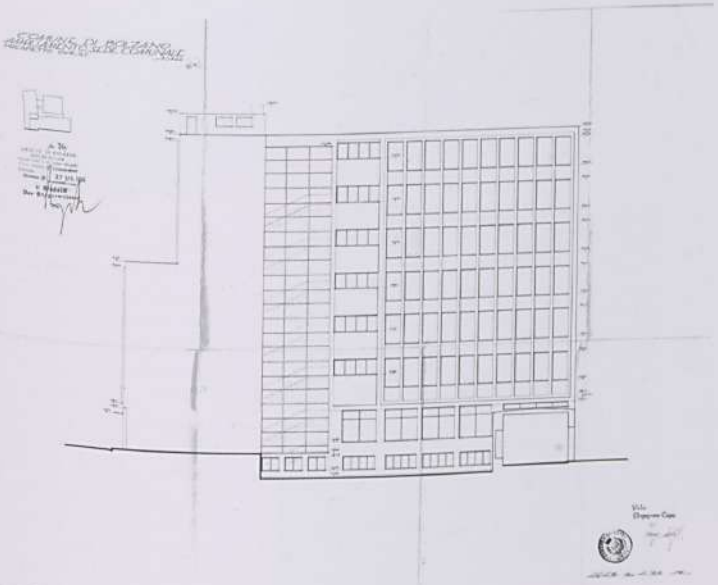


Erweiterung des Rathauses, Renzo Aste, 1959
60. Ansicht der Fassade
61. Grundriss des Erdgeschosses
62. Grundriss eines Stockwerks









Erweiterung des Rathauses, Renzo Aste, 1959
63. Nordansicht
64. Südansicht
66. Aufriss
65. Westansicht



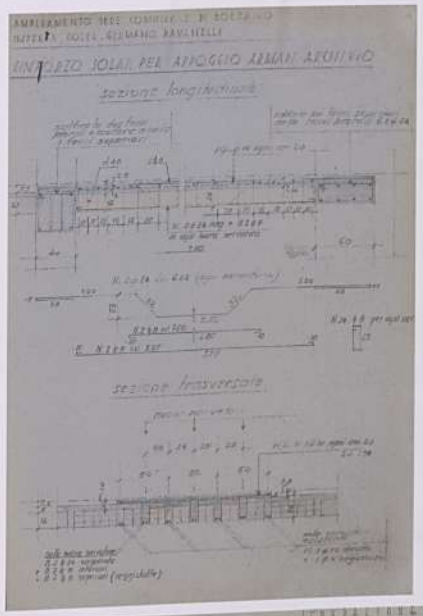


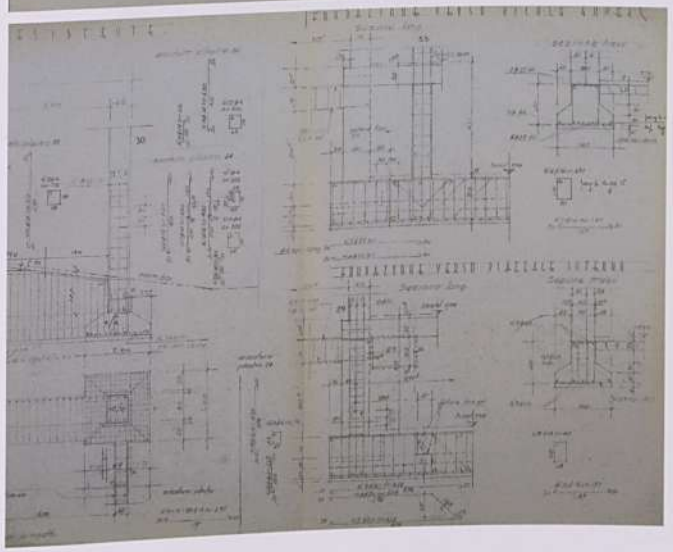
67. Modell des Rathauses, 1960
68. Nordansicht, 1966

Das siegreiche Projekt (Abb. 60) des von Renzo Aste koordinierten Architektenteams war den damaligen Stiltendenzen gemäß von geometrischen Formen und einem überwiegend geometrischen Aufbau der Baukörper geprägt: Der L-förmige Baukörper verband sich mit einer in der Form kontrastierenden Ellipse. Die Gebäudeteile wiesen eine unterschiedliche Höhe auf: Der parallel zur Gumergasse verlaufende Baukörper hatte vier Geschosse, der senkrecht dazu angeordnete Bau dagegen fünf. Mit dieser Anordnung wollten die Architekten die Verbindung zwischen den Erfordernissen und der architektonischen Form zum Ausdruck bringen. Das L-förmige Gebäude für die Büros lag an der Grenze des Grundstücks. Im neuen und im schon bestehenden Gebäude sollte ein Raum das Meldeamt aufnehmen; die Planer schlugen aber zu einem späteren Zeitpunkt vor, hier den Sitzungssaal unterzubringen (Abb. 61).

Dank einer leichten Krümmung der auf die Gumergasse gehenden Fassade konnte der neue Baukörper mit den schon bestehenden Bauten verbunden werden. Im L-förmigen Gebäude befanden sich im Erdgeschoss eine große Durchgangshalle, mit einem Zugang von der Gumergasse her und einem anderen von der geplanten Galerie. Im östlichen Teil dieser Halle lagen die Aufzüge, im westlichen eine breite zweirampige Treppe. Der auf die Gumergasse gehende Flügel sollte den Postdienst aufnehmen, der direkt von der Gumergasse her zugänglich war. In den Obergeschossen (Abb. 62) führten Mittelgänge von der zentralen Halle her zu den unterschiedlich großen Büroräumen, die durch zwei, drei oder vier Fenster gut beleuchtet wurden.

Diese auf Moduleinheiten basierende Anlage hatte einen flexiblen Grundriss, sodass die einzelnen Amtsräume je nach ihrer Bestimmung eine unterschiedliche Größe aufwiesen. In jedem Geschoss bestanden infolgedessen zwei völlig voneinander unabhängige Abteilungen. Die sanitären Anlagen befanden sich jeweils in der Nähe der Mittelhalle. Der L-förmige Gebäudeteil, der auf eine Fläche von über 21.000 Quadratmeter





69. Balken, Strukturentwürfe
70. Fundamente, Strukturentwürfe





71. Südseite des Erweiterungsbaus des Rathauses, während der Bauarbeiten
72. Nordseite des Erweiterungsbaus des Rathauses, während der Bauarbeiten

kam, hatte 81 Büroräume, einen Sitzungssaal, einen Archivsaal, einen großen Raum für die Zeichner, eine weite Eingangshalle und einen Postdienst, während sich im Souterrain die Wohnung des Pförtners, die Abteilungsarchive und die Garagen befanden.

Der ellipsenförmige Baukörper bestand aus einem einzigen Raum, der durch bewegliche Einrichtungen unterteilt werden konnte. Es handelte sich um eine Lösung von großer Flexibilität, die den Bedürfnissen der Stadtverwaltung sehr entgegenkam (Abb. 67).

Das Bauwerk entfernte sich stilistisch sowohl vom Münchner Historismus, der das erste Rathaus geprägt hatte, als auch vom Monumentalstil der Repräsentationsbauten des faschistischen Regimes. Das moderne Bauen stand in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg im Zeichen des Funktionalismus (Abb. 63), bei dem die ästhetischen Gestaltungsprinzipien hinter den die Form bestimmenden Verwendungszwecken zurücktraten. So ging die klassische Dreiteilung der Fassade, bei der die Beletage besonders hervorgehoben wurde, verloren.

In Bozen wurden die Frontseiten (Abb. 64) von senkrechten, in der Horizontalen leicht modulierten Elementen geprägt. Die Tragstruktur aus Betonpfeilern war mit im unteren Teil blinden Fenstern verbunden. Diese technologische Lösung brachte eine stark plastische Wirkung hervor, die trotz ihrer Gegensätzlichkeit gut zu den angrenzenden Gebäuden passte. Zum Beispiel zeichnete sich die Fassade durch eine rhythmische Gliederung aus, die sich in den Bögen der Laubengasse wiederholte. Die Eingangshalle war auf beiden Seiten mit einer gebäudehohen Fensterwand versehen, während sich die vertikale und horizontale Tragstruktur im Inneren befand.

Das von der Aste-Gruppe entworfene Rathaus konnte als moderne Interpretation des „Bürohauses" angesehen werden, mit gleichförmigen Fassaden (Abb. 65, 66) und Serienanlagen: ein funktionaler Bau, in dem die kompositorischen Elemente von einer komplexen Geometrie geprägt werden.

Aller Wahrscheinlichkeit nach war der von der Aste-Gruppe erarbeitete Entwurf im Grundriss wie im Aufbau dem von Adalberto Libera entworfenen Palazzo della Regione in Trient nachgebildet worden, dessen Wettbewerbsprojekte im Jahr 1955 weithin bekannt waren. Der Erweiterungsbau des Bozner Rathauses kann aber auch vom Palazzo del Governo in Trient beeinflusst worden sein, der 1955 vom römischen Architekten Annibale Vitellozzi (1903–1979) entworfen worden war.

Unter technologischem Gesichtspunkt bestand das Bauwerk aus einem Stahlbetongerüst (Abb. 70), das auf einem Fundament aus trapezförmigen, durch Betonringe miteinander verbundenen Sockeln ruhte. Den im Bozner Stadtarchiv aufbewahrten Plänen ist zu entnehmen, dass sich das Architekten-Team mit besonderer Aufmerksamkeit dem Entwurf der Strukturen zuwandte, um durch die Wahl geeigneter Materialien die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. In diesem Zusammenhang dürfen wir nicht vergessen, dass zur damaligen Zeit eher bei den Materialien gespart wurde als bei den Arbeitskräften.

Das Erdgeschoss wurde aus Ziegelelementen ausgeführt, das mittlere und obere Geschoss aus Betonziegeln (Abb. 69). Das Dach wies Betonflachziegel auf, die ohne Rückgriff auf Isoliermaterial eine ausreichende Wärmeisolierung gewährleisteten.

Das Ausführungsprojekt wurde vom Trentiner Ingenieur Roberto Moscheni[109] erarbeitet, die Strukturkalkulation vom Ingenieur Enrico Azzali[110] durchgeführt, während die Arbeiten von der Baufirma Germano Ravanelli ausgeführt wurden. Im Zuge der Abfassung des Ausführungsprojekts wurden mehrere Änderungen vorgenommen, unter denen die Aufstockung des L-förmigen Baukörpers um ein Geschoss von größtem Belang war. Um zu vermeiden, dass das Gebäude damit zu massig wirkte, wurde das oberste Stockwerk um zwei Meter zurück versetzt.

Der endgültige Entwurf wurde am 23. April 1959 präsentiert, aber die Bauarbeiten begannen erst Mitte 1960, und Anfang 1962 war der Neubau vollendet[111] (Abb. 71, 72). In dem von Ingenieur Basile abgefassten technischen Bericht vom 28. März 1963 ist zu lesen, dass infolge der Anlage des Neubaus jetzt alle Zweckbestimmungen der Räumlichkeiten im alten Baukörper neu überdacht werden mussten – und das mit dem Ziel „dem gesamten Gebäudekomplex eine bessere ästhetische Gestalt zu verleihen", dabei aber den originalen Stil vor allem hinsichtlich „einiger wertvoller Holzverkleidungen, der Holz- und Marmorportale, der Bögen usw." zu bewahren, „die, falls sie durch den Krieg oder aus anderen Gründen beschädigt oder zerstört worden sind, in ihrem ursprünglichen Zustand wiederhergestellt oder sogar rekonstruiert werden". Aus dem Bericht geht auch hervor, dass die durchzuführenden Arbeiten so unterschiedlich und heterogen waren, dass sich eine Planung als äußerst beschwerlich erwies. Wahrscheinlich führten auch die mangelnden geometrisch-dimensionalen, vor allem aber technologischen Kenntnisse des Bauwerks dazu, dass die Baumaßnahmen nicht geplant werden konnten – was einen erheblichen Anstieg der Modernisierungskosten zur Folge hatte.

Der Gebäudekomplex wurde in den Sechzigerjahren vollendet (Abb. 68), konnte aber nur einen Teil der Amtsräume aufnehmen. Die Fürsorgeabteilung und das Einwohnermeldeamt zum Beispiel blieben weiterhin in anderen städtischen Gebäuden.

Der Rathauskomplex wurde später (1985) gegen den Waltherplatz hin ausgebaut; er nahm dabei das Gelände der Pension Unterhofer ein, wo das Amt für Planung und Statistik untergebracht wurde.

In den nachfolgenden Jahren wurden an dem zwischen dem Rathausplatz und der Gumergasse gelegenen Gebäudekomplex viele Instandhaltungsarbeiten durchgeführt, die aber die ursprünglichen Merkmale nicht beeinträchtigt haben. Am bedeutungsvollsten war der 1999 vorgenommene Eingriff zur radikalen Umgestaltung der Eingangshalle im Erdgeschoss des vom Architekten Aste entworfenen Gebäudes. Auch am elliptischen Baukörper, der heute als Tagungsraum dient, wurden Umbauten ausgeführt, die sowohl die Raumgliederung als auch die Raumhöhe betrafen.

Angesichts der Erweiterung der Stadtverwaltung mussten neue Amtsgebäude errichtet werden, die über das Gemeindegebiet verstreut liegen. Die in den Sechzigerjahren aufgekommene Idee, die gesamte Stadtverwaltung in einem einzigen Bauwerk unterzubringen, wurde damit aufgegeben.

Das Rathaus, wie es uns heute entgegentritt, kann auf eine hundertjährige Geschichte zurückblicken, die von politischen und finanziellen Debatten gekennzeichnet war, von Neubauten, Anbauten, Umbauten und Restaurierungen, die in erster Linie von den Bedürfnissen der Ämter und Abteilungen auferlegt wurden, von anscheinend unverzichtbaren Erfordernissen. Niemals aber ist die Rede davon, dass die Bauten und Umwandlungen Produkte einer Gesellschaft und der neuen Bedürfnisse sind, der technologischen Entwicklung und der so bedeutsamen Einbeziehung anderer Kulturen und so weiter: alles Faktoren, die die Vielgestaltigkeit einer Architektur ausmachen.

Doch die Kenntnis der Geschichte des Rathauses kann uns helfen, die Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung besser zu verstehen.

1. Das Bürgermeisteramt, mehrere Sitzungssäle und die technische Abteilung waren in Gebäuden in der Nähe des Hauptsitzes unter den Lauben untergebracht.

2. Durch die Verlegung von verschiedenen Ämtern in andere Gebäude konnte der Hauptsitz unter den Lauben den repräsentativsten Ämtern vorbehalten werden.

3. Bozen war eine Stadt ohne Raum. Der Großteil der Gelände, auf denen sich vor den josephinischen Reformen Klöster befinden hatten, war durch die Anlage neuer Stadtteile beansprucht worden, sodass es nur wenige freie Grundstücke gab.

4. Julius Perathoner (Dietenheim, 28. Februar 1849 – Bozen, 17. April 1926) bekleidete von 1895 bis 1922 das Bürgermeisteramt in Bozen; von 1901 bis 1911 war er darüber hinaus auch Abgeordneter im Wiener Parlament und von 1902 bis 1907 im Innsbrucker Landtag. Zu seinem Leben und Wirken siehe den Beitrag von Hans Heiss in der vorliegenden Publikation.

5. *Denkschrift der Gemeinde Zwölfmalgreien im politischen Bezirke Bozen über die angestrebte Lostrennung ihrer Viertel Zollstange, St. Johann und St. Peter zum Zwecke der Vereinigung mit der Stadtgemeinde Bozen*, Dezember 1894, verfasst vom Bürgermeister Anton Zelger, der von 1893 bis 1901 Bürgermeister von Zwölfmalgreien war. Weitere Hinweise finden sich in der Tageszeitung „Constitutionelle Bozner Zeitung" vom 5. Mai 1894 im Artikel *Die Stadterweiterung*.

6. *Provisorisches Gemeindegesetz*, gebilligt mit Genehmigung des Landesherrn am 17. März 1849, Nr. 170 – „Allgemeines Reichs-Gesetz und Regierungsblatt für das Kaiserthum Österreich", 1849, S. 203–222. Gesetz Nr. 17 vom 8. Juni 1892: *Bestimmungen über die Verwaltung des Gemeindeeigenthums und der Gemeindeeinkünfte*, in: Landesgesetz- und Regierungsblatt für das Kronland Tirol und Vorarlberg, 1892, S. 91–110.

7. In Bozen hatte auch die Bezirkshauptmannschaft ihren Sitz, der Verwaltungsaufgaben hinsichtlich des Kults, des Unterrichts, der Staatssicherheit und der Polizei, der Landwirtschaft, des Verkehrswesens, der Gewässer und Aquädukte usw. oblagen.

8. Im Laufe des 19. Jahrhunderts kam es in der Organisation in und Verwaltung des Südtiroles Landes mehrmals zu chaotischen Umwälzungen im politisch-militärischen Bereich. Die verschiedenen Regierungen (Franzosen und Österreicher 1796–1805, Bayern 1806–1810, Königreich Italien 1810–1814, Habsburgerreich 1814–1918) nahmen immer wieder neue institutionell-politische Experimente vor, in deren Folge es zu auch abrupten Änderungen in der Landes-, Verwaltungs- und Gerichtsordnung kam. Die Namen und Zuständigkeiten der einzelnen Ämter wurden immer wieder abgeändert, aber angesichts der Langsamkeit der Bürokratie kam es oft vor, dass die Ämter sich noch an Gesetze und Bestimmungen der vorausgegangenen Verwaltung hielten. Im Bozner Talkessel, wo Talfer, Eisack und Etsch aufeinandertreffen, bestanden drei Gemeindeverwaltungen, die zuerst vereint und dann wieder getrennt wurden und die Ausarbeitung eines kohärenten Entwicklungsplans behinderten. Zur Zeit der napoleonischen Besatzung zum Beispiel war Bozen die Hauptstadt eines Bezirks des Departements Ober-Etsch, dessen Hauptstadt Trient war. In dieser Zeit wurden der Stadt Bozen ihre Handelsprivilegien aberkannt, und sie musste bis 1848 auf eine größere Verwaltungsautonomie warten. In einem kurzen Zeitraum kam es zu einem radikalen Umschwung in der Stadtverwaltung: An die Stelle eines noch spätmittelalterlich geprägten Gemeinderats, der ausgedehnte Selbstverwaltungsrechte genoss und in dem gesellschaftliche Schichten vertreten waren, deren Hauptziel die Verteidigung ihres Status war, trat eine zwar von oben stärker kontrollierte Verwaltung, die aber sehr spezialisiert und somit stark zersplittert war und zur Herausbildung einer hierarchischen Struktur von Beamten und Stadtverwaltern führte, die aber von höheren Verwaltungsorganen abhängig waren. In dieser Zeit bildete sich die Verwaltungsorganisation heraus, die die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und das 20. Jahrhunderts charakterisieren sollte. Ohne hier auf die von den verschiedenen Regierungen verabschiedeten gesetzgeberischen Maßnahmen eingehen zu wollen, mit denen sich schon Angela Mura in ihrem Beitrag in der vorliegenden Publikation beschäftigt, soll doch angeführt werden, dass am 17. Mai 1849 im Zuge der bürgerlichen Revolutionen ein provisorisches Gemeindegesetz erlassen wurde, mit dem die Übertragung staatlicher Zuständigkeiten auf die Gemeinden und die Einrichtung von zwei gewählten Organen (einer beschließenden und einer exekutiven Vertretung) sanktioniert wurde. Dieses Gesetz sah unter anderem den Zusammenschluss von benachbarten Gemeinden vor, um die Verwaltungskosten herabzusetzen. Bozen, Gries und Zwölfmalgreien beschlossen angesichts ihrer andersgearteten wirtschaftlichen Merkmale dennoch, die drei autonomen Gemeinden beizubehalten. In der Gemeindeordnung vom 9. Januar 1866 für die Grafschaft Tirol wurde im Wesentlichen das Gesetz des Jahres 1849 übernommen, wobei aber unterstrichen wurde, dass die staatlichen Kompetenzen auf die Gemeinde übertragen wurden und nicht auf das Gemeindeoberhaupt. Mit der aufkommenden Tendenz zu absolutistischen Staatsformen wurde allerdings auch das provisorische Gemeindegesetz des Jahres 1849 seines Gehalts entleert und es wurden mehrere Verordnungen erlassen, die dessen Prinzipien widersprachen. Mehrere gesetzliche Bestimmungen des Innenministeriums und einige zwischen 1850 und 1851 erlassene Verordnungen, aber nur teilweise das 1849-er Gemeindegesetz bildeten ein Jahrzehnt lang die Grundlagen der Gemeindeverwaltungen des k.u.k. Reichs. Mit dem am 24. April 1859 verabschiedeten Gesetz Nr. 58 machte die Regierung ihre Absicht deutlich, die gesamte öffentliche Verwaltung in ihre Hände zu bringen und somit die Rolle der Gemeinden zu schmälern. Nach einigen Jahren wurde die Gemeindeverwaltung, der Hauptträger der örtlichen Selbstverwaltung, nicht mehr als staatliches Organ angesehen, sondern als ein Sujet für sich, mit eigenen Interessen und somit einem eigenen Aktionsradius. Weitere Hinweise zu diesem Thema bei: M. Nequirito, M. Faes (Hrsg.), *Linee di sviluppo e cesure istituzionali nella storia dei comuni trentini dal Medioevo all'unione all'Italia descritte secondo le norme ISAAR* und in den online im Portal Trentino Cultura veröffentlichten Archivverzeichnissen der Trentiner Gemeinden.

9. Die ersten Sitzungen des Stadtrats fanden auf Schloss Hörtenberg statt, das im 16. Jahrhundert von der Familie Hörtmair errichtet, dann aber an die Fuchs von Fuchsberg und schließlich an die Giovanelli übergegangen war. Derzeit befindet sich der Ansitz in Privatbesitz.

10. In diesem Gebäude befanden sich die von der Bevölkerung am meisten in Anspruch genommenen Gemeindeämter. Siehe: H. Tiefenbrunner, *Häusergeschichte von Zwölfmalgreien*, Bozen 2012.

11. Sebastian Altmann (Bad Reichenhall, 19. Januar 1827 – Bozen, 27. Juli 1877) war Stadtarchitekt in Bozen von 1857 bis 1894.

12. Im Bauwerk, heute Verwaltungssitz des Stadtviertels, befinden sich die Büros verschiedener Vereine.

13. Der mittelalterliche Gemeindepalast lag, als auch symbolischer Mittelpunkt des städtischen Lebens, immer an einem Platz im Stadtzentrum, wo meistens auch die Kirche stand. Er umfasste meistens einen großen Sitzungssaal des Gemeinderats sowie mehrere Amtsräume für den Bürgermeister, den Polizeichef und die Gemeindeschreiber.

14. Camillo Sitte (Wien, 17. April 1843 – Wien, 16. November 1903). C. Sitte, *Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen*, Wien 1889. Auf die erste Auflage folgten mehrere andere; das Buch wurde außerdem ins Englische, ins Französische und ins Italienische übersetzt. I. Stübben, *Der Städtebau im Handbuch der Architektur*, Teil IV, Bd. 9, 1890.

15. Es handelte sich um ein wahres Handbuch, in dem der Autor verschiedene, objektiv bewertete Lösungen anhand von formalen, repräsentativen, funktionalen und auch wirtschaftlichen Kriterien lieferte.

16. Der Standort lässt darauf schließen, dass man schon damals den Zusammenschluss von Bozen und Zwölfmalgreien in Erwägung zog, der dann allerdings erst 1908 erfolgte.

17. N. Mumelter, *Bozner Geschichte am Straßenrand*, Bozen 1990.

18. Zu einem späteren Zeitpunkt spielte man mit dem Gedanken, hier das Stadttheater zu errichten.

19. Man ventilierte auch die Möglichkeit, das Grundstück in Besitz der Familie Mengon zu erwerben, das später vom Bauunternehmer Zelger aus Trient angekauft wurde.

20. Simon Wälsch handelte mit Wein in Ungarn.

21. Alle europäischen Städte ließen damals Markthallen errichten, besonders in den modernen Stadtvierteln (in Budapest entstanden allein im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts gleich fünf Markthallen). Anstelle der Markthallen wurden in den europäischen Großstädten Geschäftspassagen angelegt, wie zum Beispiel die Galleria Vittorio Emanuele II in Mailand (1865, Arch.°Giuseppe Mengoni), die Galleria Umberto I in Neapel (1890, Ing. Emanuelle Rocco), und andere mehr.

22. Alois Delug (Bozen 1859 – Wien 1930) war von 1898 bis 1928 Professor an der Wiener Kunstakademie. Albert Stolz war sein Schüler.

23. „Besteht vielleicht für Markthallen eine Notwendigkeit? Wünschen die Herren, die dieses Schlagwort in die Welt gesetzt haben, vielleicht die künstliche Züchtung einer italienischen Händlerkolonie am Dreifaltigkeitsplatze, als Gegenstück zum Obstmarkt, welchen der Magistrat von italienischen Händlern seit Jahren zu säubern bestrebt ist?", „Bozner Zeitung", Nr. 111, Samstag, 16. Mai 1903.

24. Bei der Ausarbeitung der Pläne zur Verschönerung des Platzes erwog man auch, mitten auf dem Platz eine vom Bildhauer Andreas Kompatscher angefertigte Marienstatue aufzustellen. Dieser Vorschlag wurde aber verworfen, da sie den Verkehr beeinträchtigte. Man trug sich auch mit dem Gedanken, das Denkmal auf dem Domvorplatz oder dem Dominikanerplatz zu errichten, aber schließlich kam es in die Grünanlagen am Marienplatz. Siehe „Tiroler Volksblatt" vom 23. Juni 1906.

25. Der Plan, das Rathaus auf zwei Grundstücken am Dreifaltigkeitsplatz zu errichten, wurde von der örtlichen Presse heftig kritisiert. Aus der „Bozner Zeitung" geht hervor, dass der Bevölkerung im Grunde keine Lösung recht war, denn sie hatte Angst, dass zur Finanzierung des Rathausgebäudes die Steuern erhöht würden. „Bozner Zeitung" Nr. 109, Donnerstag, 14. Mai 1903.

26. Die Eingliederung in die schon vorhandenen Bauten war Camillo Sittes Meinung nach notwendig, um eine Art Kulisse zu schaffen, aber auch, um die Kosten zu senken, da die auf den Platz gehenden Fassaden auf diese Weise kleiner wurden.

27. Im Jahr 1901 leitete die Stadtverwaltung den Ankauf des Hauses von Abraham Wälsch in die Wege; „Tiroler Volksblatt" vom 7. August 1901. In einem am 29. Februar 1902 im „Tiroler Volksblatt" veröffentlichten Artikel ist dagegen die Rede vom Abriss des Turms, der – um die Erinnerung wach zu halten – auch fotografiert wurde. In Wirklichkeit zogen sich die Verhandlungen noch über mehrere Jahre hin. In einem 1906 in der „Bozner Zeitung" veröffentlichten Artikel ist zu lesen, dass der Streit mit Simon Wälsch bis vor die Statthalterei in Innsbruck gekommen war, aber als abgeschlossen angesehen wurde, sodass die Gemeinde das Gebäude erwerben konnte; „Bozner Zeitung" vom 16. Mai 1906.

28. *Handbuch der Architektur*, Teil 4, Bd. 7, Heft 1, *Stadt- und Rathäuser, Gebäude für Ministerien, Botschaften und Gesandschaften, Geschäftshäuser für staatliche Provinz- und Kreisbehörden*, Stuttgart 1900; D. Donghi, *Manuale dell'architetto*, Bd. 2, *La composizione architettonica, parte I – Distribuzione – Sezione V – Edifici Amministrativi*, Milano 1908.

29. Gottfried Semper (Hamburg 1803 – Rom 1879), einer der bedeutendsten deutschen Architekten des 19. Jahrhunderts, gilt als Vertreter des Historismus, wies jedoch die damals modischen neugotischen Tendenzen zurück. G. Semper, *Architettura, arte e scienza. Scritti scelti 1834–1869*, Napoli 1987, und G. Semper, *Lo stile nelle arti tecniche e tettoniche o estetica privata: manuale per tecnici, artisti e amatori*, Bari 1992.

30. Carlo Sada (Mailand 1849 – Catania 1924), Architekt. Als Vertreter des Klassizismus und der Neugotik chitekt. Als Vertreter des Klassizismus und der Neugotik entwarf er zahlreiche Bauten in Piemont, Ligurien und Sizilien.

31. Giuseppe Bruni (Triest 1827–1877), Architekt.

32. Friedrich von Schmidt (Frickenhofen, Württemberg 1825 – Wien 1891), Architekt. Nach Arbeiten am Kölner Dom und Restaurierungen in Sant'Ambrogio in Mailand wurde er nach Wien berufen, wo er als Baumeister und Lehrer an der Kunstakademie tätig war. Er gilt als einer der Hauptvertreter der Neugotik. In Südtirol erarbeitete Friedrich von Schmidt das Projekt zur Restaurierung von Schloss Runkelstein (1884–1888) und zum Umbau der Landesfürstlichen Burg in Meran (1878).

33. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde angesichts der städtebaulichen Ausdehnung in den größten Gemeinden des Habsburgerreichs ein technisches Büro eingerichtet, das zwei Abteilungen hatte: Die eine kümmerte sich um Infrastrukturen wie Straßen und Brücken, das Wasser- und das Stromnetz, die andere um die Gebäude und besonders deren Ausrichtung und Ornamente.

34. Alois Delug, der Berater des Bürgermeisters in architektonischen Fragen, sah die Anlage eines Portikus als unerlässlich an, um eine Kontinuität mit der Laubengasse zu schaffen.

35. Das Walmdach war in den osteuropäischen Ländern verbreitet, besonders in Slowenien. Da es einen guten Fassadenschutz bot, wurde es auch bei der Anlage von ländlichen Bauten im Pustertal übernommen.

36. Die Stilmerkmale, die die Fassaden der Rathäuser prägten, wurden auch in die Frontseiten des Museums und der Sparkasse übernommen.

37. Friedrich Max (seit 1897 Ritter von) Thiersch (Marburg an der Lahn 1852 – München 1921) war ein deutscher Maler und Architekt. Als Vertreter des Späthistorismus griff er auf neubarocke Tendenzen zurück, wobei er in München den spätklassischen mit dem Rundbogenstil verband. Er war Professor an der Technischen Hochschule in München, wurde aber – auch dank seiner Freundschaft mit Kaiser Wilhelm II. – in ganz Deutschland mit dem Entwurf von Bauten betraut.

38. Martin Dülfer (Breslau 1859 – Dresden 1942) trat nach Studienjahren an den Technischen Hochschulen in Hannover und Stuttgart in das Berliner Architekturbüro von Heinrich Kaiser und Karl von Großheim ein, um dann sein Studium bei Friedrich von Thiersch an der Technischen Hochschule München abzuschließen. Er war freiberuflich tätig, unterrichtete aber auch 1902 an der Bayerischen Royal Schule und seit 1906 als Professor für das Entwerfen von Hochbauten an der Technischen Hochschule Dresden. Der Architekt, anfangs ein Anhänger des neubarocken Stils, wandte sich dann dem Jugendstil zu und entwickelte eine äußerst moderne Formensprache. Im Jahr 1899 beauftragte er Wilhelm Kürschner mit den Bauarbeiten des Theaters in Meran. Siehe auch: *Bauen in München 1890–1950. Eine Vortragsreihe in der Bayerischen Akademie der schönen Künste* (Arbeitshefte 7), Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, München 1980; D. Klein, *Martin Dülfer. Wegbereiter der deutschen Jugendstilarchitektur* (Arbeitshefte 8), Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, München 1981.

39. Der Architekt Gabriel Seidl (München 1848–1913) studierte zuerst Maschinenbau an der Polytechnischen Schule in München, dann an der Akademie Architektur und schließlich Dekoration in Rom. Unter den vielen von ihm entworfenen Gebäuden sind vor allem zu erwähnen: in München die Lenbachvilla (1887–1891), die Villa des Malers Friedrich August von Kaulbach (1887–1889), das Bayerische Nationalmuseum (1894–1899), die Kirche St. Anna im Lehel (1887–1892) und das Deutsche Museum (1906, im Jahr 1925 von seinem Bruder Emanuel von Seidl fertiggestellt); in Bremen das Rathaus (1909–1913) und in Bad Tölz das Kurhaus (1913).

40. Carl Hocheder (Weiherhammer bei Weiden, 7. März 1854 – München, 21. Januar 1917) war nach dem Besuch der Technischen Hochschule in München (1874–1878) Assistent bei Friedrich von Thiersch (1881–1885). Nach seiner Tätigkeit als Bauamtsassessor in Amberg (1885) arbeitete er von 1886 bis 1889 als Bauamtmann beim Stadtbauamt München. 1898 wurde er als Professor für Gebäudekunde an die Technische Hochschule München berufen. Hocheder hatte namhafte Mitarbeiter, darunter auch den Architekten Heinrich Tessenow. Zu einer umfassenden Darlegung von Hocheders Leben und Werk verweisen wir auf den Beitrag von Renate Brenn Rammlmair in der vorliegenden Publikation.

41. Siehe im Anhang Dok. 2

42. Das Projekt wurde von Alois Delug überbracht, einem Freund und Berater des Bürgermeisters, und auch von Hocheder begutachtet.

43. Siehe im Anhang Dok. 3

44. Wilhelm Kürscher zog im September 1902 für fast ein Jahr nach Puerto de la Orotava (Teneriffa, Spanien). Den Archivunterlagen ist zu entnehmen, dass er mit dem städtischen Bauamt in Kontakt blieb und Briefe und Entwürfe für das Rathaus und andere öffentliche Bauten nach Bozen schickte. Perathoner sandte Kürschner auch Fotos von einigen von Hocheder erarbeiteten Entwürfen zu, und Kürschner machte seinerseits neue Vorschläge: Er kritisierte die Verlegung der Treppe, was seiner Ansicht nach die Nutzung der Räumlichkeiten in allen Stockwerken und auch die senkrechte Gliederung beeinträchtigte. Siehe im Anhang Dok. 6

45. Der Architekt Marius Amonn (1879–1944) arbeitete sowohl mit Carl Hocheder als auch mit Wilhelm Kürschner zusammen. In seiner Biografie wird er als Mitarbeiter an mehreren Projekten von Kürschner erwähnt: Stadtmuseum, Oberrealschule, Sparkasse, Colonnadenhof und Hintner-Haus und „Kaiser-Franz-Josef"-Mädchenschule. Siehe: E. Pattis, *Bauten des Bozner Architekten Marius Amonn und namhafter Architekten in Bozen 1900–1920*, „Der Schlern" 40 (1966).

46. Der Zugang von der Weintraubengasse her wurde nur für die Untergeschosse benutzt.

47. Friedrich Ohmann (1858–1938), eine herausragende Persönlichkeit des Wiener Kunstlebens, war von

1889 bis 1899 als Professor für dekorative Architektur an der Kunstgewerbeschule in Prag tätig. Anschließend unterrichtete er an der Wiener Akademie für bildende Künste, wo auch Alois Delug tätig war. Von Ohmann stammt der Entwurf zum Kurhaus in Meran.

48. Die Innsbrucker Firma Gebrüder Colli schlug mehrere Abänderungen vor. Zum Beispiel empfahl sie, den Sitzungssaal mit teils geschnitztem und vergoldetem slowenischem Eichenholz erster Wahl zu verkleiden. Nicht alle Änderungen wurden vom Auftraggeber akzeptiert.

49. Wahrscheinlich haben die Architekten Nolte und Amonn als Vermittler fungiert.

50. Das städtische Bauamt verlangte den Einbau von mindestens zwei gusseisernen Heizkesseln. Die Gemeinde wandte sich an mehrere Firmen, aber Entwürfe und Angebote wurden nur von Münchner und Wiener Betrieben eingereicht.

51. Zum Bau des Rathauses nahm die Stadtverwaltung bei der Sparkasse ein Darlehen auf (1905) und verkaufte mehrere Immobilien.

52. Die „Vorläufigen Leitsätze für Eisenbetonbauten" waren vom Deutschen Architekten- und Ingenieurverein sowie vom Deutschen Beton-Verein erarbeitet worden; auf sie folgten dann die Bestimmungen zur Anlage von Eisenbetonbauten.

53. Bei der Untersuchung der Angebote für die verschiedenen Arbeiten ist festzustellen, dass die auswärtigen Firmen sehr viel detailliertere Angebote (Beschreibung, Mengenangaben) präsentierten als die einheimischen Unternehmer.

54. E. Mörsch, *Teoria e pratica del cemento armato con ricerche ed esempi costruttivi della Wayss & Freytag e della Soc. An. Italiana „Ferrobeton"*, Milano 1910.

55. Es gelang Monier, seine Patente an mehrere Unternehmen in Europa zu verkaufen, so an die Firma Picha & Frères in Belgien und Holland, die Firma Schüster in Österreich und die Firma Martenstein & Josseaux in Deutschland, mit der sich dann der Unternehmer C. Freytag verband (1884). Die Begegnung von Monier mit dem deutschen Ingenieur G.A. Wayss führte 1887 zur Gründung der „Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau", die das Monier-System einsetzen wollte. Im Jahr 1893 schlossen sich die zwei konkurrierenden deutschen Firmen zur Firma Wayss & Freytag zusammen, auch um dem Aufstieg von François Hennebique entgegenzutreten, der nach einem langen Rechtsstreit sein Patent eingereicht hatte.

56. Die ersten Leitsätze für Eisenbetonbauten wurde vom Deutschen Architekten- und Ingenieurverein und vom Deutschen Betonverein erarbeitet und 1877 rechtskräftig.

57. Der Hauptsitz befand sich in Wien.

58. Der Wettbewerb zum Abriss des Wirtshauses, an dem sich drei einheimische Unternehmen beteiligt hatten, wurde von der Firma Bittner gewonnen. Sie hatte zwar nicht das preislich günstigste Angebot präsentiert, genoss aber das Vertrauen der Stadtverwaltung. Die Firmen hatten folgende Summen gefordert: Johann Bittner 3.000 Kronen, Albert Canal 1.800 Kronen und Eduard Strickner 5.000 Kronen.

59. Im November 1907 war das Rathaus vollendet – bis auf das Deckenfresko, das der Maler Gottfried Hofer im großen Sitzungssaal ausführen sollte. S. Spada, *„Die allegorischen Fresken im Stadtratsaal"*, in: *Stadt Bozen – Gemeinderat Bozen 1948–1998*, Bozen 1998, S. 16–30.

60. Die einheimische Bevölkerung hatte, wie schon gesagt, den Wunsch nach einem Versammlungs- und Speiselokal zum Ausdruck gebracht.

61. Der Wiener Rathauskeller war 1899 eröffnet worden.

62. Die Eröffnung des Münchner Rathauskellers war 1874 erfolgt.

63. Im Bozner Stadtarchiv finden sich der Baubericht und der Kostenvoranschlag, die beide vom Stadtarchitekten unterzeichnet und auf den 11. Juni 1908 datiert sind.

64. Die Lösung erwies sich als nicht realisierbar, da das Gewölbe schon verwirklicht war.

65. Im Bozner Stadtarchiv befinden sich zahlreiche Briefe von Carl Hocheder, die folgende Daten tragen: 20. Oktober 1909, 9. November 1909, 23. November 1909, 24. November 1909, 25. Februar 1910, 23. April 1910, 15. Juni 1910, 28. Juni 1910, 18. November 1910, 25. November 1910, 3. April 1911, 3. Juni 1911, 13. Juni 1911, 14. November 1911, 28. Januar 1912, 7. März 1912, 22. April 1912, 27. April 1912, 5. Juni 1912, 24. Juni 1912, 25. Juni 1912, 3. August 1912, 2. September 1912, 7. September 1912, 15. November 1912, 7. November 1912, 22. November 1912 und 2. Januar 1913 (StABz, Stadtgemeinde Bozen unter österreichischer Verwaltung, Bauamtsprotokolle, Ordner „Rathauskeller"). In diesen Dokumenten findet sich keine vom Münchner Architekten signierte Zeichnung. Der Großteil der grafischen Ausarbeitungen stammt vom Bauamt, einige vom Architekten Marius Amonn und andere von den Firmen, die durch Ausschreibungen die Arbeiten an sich bringen wollten.

66. Die Firma hatte ihren Sitz am Dominikanerplatz.

67. Zu einer detailliierteren Untersuchung der Malereien im Rathauskeller siehe den Beitrag von Silvia Spada in der vorliegenden Publikation.

68. „Der Tiroler", 5. November 1912.

69. Ein Teil der Geschichte des Rathauskellers wurde in der Tageszeitung „La Provincia di Bolzano" vom 18. Februar 1936 veröffentlicht.

70. Das Haus Ladurner kam 1911 in städtischen Besitz.

71. Der Zusammenschluss der beiden Gemeinden erfolgte aufgrund von Beschlüssen, die von beiden Gemeindeverwaltungen demokratisch verabschiedet worden waren, in Einklang mit den Bestimmungen des Landesgesetzes vom Oktober 1910.

72. Bei der Volkszählung 1910 hatte Bozen 13.640 Einwohner, Zwölfmalgreien 9.558. Das Rathaus musste somit mehr als 23.000 Bürgern dienen, zu denen noch die in der Stadt anwesenden Soldaten kamen, zu Friedenszeiten sicher über tausend. Siehe den Beitrag von Hans Heiss in der vorliegenden Publikation.

73. In Gries lebten rund 6.000 Personen.

74. Auch das alte Bozner Rathaus war Anfang des 20. Jahrhunderts an das Militär vermietet und zu einer zusätzlichen Kaserne umgebaut worden. Nach dem Anschluss an Italien wurde sie trotz der Kriegsschäden instandgesetzt und in Wohnungen unterteilt.

75. Die Gemeindeverwaltung Zwölfmalgreien besaß kein eigenes Rathaus.

76. Im Jahr 1926 wurde das Rathaus Gries zum Sitz des *Circolo costruzioni telegrafiche*.

77. Marcello Piacentini sah in seinem Projekt eine Vergung des Talferbettes vor – was aber vom Ministerium für öffentliche Arbeiten nicht gebilligt wurde (königliches Dekret vom 9. Juni 1934).

78. Giuseppe Samonà (Palermo 1898 – Rom 1983) war einer der bedeutendsten italienischen Architekten und Ingenieure des 20. Jahrhunderts.

79. Der von den Architekten Adalberto Libera und Gino Pollini ausgearbeitete Entwurf sah vor, dem Gebäude eine neue Zweckbestimmung zu geben und auf dem Grundstück der Bocciabahn und des Hauses Silbernagl einen kleinen Park anzulegen. In seinem Projekt von 1935 schlug Piacentini vor, eine neue Verbindung zwischen dem Kornplatz und der Weintraubengasse herzustellen und die Mehrzahl der Gebäude in der Gumergasse abzureißen, mit Ausnahme des Hauses Ladurner, das sich seit dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in Gemeindebesitz befand und erweitert werden sollte. Diese mögliche Umgestaltung war auch im 1938 erarbeiteten Plan enthalten wie auch in dem von Ingenieur Nolli ausgearbeiteten und 1941 gebilligten Projekt.

80. StABz, Stadtgemeinde Bozen unter italienischer Verwaltung, Beschlüsse des Gemeinderats, Beschluss Nr. 1230 vom 13. März 1933.

81. *Ebda.*, Beschluss Nr. 2161 vom 28. Mai 1933.

82. Wir halten es für angebracht, hier einen kurzen Auszug aus dem Bericht wiederzugeben: „Festsaal. Die Eingangstür des Korridors wird an die Wandmitte versetzt. Die zwei Türen an den kurzen Seiten gehen in das Amtszimmer des Bürgermeisters beziehungsweise des stellvertretenden Bürgermeisters. Für Wände und Säulen ist eine Marmorverkleidung vorgesehen: für den 25 cm hohen Sockel grüner farbiger Laaser Marmor, für die Wände farbiger, grün geäderter Laaser Marmor, für die Türpfosten und die Platten der an den Wänden aufgestellten Tische heller Serpentin. Auch der Fußboden besteht aus grünem und farbigem Laaser Marmor. Die zwei eisernen Säulen sind mit Beton verkleidet, den man entfernen könnte, sodass sie schlanker würden (25x40 cm). Die Decke, der Architrav und der Fries werden mit glatter weißer Stuckatur verkleidet. Die Türen sind aus poliertem Nussholz herzustellen, ebenso die Möbel, die teilweise mit rotem Bezug versehen werden. Die Fenster bekommen Vorhänge aus orangefarbener Kunstseide. Der Heizkörper wird mit einer Struktur aus gestrichenem Eisen versehen. Der Raum wird indirekt beleuchtet, und zwar mittels eines an den Pfeilern befestigten ovalen Eisenrahmens, der eine dünne Marmorplatte trägt, sodass das Licht der Lampen gegen die Decke geworfen wird und gleichzeitig durch die dünne Marmorplatte strahlt. Auch die Uhr wird mit einem Zifferblatt aus transparentem Marmor versehen. Oberhalb der an den Wänden lehnenden Tische sind Marmornischen für die Bronzebüsten Seiner Majestät und des Regierungschefs vorgesehen. An den Pfeilern zwischen den Fenstern könnten zwei besonders ausgeführte Spiegel angebracht werden, im Stil des neuen Geschäftes Eccel unter den Lauben. Hinter dem Spiegel sind Lampen angebracht, die mittels eines Reflektors eine transparente Einfassung des Spiegels beleuchten. Der Rahmen besteht aus Anticorodal. Im Projekt ist vorgesehen, die Spiegel durch Dekorationen zu ersetzen, aber bei freien Mitteln könnte man für die Lösung mit den Spiegeln optieren".

83. Siehe die 1929 vom Architekten Fingerle entworfene Zentralgarage in der Via Garibaldi.

84. Der Kostenvoranschlag trägt das Datum 16. November 1937 und ist somit viele Jahre nach der Ausarbeitung des Planungsprojekts und der Verabschiedung durch den Stadtrat ausgearbeitet worden.

85. Auf den Balken ruhten Decken mit einer lichten Weite zwischen sieben und acht Metern.

86. Dieser Standort wurde auch nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in Betracht gezogen, aber auch diesmal scheiterte der Ankauf an den zu hohen Grundstückspreisen. Im Jahr 1959 entwarf der Architekt Armando Ronca ein Wohn- und Geschäftshaus.

87. Der Erweiterungsbau sollte die Bauparzelle 87/1 einnehmen, neben der die Bauparzellen 355 (Besitzer: Familie Silbernagl) und die Bauparzellen 353 und 354 (in staatlichem Besitz, aber mit laufendem Abtretungsverfahren) lagen.

88. Im Jahr 1952 wurden die Außenwände des Rathauses neu gestrichen (Firma Antonio Kaufmann aus Bozen).

89. Im Jahr 1953 wurden die Dachkonstruktion und die Dachhaut erneuert.

90. Nach der Verlegung in die Villa Villanders in der Guntschnastraße 22 kehrten die demografischen Dienste wieder in die Vintlerstraße zurück, die Polizei und das Ernährungsamt befanden sich in der Eisackstraße, das Steueramt am Dominikanerplatz, das Fürsorgeamt in der Leonardo-da-Vinci-Straße und andere Gemeindeämter in der Piavestraße.

91. *Bozen. Eine Stadt im Wiederaufstieg 1948–1952*, hrsg. von der Gemeindeverwaltung Bozen, Bozen 1953, S. 17. Im Stadtarchiv befinden sich keine diesbezüglichen Unterlagen.

92. Der Architekt Erich Pattis hatte in seinem Wiederaufbauplan vorgeschlagen, die Gumergasse zu verbreitern und zu begradigen (Tafel 5.10.1.11: Umbau Gumergasse, Detail D). Im Jahr 1955 billigte der Stadtrat den Ankauf von Teilparzellen zur Straßenregulierung, konnte sie aber erst nach langen Verhandlungen erwerben.

93. Im Stadtbauplan 1958 wurden die Probleme der Bozner Altstadt aufgegriffen.

94. Beim Wettbewerb für das neue städtische Krankenhaus, der 1935 ausgeschrieben worden war, ging der römische Architekt Ettore Rossi als Sieger hervor.

95. Zur Anlage des neuen Gebäudes musste das 1954 errichtete Schutzdach für die Motor- und Fahrräder der Stadtpolizei abgerissen werden.

96. Beschluss des Stadtrats Nr. 1004/22417 vom 27. August 1957; Beschluss Nr. 352/25359 vom 23. September 1957, Genehmigung des Beschlusses des Stadtrats Nr. 1005/22419 vom 27. August 1958. Außerdem wurde beschlossen, in der Pförtnerwohnung und den Räumen des Postdienstes das Amt für Planung und Statistik unterzubringen. Die Pförtnerwohnung wurde in den Gemeindepalast am Pfarrplatz verlegt (Beschluss Nr. 568/14875 vom 13. Mai 1958), wo auch der Schlafsaal der Stadtpolizei untergebracht wurde.

97. Bozen, Verwaltungstätigkeit 1957–1961, hrsg. vom Presseamt der Stadtgemeinde Bozen, Bozen 1962, S. 33.

98. Pachtvertrag zur Erweiterung des Südflügels des Rathauses, der aus einem Souterrain und einem Hochparterre für die Lochkartenstelle bestand; Beschluss Nr. 18788 für die Lochkartenstelle bestand; Beschluss Nr. 18788 vom 19. Dezember 1957. Die Heizungsanlage wurde von der Firma Danesi & De Carli aus Bozen eingebaut, die Stromanlage von der Firma Pilade Fava ebenfalls aus Bozen.

99. Auf dem Grundstück zwischen der Galerie und der Gumergasse lagen die Bocciabahn und das Haus Silbernagl, die beide 1956 erworben wurden. Das Haus Silbernagl war an eine religiöse Körperschaft vermietet worden, die angesucht hatte, Sanierungsarbeiten durchführen zu dürfen, um Wohnungen für bedürftige Familien zu gewinnen. Die Stadtverwaltung bat aber nach dem Ankauf um die Auflösung des Miervertrags und stellte der Körperschaft einige Wohnungen zur Verfügung.

100. Auf dem Waltherplatz befand sich der größte Parkplatz der Stadt, und der Südrand des Platzes wurde von allen Buslinien und auch von der Straßenbahn berührt, die bis in die frühen Sechzigerjahre in Betrieb war.

101. „Alto Adige", 21. und 22. Oktober 1958. Im Dezember 1957 (StABz, Stadtgemeinde Bozen unter italienischer Verwaltung, Beschlüsse der Gemeindeorgane, Beschluss des Gemeinderats Nr. 1417/33941 vom 13. Dezember 1957) wurde beschlossen, das Wohnhaus Silbernagl angesichts seines schlechten Erhaltungszustands abzureißen. Das Gebäude gehörte zum Verzeichnis der Bauwerke, die gemäß des Wiederaufbauplans demoliert werden sollten, und es wurde im Januar 1958 abgerissen. Die Bocciabahn wurde 1956 abgebrochen.

102. StABz, Stadtgemeinde Bozen unter italienischer Verwaltung, Gemeindebeschlüsse, Beschluss Nr. 80/7763 vom 21. März 1957. Trotz erheblicher Bedenken wurde die Ausschreibung mit 21 Ja-Stimmen, 8 Enthaltungen und keiner Nein-Stimme gebilligt.

103. *Ebda.*, Beschluss vom 1. Juni 1957.

104. In der Ausschreibung waren die Höhe der Preise und die Zusammensetzung der Kommission angeführt (Bürgermeister, ein Stadtrat, der Oberingenieur der Stadtgemeinde, ein Vertreter der Ingenieur- und Architektenkammer, zwei vom Gemeindeausschuss ernannte künstlerische Berater).

105. StABz, Stadtgemeinde Bozen unter italienischer Verwaltung, Gemeindebeschlüsse, Beschluss des Gemeindeausschusses Nr. 945/20269 vom 6. August 1957.

106. Mit dem Beschluss Nr. 1413/33933 vom 13. Dezember 1957 wurde die Zusammensetzung der Kommission gebilligt, der folgende Personen angehörten: der Bürgermeister Ing. Giorgio Pasquali, der Stadtrat Amerigo Finato, der Oberingenieur der Stadtgemeinde, Ing. Angelo Nolli (der mit Beschluss Nr. 18/695 vom 7. Januar 1958 durch Ing. Rocco Basile ersetzt wurde, da sich sein Sohn am Wettbewerb beteiligt hatte), Ing. Vincenzo Civico (Rom) als Vertreter des Nationalrats der Ingenieure, Gino Pollini (Mailand) als Vertreter des Nationalrats der Architekten sowie die künstlerischen Berater Ing. Luis Plattner und Ing. Carlo Bertacchi.

107. Renzo Aste war als Architekt in Trient und Mailand tätig und arbeitete mit namhaften Persönlichkeiten zusammnen, wie dem Architekten Luciano Baldessari (1896–1982) aus Rovereto. Unter seinen Werken sind besonders der Busbahnhof und das Seniorenheim in der Via Vannetti, beide in Rovereto, zu erwähnen. Die Bozner Stadtverwaltung hatte Renzo Aste im Jahr 1957 mit dem Entwurf einer Turnhalle betraut.

108. Der zweite Preis ging an das Projekt „Tre" des Architekten Guido Tancredi Pellizzari (Bozen), der dritte an „Lex" des Künstlers Franz Prey (Innichen). Die Auslagenerstattung erfolgte an folgende vier Projekte: „BZ 120 M" (Ing. Giordano Sabbadin aus Bozen), „Omega" (Ing. Giovanni Sale und Ing. Silvano Nolli aus Bozen), „Area verde e luce per tutti" (Arch. Michelangelo Perghem Gelmi) und „Enrosadira" (Ing. Efrem Ferrari aus Trient). Von den anderen Entwürfen ist nichts bekannt. Im Bozner Stadtarchiv sind keine Unterlagen zum Ideenwettbewerb für die Erweiterung des Rathauses gefunden worden.

109. Ing. Roberto Moschen war von 1963 bis 1968 ein Rat der Ingenieurkammer Trient.

110. Ing. Enrico Azzali (1923–1994) war nach dem Studium am Polytechnikum Mailand in Trient tätig, wo er mit Ing. Michelangelo Perghem Gelmi und Arch. Carlo Keller zusammenarbeitete.

111. *Bozen 1961–1964*, hrsg. von R. Germiniasi, Bozen 1965. Das Stadtbauamt stellte am 20. Dezember 1962 die Bewohnbarkeitserklärung Nr.40825 aus, die ab 15. Oktober 1962 gültig war.